

Geschieht täglich außer Sonntags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 1,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit 11 Uhr. Sonntags-Beilage: Preis 10 Pf. Vollabonnement: 2,00 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verzeichnisse für 1892 unter Nr. 4452.

Inserions-Gebühr beträgt für die häufigste Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 9. September 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Zum Kapitel vom Staatssozialismus.

Bei Begründung des Arbeitsverhältnisses ist eine derartige wirtschaftliche Uebermacht des Unternehmers über den Arbeiter vorhanden, daß tatsächlich von einer freien Willensübereinstimmung beider Theile nicht schlechtthin die Rede sein kann.

Diesen Satz findet man auf S. 27 einer neu erschienenen Schrift des hochkonservativen Professors Bornhauf, betitelt: „Das deutsche Arbeiterrecht“ (Separatdruck aus den Annalen des Deutschen Reichs. 1892. München und Leipzig. G. Hirsh's Verlag. 190 Seiten.) Dieser Satz sagt an und für sich nichts Neues für uns; die Art, wie ihn Bornhauf weiter ausspannt, ist uns deshalb interessant, weil auch dieser reaktionäre Professor des preussischen Staatsrechts der sozialen Wahrheit immer mehr Zuzugewandte machen muß. Das Interessanteste an der Schrift erscheint für unsere Partei aber im Augenblicke die Beobachtung, daß die radikalen Voraussetzungen des Verfassers an einem ganz bestimmten Punkte seiner Auseinandersetzungen plötzlich umschlagen in die reaktionärsten Folgerungen, und zwar mit Hilfe des spezifisch preussischen — Staatssozialismus, dessen arbeiterfeindliche Wirkungen sich auch hier auf dem Gebiete modernster theoretischer Erkenntnis verfolgen lassen.

Im ersten Abschnitt seiner Schrift, den er überschreibt: „Die arbeitenden Klassen und die Staats- und Gesellschaftsordnung“, wirt Bornhauf mit radikalen Formeln nur so um sich. Wie bei Begründung des Arbeitsverhältnisses, um das von Fabrikordnungen regiert wird, die manchmal „wie kleine Polizei-Strasgesetzbücher“ aussehen, so stehen sich auch bei Lösung desselben nach Bornhauf, beide Theile keineswegs gleich. Für den Arbeiter ist vielfach die Fortdauer der Stellung eine Existenzfrage, während der Unternehmer in der Regel andere Arbeiter findet. Aber die Herrschaft des Unternehmers ergreife auch außerhalb der Arbeit die ganze Persönlichkeit des Arbeiters. Mit der deutlicher Wendung gegen gewisse Fabrikkönige heißt es bei unserem preussischen Professor: „Während der Staat die früheren polizeilichen und armenrechtlichen Hindernisse der Gleichstellung möglichst zu beseitigen sucht, vermag ein einzelner Fabrikant ungestraft sein subjektives Belieben über die staatliche Rechtsordnung zu setzen.“ Gut gebrüllt, Löwe! Es wäre erfreulich, wenn sich ein oder der andere konservative Parlamentarier einmal zu einer ähnlichen Sprache gegen König Stumm und Genossen im Reichstage aufraffen würde. Wie Bornhauf dann weiter ausführt, daß nur die freie Organisation der Arbeiter jene Herrschaft des Unternehmers allmählig einschränken kann, wie Bueck und Genossen mit ihrem Kampf gegen die Organisation der Arbeiter die „Atomisierung“ der Letzteren, auf gut Deutsch ihre Knebelung wollen, wie aber die Arbeiterbewegung, deren Unterdrückung durch das Sozialistengesetz nicht gelungen ist, den Staat „genötigt“

hat, „aus seiner Reserve herauszutreten, und ihn zu einer positiven Reformarbeit im Interesse der arbeitenden Klassen gezwungen“ hat — alle diese Ausführungen können hier nur angedeutet werden und sind in der Schrift selbst nachzulesen. Sie werden im Reichstage ganz gute Dienste leisten als Zeugnisse eines Hochkonservativen gegen seine eigenen Genossen.

Nun kommt aber der Todensprung, den unser gelehrter Professor allen seinen radikalen Prämissen zum Troh macht — dem Staatssozialismus zu Liebe. Ein preussischer Professor wäre ja nicht mehr möglich in Stellung und Gesellschaft, wenn er nicht auf die preussische Staatsparole schwöre. Er muß auf irgend eine Weise einen Uebergang zu dem Leitmotiv auf S. 42 finden: „Vermöge ihrer historischen Bedeutung und ihrer staatsrechtlichen Stellung war gerade die deutsche (soll heißen preussische) Monarchie berufen, die Aera der sozialen Reform in Europa zu eröffnen. . . die deutsche Monarchie. . . hat sich nie (!) zu einem Ornamente des parlamentarischen Staates erniedrigen lassen, sondern sich ihre selbständige staatliche Stellung unter den einzelnen Gesellschaftsklassen bewahrt.“ Was erst zu beweisen wäre, aber der Verfasser denkt an gar keinen Beweis, für ihn dreht es sich um einen Glaubenssatz, um die Einzwängung des preussisch-deutschen Staatssozialismus in sein System der Weltgeschichte. Er muß dabei gänzlich vergessen, daß er erst wenige Seiten vorher den Staat ganz richtig als von der Arbeiterbewegung zu Reformen „genötigt“ und „gezwungen“ geschildert hat, daß er die vordringende Macht der Arbeiterbewegung als kulturelles Moment von höchster Bedeutung anerkennt mußte. Er lastrirt seine frühere, richtige Erkenntnis, führt plötzlich „den Terrorismus der Führer der Arbeiterkoalitionen“ als einen Grund dafür an, daß die Gesellschaft „nicht aus sich selbst heraus soziale Abhängigkeitsverhältnisse zu lösen vermöge, ohne andere Abhängigkeitsverhältnisse“ (vom Terrorismus der Arbeiterführer) „hervorzurufen“, und hat nun glücklich die schwante Brücke in das nebelhafte Reich des preussischen Staatssozialismus gefunden, in welchem die „starke Monarchie“ groß und unabhängig, gerecht und unparteiisch als sozialer Regulator über der Herrschaft der Unternehmer wie dem „Terrorismus der Arbeiterführer“ steht.

Unseren Genossen braucht das Schielende und die mangelhafte Logik solcher Ausführungen nicht mehr im Einzelnen nachgewiesen zu werden; sie kennen diese Schliche schon lange und sind in der Schule der materialistischen Geschichtsauffassung zu fest, um die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der preussischen Monarchie nicht als Fabel zu erkennen. Aber interessant ist es doch gerade im jetzigen Augenblicke, zu sehen, zu welcher Selbstverleugnung und geistigen Degradation sich ein sonst nicht unbegabter preussischer Gelehrter entschließen muß, wenn er den Staatssozialismus in seinem System zu vertheidigen hat und sich ihm anfänglich mit ehrlichen Bekenntnissen „näherete“. Daß diese preussische Parole selbst in sonst schon geordneten

Büchern nicht unfähiger Sozialpolitiker so grauenhafte Verwirrung anrichtet, ist wohl ein ganz bezeichnender Beitrag zum Kapitel vom Staatssozialismus.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September.

Kaisermandöver und Verwandtes. Wie der „Staatsanzeiger für Württemberg“ am 7. September gemeldet hatte, hat in den letzten Tagen zwischen dem Reichskanzler und der württembergischen Regierung über die Frage der Abhaltung der Kaisermandöver ein „Meinungsaustausch“ stattgefunden. Die Entscheidung über diese Angelegenheit stehe bevor.“ Weshalb es in den Zeiten einer Choleraepidemie noch eines „Meinungsaustausches“ über den Fortfall der Mandöver bedarf, ist für nichtmilitärfromme Gemüther ein Räthsel. Wolff's Bureau meldet denn auch hochhoffizios, daß der Kaiser auch die Kaisermandöver beim dreizehnten (Württemberg) und vierzehnten Armeekorps (Baden) aufgegeben habe, ein durchaus zu billiger, aus den Umständen nothwendig sich ergebender Entschluß. Die „Kreuzzeitung“, heißempfindende Vorkämpferin des Monarchismus, nannte den Gedanken an den Fortfall der Mandöver allerdings „frivol“. Aus München bepepicht Wolff's Bureau:

München, 8. September. Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums hat die angeordnete Einziehung von beurlaubten Mannschaften für die Mandöver der ersten und fünften Division wegen der Choleraepidemie zu unterbleiben, die manövrirenden Truppen sollen keine Disziplinübungen, die Korpsmandöver dürfen nicht stattfinden. Ferner wurden die kommandirenden Generale ermächtigt, die Brigade- und Divisionsmandöver sofort abzubrechen, wofür der Gesundheitszustand der Truppen zu berücksichtigen Anlaß giebt. Bisher ist derselbe ein durchaus normaler.

Auch in Bayern werden voraussichtlich alle Kriegsspiele fortfallen. So gehört es sich. Die Bismarck-Fronde rückt und würgelt, nachdem sie zuerst (siehe „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“), aus parteitaktischen Rücksichten gegen die Mandöver agitirt hat, wegen Fortfalls jener. Ein leicht zu durchschauendes Spiel! —

Preussische Anordnungen betr. Maßnahmen gegen die Cholera-Verbreitung. Die von den Ministerien des Innern und des Kultus erlassenen Anordnungen siehe an anderer Stelle dieses Blattes! —

Einberufung des Kolonialrathes. Für den Monat Oktober soll, wie die „Bosfische Zeitung“ (Nr. 419 vom 8. d. M.) meldet, der Kolonialrath einberufen werden. An die verschiedenen kolonialen Gesellschaften, welchen das Recht, Mitglieder für denselben in Vorschlag zu bringen,

auf einem Tische verschiedene Albums lagen und — wo man sich außer Gehörweite der Anderen befand.

Ich schlug ein Album auf und Tilling beugte sich darüber. Indessen sprach ich halblaut und zitternd zu ihm:

„So lasse ich Sie nicht fort . . . Ich will, ich muß mit Ihnen reden.“

„Wie Sie wünschen, Gräfin — ich höre.“

„Nein, nicht jetzt. Sie müssen wiederkommen . . . morgen, um diese Stunde!“

Er schien zu zögern.

„Ich befehle es . . . bei dem Andenken Ihrer Mutter, um welche ich mit Ihnen geweint —“

„Oh Martha!“ . . .

Der so ausgesprochene Name durchzuckte mich wie ein Blitzstrahl.

„Also morgen“, wiederholte ich, ihm in die Augen schauend.

Um dieselbe Stunde.“

Wir waren einig. Ich kehrte zu den andern zurück und Tilling, nachdem er noch meine Hand an seine Lippen geführt und die übrigen mit einer Verbeugung begrüßt, ging zur Thür hinans.

„Ein sonderbarer Mensch“, bemerkte mein Vater kopfschüttelnd. „Was er da alles gesagt hat, würde höheren Ortes kaum Beifall finden.“

Als am folgenden Tage die bestimmte Stunde schlug, gab ich, wie anlässlich seines ersten Besuches, Befehl, Niemand anderen als Tilling vorzulassen.

Ich sah der kommenden Unterhaltung mit gemischten Gefühlen leidenschaftlichen Bangens, süßer Ungebuld und — einiger Verlegenheit entgegen. Was ich eigentlich ihm

Revue.

Redaktion verboten.

[17]

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

„Ja, ich weiß: das ist so eine Art Verzauberung. Nach der Kriegserklärung heißt es plötzlich von allen Schreidäusen: „Es gilt nicht“. Kinder lassen manchmal diese Konvention in ihren Spielen walten. Wenn ich dies oder jenes thue, so gilt es nicht“, hört man sie sagen. Und im Kriegsspiel herrschen auch solche unausgesprochene Uebereinkommen; Todtschlag gilt nicht mehr als Todtschlag; Raub ist nicht Raub — sondern Requisition; brennende Dörfer stellen keine Brandunglücke, sondern „genommene Positionen“ vor. Von allen Satzungen des Gesetzbuches, des Katechismus, der Sittlichkeit heißt es da — solange die Partie dauert — „Es gilt nicht.“ Wenn aber manchmal der Spielereifer nachläßt, wenn das verabredete „Gilt nicht“ für einen Moment aus dem Bewußtsein schwindet, und man die umgebenden Szenen in ihrer Wirklichkeit erfährt und dies abgrundtiefe Unglück, das Massenverbrechen als geltend befragt, da wollte man nur noch eins, um sich aus dem unerträglichen Weh dieser Einsicht zu retten: — todt sein.“

„Eigentlich, es ist wahr“, bemerkte Tante Marie nachdenklich, „Sätze wie: Du sollst nicht tödten — sollst nicht tödten — liebe deinen Nächsten wie dich selbst — verzeihe deinen Feinden —“

„Gilt nicht“, wiederholte Tilling. „Und Diejenigen, deren Beruf es wäre, diese Sätze zu lehren, sind die ersten, welche unsere Waffen segnen und des Himmels Segen auf unsere Schlachtarbeit herabflehen.“

„Und mit Recht“, sagte mein Vater. „Schon der Gott der Bibel war der Gott der Schlachten, der Herr der Heerschaaren . . . Er ist es, der uns befehlt, das Schwert zu führen, er ist es —“

„Als dessen Willen die Menschen immer dasjenige dekretiren“, unterbrach Tilling, „was sie gethan sehen wollen — und dem sie zumuthen, ewige Gesetze der Liebe erlassen zu haben, welche er — wenn die Kinder das große Dabspiel aufführen — durch göttliches „Gilt nicht“ aufhebt. Genau so roh, genau so inkonsequent, genau so kindisch wie der Mensch, ist der jeweilig von ihm dargestellte Gott. Und jetzt, Gräfin“, fügte er hinzu, indem er aufstand, „verzeihen Sie mir, daß ich eine so unerquickliche Diskussion herausbeschworen und lassen Sie mich Abschied nehmen.“

Stürmische Empfindungen durchbebten mich. Alles, was er eben gesprochen, hatte mir den theuren Mann noch theurer gemacht . . . Und jetzt sollte ich von ihm scheiden — vielleicht auf Nimmerwiedersehen? So vor anderen Leuten ein kaltes Abschiedswort mit ihm wechseln und damit Alles zu Ende sein lassen? . . . Es war nicht möglich: ich hätte, wenn die Thüre sich hinter ihm geschlossen, in Schluchzen ausbrechen müssen. Das durfte nicht sein. Ich stand auf:

„Einen Augenblick, Baron Tilling“, sagte ich . . . „ich muß Ihnen doch noch jene Photographie zeigen, von der wir neulich gesprochen.“

Er schaute mich erstaunt an, denn es war zwischen uns niemals von einer Photographie die Rede gewesen. Dennoch folgte er mir in die andere Ecke des Salons, wo

zusteht, sei bereits vom Reichskanzler die Aufforderung ergangen, ihre Kandidaten namhaft zu machen. Da der Marineetat im Interesse der Kolonialpolitik erhöht werden soll, und unsere Sandnester in West- und Ost-Afrika Zuschüsse gebrauchen werden, ist diese Mitteilung glaubhaft. Die Herren Kolonialräthe sollen den neuen Schröpfversuchen, denen Michel zum Opfer fällt, die höhere Weihe geben. —

Deutschland und das französisch-schweizerische Handelsabkommen. Die deutsche Einfuhr nach der Schweiz und nach Frankreich ist kraft der Weisbegünstigungsklausel durch die französisch-schweizerische Uebereinkunft erleichtert worden. Für Frankreich kommen in Betracht u. a. Chokolade, nasser Holzsaft, Aluminium-Eisen und Bronze, gewisse Extrakte aus Farbhölzern, elektrische Glüh- und Vogenlampen, baumwollene, leinene, wollene und seidene Waaren, Stickerien, Uhrwerke und Uhren, Blockenspielwerke, Musik- und Spielbosen, hydraulische Maschinen, Pumpen, Ventilatoren, Maschinen zur Papierfabrikation und zur Müllerei, dynamo-elektrische Maschinen, Werkzeugmaschinen, Heizapparate, Maschinen zur Erzeugung von Kälte. Für die Schweiz sind eine Reihe von Waaren hervorzuheben, deren Tarifsätze jetzt noch niedriger sind als die in den Verträgen mit den Dreibruch-Staaten festgelegten, so lederne Handschuhe (100 statt 150 Franks), Brillen und andere optische Gegenstände (30 statt 40 Franks), Wolleweben im Gewichte von 300 Gramm und weniger pro Quadratmeter (75 statt 80 Franks), Leibwäsche u. s. w. (100 statt 105 Franks), feine Galanterie- und Quincailleurwaaren (110 statt 120 Franks). —

Der gerüffelte Pindter? In der „National-Zeitung“ (Nr. 518 vom 7. d. M.) liest man: Wie wir von einer als zuverlässig erprobten Seite erfahren, hat die Regierung mit dem Guldigungs-Artikel der „Nord-deutschen Allgemeinen Zeitung“ für das Zentrum schlechterdings nichts zu schaffen. Es liegt insbesondere auch nicht, wie man hier und da angenommen, eine ungeschickte Verarbeitung einer offiziellen Parole, sondern durchaus eine Leistung des genannten Blattes auf eigene Faust vor. Der Reichskanzler hat, wie uns berichtet wird, von der Existenz des Artikels erst durch die übliche Berichterstattung über die Äußerungen der Presse erfahren. Entweder hat Graf Caprivi sehr ungeschickte Offiziere, die schlecht apporrtieren und rollenwidrige Seitensprünge machen, oder er bläst zum Rückzug, und opfert den getreuen Pindter, um die liberale Entrüstung zu beschwichtigen. Jedenfalls ändert der Küffel nichts an der Thatsache, daß die Regierung auf das konservativ-ultramontane Kartell felsenfest baut und bauen darf. —

Ein Schmerzschrei. Die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ stößt ihn aus, und die deutschfreisinnigen Blätter „Volks-Zeitung“ und „Berliner Zeitung“ stimmen in wunderbarer Sympathie in denselben ein. Viele Hamburger Dirnen sollen sich in Berlin herumtreiben, und es sei zu befürchten, daß die Cholera durch sie eingeschleppt werde. Im besten Einvernehmen verlangen Antisemiten und Freisinnige energische Maßregeln gegen die Dirnen. Ja, was für Maßregeln? Die Freizügigkeit existirt für diese armen Geschöpfe eben so wie für Kommerzienräthe, Postprediger und Zeitungsherausgeber, ob sie nun Städter oder Backler oder Lohn- oder sonstwie heißen. Es ist merkwürdig, wie die feindlichen Brüder an den Altären der Venus vulgiva eintätiglich sich begegnen! —

Konfiszirt wurde auf Beschluß des Amtsgerichts I Berlin die letzte Mittwoch-Nummer des „Vorwärts“ (Nr. 209 vom 7. September) wegen angeblicher Beleidigung des preussischen Justizministers von Schelling. Sie soll enthalten sein in der Rundschau-Notiz „Herr von Schelling im Lichte der bürgerlichen Demokratie“, worin das Herrn von Schelling von der „Frankfurter Zeitung“ gespandete Lob einer kritischen Betrachtung unterzogen worden ist. —

„Unabhängige Geschichtsschreibung.“ Ein in London lebendes Individuum, das wir am empfindlichsten bestrafen, indem wir es nicht nennen, verbreitet in den ihm zu Gebote stehenden Bourgeoiszeitungen und revolutionären Organen die Jagdgeschichte, ein sehr zweifelhafter Verein,

der vor Kurzem mit ziemlich reichen jedoch um so zweifelhafteren Geldmitteln sich neue Räumlichkeiten in Grafton Street London verschafft hat, sei „der alte Londoner Kommunisten-Verein“. Das ist eine von jedem Wahrheits-Atom „unabhängige“ Lüge, die auch dadurch nicht weniger Lüge wird, daß der bekannte Anonymus wider Willen in seiner bodenlosen Unwissenheit uns wunderbare Geschichten über jenen alten echten Verein erzählt. Wirklich sehr wunderbare Geschichten. Zum Beispiel, daß der deutsch-amerikanische Geschäftspolitiker Karl Schurz und der preussische Finanzminister Miquel weiland Mitglieder gewesen seien (siehe den „Star“ vom 31. August). Der unabhängige Geschichtsschreiber verwechselt Karl Schurz, der nie etwas mit Kommunisten und dem Londoner Kommunistenverein zu thun gehabt hat, der Himmel weiß mit wem sonst; und in Bezug auf Miquel, der nie außerhalb Deutschlands gelebt hat, verwechselt er den Londoner Kommunistenverein mit dem deutschen Kommunistenbund, dem der jetzige preussische Finanzminister allerdings als ein sehr eifriges Mitglied Jahre lang, bis zur Auflösung, angehört hat.

Der alte Londoner Kommunistenverein besteht noch, und blüht noch — er hat seine Räumlichkeiten in 49 Tottenham Street, Tottenham Court Road, London W. Dort hin mögen die deutschen Arbeiter, die nach London gehen, sich verfügen. Sie finden da Rath, Kameraden, ein Heim, und Warnung vor Schwindlern jeder Art. —

Eine verkrachte liberale Größe in Oesterreich. Der Führer der liberalen Partei im industriellen Mähren, der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses und, das Beste, nicht das Geringsste, der Präsident der Südbahn, Baron v. Hoppfen wird, wie bürgerliche Blätter melden, in Kürze von allen öffentlichen Aemtern zurücktreten — wegen persönlicher Verhältnisse. Wie faul es um diesen Biederermann bestellt sein muß, erfährt man aus einem Artikel des kapitalistischen „Wiener Tagblattes“. Da heißt es: Von Hoppfen nahegelegender Seite werde behauptet, dessen Geisteszustand sei nicht normal und daß darauf gewisse Vorkommnisse zurückzuführen seien. Thatsächlich sei der Gesundheitszustand Hoppfens vorzüglich. Letzterer weile im Auslande und wolle die Ordnung seiner verwickelten Verhältnisse abwarten, ehe er nach Oesterreich zurückkehre. Das Blatt dringt auf Klarstellung dieser Verhältnisse. Die Öffentlichkeit habe Anspruch zu erfahren, was an den Gerüchten wahr sei, die sich an den Namen Hoppfens knüpfen, da er eine so hervorragende Rolle im öffentlichen Leben spiele. Wie viel, so fragen wir, hat der Edle gegeben — genommen? —

Schweizerisches. Das Aktionskomitee für die Initiative betreffend die Wahl des Bundesrathes durch das Volk hat, wie die „Zürcher Post“ (Nr. 210 vom 7. d. M.) meldet, beschlossen, den Beginn der Unterschriften-sammlung bis zur Verhaltung der Anfangs Oktober stattfindenden Delegirtenversammlung des schweizerischen Grütlivereins zu verschieben. —

Kolumbusfeier in Genua. In einer Flottenparade zu Ehren des Königs von Italien gipfelt die gegenwärtige Kolumbusfeier zu Genua. Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, Holland, Rumänien, Griechenland, Vereinigte Staaten von Amerika, Argentinische Republik und Mexiko haben Schiffe zu der Feier entsandt. Die demokratisch sein wollende „Frankfurter Zeitung“ beklagt, daß Deutschland so „armelig“ nur durch ein einziges Schiff vertreten sei, während alle größeren Staaten, auch Spanien durch drei, Frankreich sogar durch vier Schiffe vertreten seien. Das Fest gestaltet sich mehr zu einer Feier des monarchischen Prinzips, als des Kolumbus und seiner weltgeschichtlichen That. Kolumbus selbst war zwar ein Sohn seiner Zeit, ein gläubiger Anhänger der Kirche und treuer Diener seines Königs, aber die Monarchen haben am wenigsten Anlaß, ihn zu feiern. Seine That revolutionirte die Menschheit; die Entdeckung Amerikas vollendet den Uebergang aus dem Mittelalter in die neue Zeit, aus dem ritterlichen Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft, die aus ihrem Schooße die moderne Arbeiterklasse geboren hat und in ihr die Erbin, in ihr die Vorkämpferin für die neue Gesellschaft. Der That des Kolumbus haben sich vor allem die Arbeiter dankbar

zu erinnern; in der Riesenrepublik jenseits des Weltmeeres ist das Land gefunden, das frei vom alten feudalen, militärischen und dynastischen Joch der alten Welt diese überflügelt, und das, wie heute die kapitalistische Bourgeoisie auch noch vorherrscht, doch mit zuerst berufen erscheint, von dem demokratischen Sozialismus erobert zu werden. Die monarchischen Feste in Genua mögen den todten Kolumbus, der bei seinen Lebzeiten auch die Dankbarkeit der Monarchen kennen lernte, als er in Ketten von Amerika zurückgeführt wurde, mit ihrem Gepränge umgeben, die lebendige Fortwärtende That des Kolumbus aber wird ihren vollen Triumph erst feiern in dem Siege der sozialistischen Demokratie. —

In Carmaux spizen die Dinge sich zu einer Entscheidung zu. Ein Telegramm vom heutigen Mittag besagt: Carmaux, 8. Sept. Der Präfekt droht dem Bürgermeister Cavaignac und dem Abgeordneten Baudin mit Verhaftung, falls während der Nacht wiederum Patrouillen der Arbeiter neu organisiert würden. Eine gestern Abend stattgehabte Versammlung der Arbeiter beschloß darauf, einer etwaigen Verhaftung ihrer beiden Führer gewaltsam entgegen zu treten. Trotz des Verbots wurden wiederum Patrouillen organisiert. Baudin und Cavaignac erklärten, sich an die Spitze der Patrouillen stellen zu wollen. Der Präfekt führte seine Drohung nicht aus. Die Glasarbeiter erklärten ihre Solidarität mit den Ausständigen. Der Präfekt verlangte von der Militärverwaltung weitere Unterstützung durch Entsendung von Truppen.

Wenn erst die nöthige Anzahl von Soldaten in Carmaux eingetroffen ist, wird wohl die arme Bourgeoisie Ruhe haben. —

Die Arbeiterprügeleien an der belgisch-französischen Grenze dauern noch fort. Während die französischen Arbeiter sich beruhigt zu haben scheinen, haben belgische Arbeiter sich zu Gewaltthatigkeiten gegen die in Belgien arbeitenden Franzosen hinreißen lassen. Weiter hat in diesem Theile Belgiens der Sozialismus noch wenig Wurzel gefaßt, sonst würde es den Pässen und Kapitalisten nicht gelungen sein, eine solche gemeine Hege zu veranstalten. —

Der englische Gewerkschaftskongress. Die 600 Delegirten des diesjährigen Kongresses vertreten nahezu 2 Millionen organisirte Arbeiter. Es ist der 25. Jahreskongress. Der erste fand im Jahre 1868 statt, und war von 84 Delegirten besucht, die zusammen 120 000 organisirte Arbeiter vertraten. Die Zahl der Vertreter und der Vertreter wurde von Jahr zu Jahr größer, und wenn die Macht des Kongresses der Macht entspräche, welche die auf ihm vertretenen Arbeiter thatsächlich besitzen, ohne sich ihrer bewußt zu sein, dann wäre das englische Arbeiterparlament dem Parlament der bestehenden Klassen in Westminster an Macht überlegen und hätte es längst verdrängt. Jetzt bereitet sich aber ein Umschwung vor. Das enge Gebiet liberaler Schablonenpolitik, in welche die englischen Gewerkschaften sich so lange eingewängen ließen, genügt den Arbeitern nicht mehr — die „freien“ sozialistischen Gewerkschaften haben einen Keil in das einst so feste Gefüge des Trades Unionismus getrieben, und der diesjährige Kongress wird jedenfalls mit der bisherigen Schablonenpolitik, die in den letzten Jahren so vielfach durchbrochen worden ist, vollständig brechen. Die Tage der Broadhurst und Powell sind vorüber, die der Burns und Keir Hardie haben begonnen — das drückt sich schon in den bisherigen Verhandlungen aus, durch die ein freischerer Geist weht als in denen der früheren Gewerkschaftskongresse. Dem Achtstundentag ist der Sieg sicher, ja bereits gewonnen. —

Seit Obiges geschrieben ward, liefen folgende Telegramme ein:

Glasgow, 8. September. Der Kongress der Gewerkschaften nahm in seiner gestrigen Sitzung Resolutionen zu Gunsten des Achtstundentages für die Bergarbeiter und zu Gunsten der Beistellung der Kosten der Parlamentswahlen aus der Staatskasse an. — Der Gewerkschaftskongress lehnte mit 159 gegen 123 Stimmen den sozialdemokratischen Antrag ab, daß zukünftig die Gewerkschaftler nur für diejenige Kandidatur stimmen dürfen, welche sich verpflichtet, für die staatliche Regelung der Produktion und der Konsumtion im Parlamente einzutreten.

Der letztere Beschluß ist noch nicht recht verständlich. Wir warten nähere Nachricht ab. —

sagen wollte, das wußte ich nicht genau — darüber wollt ich gar nicht nachdenken. . . . Wenn Tilling etwa die Frage an mich stellte: „Nun denn, Gräfin, was haben Sie mir mitzutheilen — was wünschen Sie von mir?“ so konnte ich doch nicht die Wahrheit antworten, nämlich: „Ich habe Ihnen mitzutheilen, daß ich Sie liebe; ich wünsche, daß — Du bleibst.“ — Aber in so trockener Form würde er mich wohl nicht verdröhen und wir würden uns schon verstehen, ohne solche kategorische Fragen und Antworten. Die Hauptsache war: ihn noch einmal sehen — und wenn schon geschieden sein mußte, so doch nicht ohne vorher ein herzliches Wort gesprochen, ein inniges Lebewohl getauscht zu haben. . . . Bei dem bloßgedachten Worte Lebewohl füllten sich meine Augen mit Thränen. —

In diesem Augenblicke trat der Erwartete ein. „Ich gehorche Ihrem Befehle, Gräfin und — Was ist Ihnen?“ unterbrach er sich. „Sie haben geweint? Sie weinen noch?“ „Ich? . . . nein. . . es war der Rauch — im Neben-zimmer, der Ramin. . . . Sehen Sie sich, Tilling. . . . Ich bin froh, daß Sie gekommen sind.“ — „Und ich glücklich, daß Sie mir befohlen haben, zu kommen — erinnern Sie sich? im Namen meiner Mutter befohlen. . . . Auf das hin habe ich mir vorgenommen, Ihnen Alles zu sagen, was mir auf dem Herzen liegt.“

„Nun — warum halten Sie inne?“ „Das Sprechen wird mir schwerer noch, als ich glaubte.“ „Sie zeigten mir doch so viel Vertrauen — in jener schmerzlichen Nacht, wo Sie an einem Sterbebette wachten. — Wie kommt es, daß Sie jetzt so alles Vertrauen wieder verloren haben?“ „In jener feierlichen Stunde war ich aus mir selber herausgetreten — seither hat mich wieder meine gewohnte Schüchternheit erfaßt. Ich sehe ein, daß ich damals mein Recht überschritten — und um es nicht wieder zu überschreiten, hatte ich Ihre Nähe geflohen. . . .“ „In der That ja: Sie scheinen mich zu meiden. Warum?“ „Warum? Weil — weil ich Sie anbede.“

Ich antwortete nichts, und um meine Bewegung zu verbergen, wandte ich den Kopf ab. Auch Tilling war verstummt.

Endlich faßte ich mich wieder und brach das Schweigen:

„Und warum wollen Sie Wien verlassen?“ fragte ich.

„Aus demselben Grunde.“

„Können Sie Ihren Entschluß nicht mehr rückgängig machen?“

„Ich könnte wohl — noch ist die Verzehung nicht entschieden.“

„Dann bleiben Sie.“

Er faßte meine Hand — Martha!

Es war zum zweiten Male, daß er mich bei meinem Namen nannte. Diese beiden Silben hatten einen bezaubernden Klang für mich. . . . Daraus mußte ich etwas erwidern, was ihm ebenso süß klang — auch zwei Silben, in welchen Alles lag, was mir das Herz schwellte, und meinen Blick zu ihm erhebend, sagt ich leise:

„Friedrich!“

In diesem Augenblicke öffnete sich die Thür und mein Vater kam herein.

„Ah, da bist Du ja! Der Bediente sagte, Du seist nicht zu Hause. . . . Ich aber antwortete, daß ich auf Dich warten wolle. . . . Guten Tag, Tilling! Nach Ihrem gestrigen Abschied bin ich sehr überrascht, Sie hier zu finden.“

„Meine Abreise ist wieder aufgehoben, Excellenz, und da kam ich.“

„Meiner Tochter eine Antrittsvisite machen? Schön. Und jetzt wisse, was mich zu Dir führt, Martha. Es ist eine Familienangelegenheit. . . .“

Tilling stand auf:

„Dann störe ich vielleicht?“

„Meine Mitteilung hat ja keine solche Eile.“

Ich wünschte Papa sammt seiner Familienangelegenheit zu den Antipoden. Ungelegener hätte mir keine Unterbrechung kommen können. Tilling blieb jetzt nichts Anderes übrig, als zu gehen. Aber nach dem, was jetzt zwischen

uns vorgefallen, bedeutete Entfernung keine Trennung: unsere Gedanken, unsere Herzen blieben bei einander.

„Wann seh' ich Sie wieder?“ fragte er leise, als er mir zum Abschied die Hand küßte.

„Morgen um neun Uhr früh im Prater, zu Pferd.“

antwortete ich rasch im selben Tone.

Mein Vater grüßte den Fortgehenden ziemlich kalt, und nachdem sich die Thür hinter ihm geschlossen:

„Was soll das bedeuten?“ fragte er mit strenger Miene. Du lässest Dich verleugnen — und ich finde Dich in stotterts mit diesem Herrn?“

Ich wurde roth — halb in Born, halb in Verlegenheit.

„Was ist die Familienangelegenheit, welche Du —“

„Das ist sie. Ich wollte Deinen Courmacher nur entfernen, um Dir meine Meinung sagen zu können. . . . Und ich betrachte es als eine für unsere Familie sehr wichtige Angelegenheit, daß Du, Gräfin Dohly, geborene Althaus, Deinen Ruf nicht etwa verscherzest.“

„Meiner Vater, der sicherste Wächter meines Rufes und meiner Ehre ist mir in der Person des kleinen Rudolf Dohly gegeben, und was die väterliche Autorität des Grafen Althaus anbelangt, so lasse mich in aller Ehrerbietung Dich erinnern, daß ich in meiner Eigenschaft als selbständige Wittwe derselben entwachsen bin. Ich beabsichtige nicht, mir einen Liebhaber zu nehmen, denn das ist's, was Du zu vermuthen scheinst; aber wenn ich mich entschließen wollte, wieder zu heirathen, so behalte ich mir vor, ganz frei nach meinem Herzen zu wählen.“

„Den Tilling heirathen? wo denkst Du hin? Das gäbe erst eine rechte Familienkalamität. Da wäre mir beinahe noch lieber. . . . nein, das will ich nicht gesagt haben. . . . aber ernstlich, Du fährst doch keine solche Idee im Schilde?“

„Was wäre dagegen einzuwenden? Du hast mir erst neulich einen Oberlieutenant, einen Hauptmann und einen Major in Vorschlag gebracht — Tilling ist nun gar schon Oberlieutenant.“

(Fortsetzung folgt).

Sozialdemokratische Landesversammlung in Christiania. Zu der in Christiania tagenden sechsten norwegischen sozialdemokratischen Landesversammlung sind, wie das Depeschembureau „Herold“ unterm 7. September meldet, 27 Vertreter erschienen. „Herold“, für dessen Angaben wir natürlich keine Bürgschaft übernehmen, da er stets tendenziös ist, sobald es sich um die Arbeiterbewegung handelt, berichtet: „Nach dem Jahresbericht haben sich bisher von den Arbeitervereinen im ganzen Lande nur ungefähr 30 den Sozialdemokraten angeschlossen. Von vielen Rednern wurde der Anschlag an die liberale Partei wegen Gewinnung des allgemeinen Stimmrechts befürwortet. Zigarrenmacher Sperling vertritt den Standpunkt der Anarchisten.“

Tabakmonopol in Serbien. Der Finanzminister hat eine Kommission zur Beratung des Projektes, betreffend die Aufhebung des Tabakmonopols, eingesetzt.

Aufstand in Zentralasien. Kaum haben die berufenen russischen „Forscher“ in einem neuen Bezirk auf der Grenzstraße nach Hindustan Fuß gefaßt, so bewähren sie ihre wissenschaftliche Schulung durch die Besteuerung der Eingeborenen. „Väterchen“ hat, wie die offiziöse „Politische Korrespondenz“ berichtet, in den neu eroberten zentralasiatischen Gebieten eine allgemeine Steuer eingeführt, die nicht weniger als sechs Rubel auf die Ribitke (den Zeltwagen der nomadisierenden Hirtenstämme) beträgt. Zwei Drittel davon kommen in die immer leere Staatskasse, ein Drittel wird der Semtrowkaffe (der Landschaftskasse) überwiesen, d. h. die russischen Verwaltungsbeamten betrügen die wandernden Horden und die sechshundert Tribus um dieses Drittel. Nur die nicht ganz gezähmten Mangischlak- und Schäl-Turkmenen (wie die Russen unter dem Nordbrenner General Kauffmann Turkestan erobert und zivilisiert haben, durch Raub und Todtschlag, Ausräucherung ganzer Lager, Kinder-, Greisen- und Weibermord, ist zur Genüge bekannt) sollen von dieser Steuerleistung befreit sein; die eingeborenen Bewohner von Akhabad haben nur einen Rubel jährlich für die Ribitke zu zahlen. So schlägt der Zarismus zwei Fliegen mit einer Klappe. Er macht sich die Völkerstaaten Zentralasiens unterthan, sichert sich eine freie Straße nach Indien und beutelt die neuen Hinterlassenen, auf daß ihre Zufriedenheit wachse und gedeihe, gründlich aus. In der That, ein musterhaftes Verfahren, nachahmenswerth für alle Hinterrussen der Welt! —

Prenkische Anordnungen betr. Maßnahmen gegen Weiterverbreitung der Cholera.

Der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ veröffentlicht Folgendes: Die nachstehenden, von uns unterm 1. September d. J. getroffenen Anordnungen, betreffend Maßnahmen gegen Weiterverbreitung der Cholera, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss.

Berlin, den 7. September 1892.
Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Der Minister des Innern.
In Vertretung: Braunbehrens.

Die gefährdrohende Ausdehnung, welche die Cholera in Hamburg angenommen hat, erheischt es gebieterisch, daß der Weiterverbreitung der Seuche mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten wird.

Um volle Sicherheit über die Durchführung der für diesen Fall schon früher vereinbarten Maßnahmen zu gewinnen, und diese Maßnahmen selbst an der Hand der jüngst gemachten Erfahrungen nochmals zu revidieren, hat eine Kommission von Vertretern der vornehmlich beteiligten Bundesregierungen und Reichsbehörden am 27. und 28. v. M. im Reichsamt des Innern getagt.

Die Grundsätze, welche bereits im Jahre 1884 für die Bekämpfung der Cholera im Falle ihres Auftretens in Deutschland festgestellt worden sind, wurden in diesen Verhandlungen wiederholt als noch zutreffend anerkannt und nur in Einzelheiten einer Abänderung unterzogen. In der hier beifolgenden neuen Bearbeitung dieser Grundsätze sind die wesentlichen sachlichen Abweichungen von den früheren Vereinbarungen durch lateinische Schriftzeichen erkennbar gemacht. (Diese Anweisungen: 1. betreffend Maßnahmen für den Fall des Auftretens der asiatischen Cholera in Deutschland, 2. zur Ausführung der Desinfektion bei Cholera, 3. Grundsätze für das Verhalten des Eisenbahn-Personals bei choleraverdächtigen Erkrankungen, sind bereits in den Rrn. 204, 205 und 207 des „Reichs- und Staats-Anzeigers“ veröffentlicht worden.) Zu dem Inhalte im Einzelnen bemerken wir Folgendes:

1. Da die Wahrnehmung gemacht worden ist, daß die rechtzeitige Anzeige von Cholerafällen verzögert wird, weil die meldepflichtigen Personen über den Inhalt der zu erstattenden Anzeige im Zweifel waren, ist das Formular einer Zählkarte entworfen worden, von welchem an jedem von der Cholera befallenen Ort ein entsprechender Vorrath den Ärzten zur Verfügung gestellt und den sonstigen anmeldepflichtigen Personen zur unentgeltlichen Entnahme bei der Polizeibehörde hinterlegt werden soll. Den Vordruck-Vorständen wird indes die Erfüllung der Anzeigepflicht nicht durch obligatorische Einführung der Zählkarten zu erschweren sein, vielmehr werden die in ihren Nachrichten fehlenden Angaben eventuell nachträglich durch die Organe der Polizeiverwaltung zu beschaffen sein. Das bisherige Schema für die Zusammenstellung der Cholerafälle durch die Polizeibehörden hat in einigen Punkten eine Aenderung erfahren; auch die Termine zur Einsendung der für das Kaiserliche Gesundheitsamt bestimmten Wochenanzeigen sind anders geregelt und pünktlich einzuhalten.

2. Noch mehr als früher ist in der Gegenwart die Ueberwachung des Eisenbahn-Verkehrs von Wichtigkeit. Die früher gehandhabte strenge ärztliche Ueberwachung der Reisenden kann, abgesehen von den Verhältnissen an Grenzübergangsstationen, als wirksame Maßregel gegen die Weiterverbreitung der Cholera nicht übereinstimmender Anschauung der Sachverständigen nicht mehr gelten. Es erscheint deshalb angemessen, daß die auf den Eisenbahnstationen befindlichen Ärzte sich in der Regel darauf beschränken, dann einzugreifen, wenn ihre Hilfe seitens erkrankter Passagiere beansprucht wird oder wenn ihnen eine Mittheilung über Erkrankungsfälle zugeht. Dagegen muß von dem Eisenbahn-Personal erwartet werden, daß es auf choleraverdächtige Erkrankungen der Passagiere achtet, nöthigenfalls die erste Hilfe gewährt und für Ueberführung der Leidenden in ein Krankenhaus auf der nächsten geeigneten Station sorgt. Um den einzelnen Eisenbahnverwaltungen einen Anhalt für die zu erlassenden Anweisungen zu geben, sind in der Anlage III die wichtigsten Grundsätze zusammengefaßt worden. (Vergleiche Rrn. 207 des „Reichs- und Staats-Anzeigers“.) Bei den preussischen Eisenbahnen gelangt eine entsprechende Anweisung demnächst zur Ausführung.

Die Bereitstellung von Unterbringungsräumen für erkrankte Passagiere erscheint auf Eisenbahnstationen in der Regel nur dann zweckmäßig, wenn ein geeignetes Krankenhaus, in welchem die Leidenden Aufnahme finden, am Orte verfügbar ist. Insofern die Anstalts-Verwaltungen nicht ohne Weiteres verpflichtet sind, Kranke der vorbeschriebenen Art von den Eisenbahn-Verwaltungen zu übernehmen, ist es notwendig, durch entsprechende Weisungen die alsbaldige Aufnahme der eventuell provisorisch auf den Eisenbahn-Stationen untergebrachten Choleraerkrankten sicher zu stellen. Es ist vorausgesetzt, daß die Zugführer durch alsbaldige telegraphische Benachrichtigung möglichst die unmittelbare Abnahme der Kranken aus dem Zuge selbst seitens der Krankenhaus-Verwaltung oder der Polizei- bzw. Medizinal-Behörde an dem Ausladungsorte vorbereiten.

Um zu verhindern, daß choleraverdächtige Personen die Züge auf anderen Stationen, als den für die Uebergabe Erkrankter bestimmten, verlassen, ersuchen wir Euer Hochwohlgeboren, für den Erlaß einer Polizeiverordnung Sorge zu tragen, durch welche jedes derartige Vorkommniß verboten wird.

3. Eine besondere Ueberwachung hat bei Flüchtlingen aus Cholera-Orten einzutreten, wenn diese in bisher nicht infizierten Orten sich niederlassen. Im Gegensatz zu den gewöhnlichen Reisenden kann bei diesen Personen eine Desinfektion des mitgebrachten Gepäcks sowie eine ärztliche Ueberwachung auf die Dauer der Anstehungsgefahr am Platze sein.

4. Besondere Aufmerksamkeit ist für den Verkehr auf den Flüssen erforderlich. Die bei der Flußschiffahrt beschäftigte Bevölkerung wird nicht selten das von ihr selbst verunreinigte Flußwasser in unfiltrirtem Zustande als Trink- und Gebrauchswasser benutzen. Hierdurch ist sie der Infektionsgefahr in erhöhtem Maße ausgesetzt und für die Verschleppung des Infektionsstoffes sehr geeignet. Die hiergegen empfohlenen Vorsichtsmaßnahmen bilden das Mindestmaß dessen, was zur Abwendung der von dieser Bevölkerungsklasse drohenden Cholera-gefahr notwendig ist; Euer Hochwohlgeborenen wollen nöthig erscheinende, weitergehende gesundheitspolizeiliche Maßnahmen gegebenen Falls bei uns in Vorschlag bringen.

5. Mit Nachdruck wird den örtlichen Sanitätsbehörden wiederholt eingeschärft sein, bei ersten Cholerafällen nach der Infektionsquelle zu forschen und mit Energie deren Unschädlichmachung zu betreiben. Nach sachverständiger Meinung kann durch rechtzeitige und gewissenhafte Anwendung dieser Maßregel einer Weiterverbreitung der Seuche am ehesten Einhalt gethan werden.

6. Eine vollständige Neubearbeitung gegenüber den älteren Grundsätzen hat die Anweisung zur Ausführung der Desinfektion bei Cholera auf Grund der Fortschritte, welche seit dem Jahre 1884 in dieser Richtung gemacht sind, erfahren. Bereits bei der jüngst erfolgten Aufstellung einer neuen Anweisung zur Desinfektion bei Cholera (Minderlaß vom 28. Juli dieses Jahres; vergleiche Rrn. 176 des „Reichs- und Staats-Anzeigers“) ist diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen worden. Die anliegende, im Kaiserlichen Reichsamt des Innern nochmals durchgesehene Anweisung sowie die Belehrung über das Wesen der Cholera und das während der Cholera zu beachtende Verhalten schließen sich diesem Vorgange eng an und sind bei fernerer Veröffentlichung in der neuen Fassung bekannt zu geben. Inzwischen sind nur die neuen, von der bisherigen Fassung abweichenden Einzelheiten, welche diese Anlagen enthalten, nachträglich zur Kenntniss der beteiligten Kreise zu bringen. Hervorgehoben wird hierbei, daß die in der Anweisung unter 1—4 aufgeführten Desinfektionsmittel hinsichtlich der Wirksamkeit im Allgemeinen gleichstehen, so daß, falls im Verlaufe der Epidemie der Vorrath an einem oder dem anderen Mittel zu Ende geht, auf ein der anderen zurückgegriffen werden kann. Auch unterliegt es keinem Bedenken, weitere, nicht besonders genannte Desinfektionsmittel zuzulassen, sofern deren Wirkung nach wissenschaftlicher Feststellung als gleichwerthig zu erachten ist.

7. Um einen vorzeitigen Ausbruch der Desinfektionsmittel, sowie unnüthige Vergeltung derselben zu vermeiden, ist es von Wichtigkeit, die beteiligten Kreise auf die Ausführungen am Schlusse der Anlage IV (Anweisung zur Ausführung der Desinfektion, veröffentlicht in Rrn. 205 des „Reichs- und Staats-Anzeigers“) besonders hinzuweisen.

8. Zur Verabreichung der Bevölkerung sowie zur Erhöhung des persönlichen Schutzes des Einzelnen gegen die Empfänglichkeit für Cholera-Infektion dient die Massenverbreitung einer kurz gefaßten und leicht verständlichen Anweisung über das Verhalten zur Zeit einer Cholera-Epidemie. Ein Entwurf dafür wird zur Zeit im Kaiserlichen Gesundheitsamt ausgearbeitet und demnächst Euer Hochwohlgeborenen mit dem Ersuchen zu gehen, denselben in einer den örtlichen Verhältnissen, insbesondere dem lokalen Sprachgebrauche angepaßten Form unter die breiten Massen des Volkes zur Vertheilung gelangen zu lassen.

Nach der Ueberzeugung der Reichsverwaltung sowohl als auch nach dem allseitigen Einverständnis der zu den oben erwähnten Beratungen versammelt gewesenen Sachmänner läßt sich die über Deutschland hereinbrochene Seuche wirksam nur dann bekämpfen, wenn die vereinbarten Grundsätze den bezüglichen Maßregeln überall gleichmäßig zur Richtschnur dienen und dadurch ein einheitliches, zielbewusstes Vorgehen an allen Orten ermöglicht wird.

Euer Hochwohlgeborenen wollen die hiernach erforderlichen Veranlassungen gefälligst sofort treffen und uns über das Veranlaßte unter Beifügung von je zwei Abdrücken der erlassenen Verfügungen, Bekanntmachungen etc. binnen vierzehn Tagen berichten.

(Unterschriften.)
An sämtliche königliche Regierungs-Präsidenten.
Abschrift theilen wir Euer Excellenz zur gefälligen Kenntnissnahme ganz ergeben mit.
Berlin, den 1. September 1892.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
In Auftrage: Schönfeld.
Der Minister des Innern.
Graf zu Eulenburg.

Parleinachrichten.

In der Breslauer Gerichtssitzung, in welcher der Landgerichtsdirektor Schmidt gegen unsere Partei die bekannte unwahre Beschuldigung der Meineidsbegünstigung erhob, führte der Verteidiger des angeklagten Redakteurs der „Volkswacht“, Rechtsanwalt Marcuse, folgendes aus:

„Ich bin zwar nicht der berufene Vertreter der angegriffenen Parteileitung, doch glaube ich, zur Steuer der Wahrheit und im Interesse einer unbefangenen Beweiswürdigung protestiren zu müssen gegen die Unterstellung, daß irgendetwas von der sozialdemokratischen Parteileitung die Parole ausgegeben worden ist, daß eintretenden Falls Angehörige ihrer Partei Meineide zu leisten haben. Gerade im Gegentheil haben sich wiederholt die sozialdemokratische Parteileitung, das leitende Organ der Partei und imposante Parteiverfassungen gegen diese verlebende Insinuation entschieden verwahrt! Nicht zu leugnen allerdings ist, daß zur Zeit des Ausnahmegesetzes in dem ehemaligen Parteiorgan „Sozialdemokrat“ Äußerungen sich befunden haben, welche im Sinne jener Unterstellung zu deuten wären. Allein — sind dieselben erklärlich, wenn auch nicht zu rechtfertigen gewesen, so sind sie doch durch die neuesten Kundgebungen, die sich den bekannten Vorgängen in Hamburger Gerichtssitzungen angeschlossen haben, in aller nur wünschenswerthen Deutlichkeit zurückgewiesen worden!“

Wir haben diesen Worten nur hinzuzufügen, daß, wie in Nummer 188 des „Vorwärts“ nachgewiesen ist, auch während der Zeit des Ausnahmegesetzes die sozialdemokratische Partei den Meineid nicht empfahl.

Daß nach dem Falle Roman ein preussischer Landgerichtsdirektor es wagen konnte, gegen unsere Partei die unwahre Anschuldigung der Meineidsbegünstigung aufs neue zu erheben, gehört auch noch in das Kapitel der Justizministerialität des Herrn von Schelling.

In Frankfurt a. M. feierte am 8. September der Parteigenosse Heinrich Prinz neben seiner silbernen Hochzeit auch das 25jährige Jubiläum seiner arbeiterpolitischen Thätigkeit. Die Frankfurter „Volkstimme“ gratulirt ihm dazu und wir schließen uns ihren Worten mit dem gleichen Wunsch an, daß es ihm vergönnt sein mag, noch viele Jahre unserer großen Sache dienen zu können.

Soziale Ueberblick.

Posamentierer Berlin's!
Infolge der vielfachen Klagen, welche die Kollegen und Kolleginnen in der letzten Zeit über brutale Behandlung, Lohnreduktion, sowie Maßregelung seitens des Unternehmertums führten, sieht sich unterzeichnete Kommission veranlaßt, zu Sonntag, den 11. Sept., Vormittags 10 Uhr, Alte Jakobstraße 76, eine Sitzung aller Werkstattd-Delegirten abzuhalten, um zu betheiligen, in welcher Weise jenem Gebahren erfolgreich entgegengetreten, sowie das vor einigen Jahren durch große Opfer Errungene erhalten werden kann. Der erfreuliche Aufschwung, welcher sich in letzter Zeit in unserer Organisation bemerkbar machte, läßt uns hoffen, daß sämtliche Werkstellen, auch die kleinste, in der Sitzung durch einen Delegirten vertreten sein werden! In derselben ist noch zur Gründung eines Reservesonds Stellung zu nehmen, weshalb wir wünschen, daß dem Delegirten Anträge und Wünsche mitgegeben werden, welche er dann der Kommission unterbreiten wird. Diejenigen, welche im Besitze von Marken der Streik-Kontroll-Kommission sind, werden ersucht, dieselbst abzurechnen.

Mit kollegialem Gruß
Die Agitations-Kommission.
J. A.: Fröh Berger.

Cholera und bürgerliche Profitgucht. Aus Furcht, die Leipziger Messe könnte der Cholera halber verboten und dadurch der „Geschäftswelt“ ein finanzielles Opfer auferlegt werden, veröffentlicht, wie der „Wähler“ berichtet, im „Leipziger Tageblatt“ ein „Patriot“ ein Eingekand, in welchem es heißt:

„Die Messe und speziell die Engros-Messe ist für Leipzig von solcher Wichtigkeit, daß es reifer Ueberlegung nach allen Seiten hin bedarf, ehe ein Verbot in Frage käme. ... Ist aber die Furcht (vor der Cholera) nicht etwas übertrieben, wenn nur genügende Sicherheitsmaßregeln angewandt werden, denn schließlich rafft ja die Seuche fast ausschließlich diejenigen hinweg, welche nicht nach gesunden Prinzipien leben.“

Das „Leipziger Tageblatt“ ist Publikationsorgan des Rathes und der Universität und Leibblatt des herrschenden Patriarchismus. Trotzdem fand es nichts Anstößiges darin, jenem menschlichen Raubthier seine Spalten zur Verfügung zu stellen, während es bekanntlich für die Einsendungen der nicht mit ihm sympathisirenden Arbeiter nie Raum übrig hat. Der Leipziger „Wähler“ nagelt die Raubthier-Moral des Verfassers jenes Eingekandis gebührend fest, indem er richtig sagt:

„Also diejenigen, welche nicht nach gesunden Prinzipien leben, d. h. nicht leben können, wie die Hunderttausende der Leipziger Arbeiterbevölkerung, sie können einfach zu Grunde gehen. Wenn von den Leipziger Arbeitern ist es bei den gezahlten Hungerlöhnen denn möglich, keine Ernährung und die seiner Familie nach „gesunden Prinzipien“ einzurichten? Doch was fragen die Ausbeuter danach, ob die Arbeiter sich in angestrengter langer Tages- und Nachtarbeit abrackern und körperlich ruiniren? Sie gelten als Ausbeutungs-Objekte und wenn diese Ausbeutung zeitweilig weniger reich ausfallen könnte, so läßt die blindfanatische Geldwuth einfach jede Rücksicht gegen die Arbeiter fallen. Wägen sie zu Grunde gehen, der Profit über alles!“ —

Burechaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Burechaal, sowohl der Mathematik als dem Publikum zur Befriedigung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wärdt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben Identität zu werden.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung.

In der Ueberzeugung, der langjährig befreundeten Arbeiterchaft, so weit diese sich noch nicht in bestimmten Vereinen als solche bethätigt, einen willkommenen Wink zu ertheilen, der auch im weiteren der Befolgung werth erscheint, entspreche ich den mir vielfach entgegen gebrachten Wünschen besonders dafür interessirter Sänger, zur Gründung eines „Gemischten Chores“ für Ost-, Süd- und Süd-Ost in unserer Stadt zugleich die erste Initiative zu geben. Es unterliegt ja keinem Zweifel, daß dem gemischten Chorgefange ein bei weitem schwierigeres, aber um so dankbarer und reichliche Freude spendendes Feld offen liegt, und die Gesamtunterfolge der singenden Arbeiterchaft berechtigten zu den besten Erwartungen dieser Art. — Behufs Gründung eines „Gemischten Chores“ soll demgemäß am Sonnabend, den 10. September, Abends 8 Uhr, im Restaurant des Genossen A. Wäwes, eine Vorbesprechung stattfinden und steht im Hinblick auf den Werth der Sache eine recht rege Betheiligung aller sich stimmdebegabt findenden Damen und Herren aus dem Osten, Südosten und Süden zu erwarten, um recht bald den Erfolg des begonnenen Werkes zu sehen. — Auch nimmt genannter Wirth gern schriftliche Beitrittserklärungen zu jeder anderen Zeit entgegen. Insbesondere sei diese Mittheilung der nächstwohnenden Frauenwelt empfohlen. Im Weiteren erfolgt spezielle Mittheilung im Inseratentheil des „Vorwärts“.

Mit Sangesgruß
J. A.: Martin Bombelle.

Briefkasten der Redaktion.

M. N. Nur wenn das Tapeziren des Zimmers durch Ihre Schuld schlecht ausgefallen ist, brauchen Sie die verdorbene Tapete zu ersetzen. Wenn Sie als Alfordarbeiter stundenlang auf Material warten und deshalb müßig sein müssen, so können Sie den üblichen Stundenlohn verlangen.

E. N. Der Diebstahl ist, wenn er nicht etwa mittelst Einbruchs, mittelst Nachschlöffels oder dergleichen verübt ist, verjährt, ebenso die Forderung falschen Namens.

Zwei Wettende. Die Forderung aus baarem Darlehen verjährt in 30 Jahren, für Rente oder Schafgeld in 4, für geleistete Kost in 2 resp. in 30 Jahren, und zwar in 2 Jahren, wenn derjenige, der die Kost liefert, daraus ein Gewerbe macht, sonst in 30 Jahren.

S. M., Potsdamerbrücke. Die Rechnung ist zu hoch; Sie brauchen nur 25 M. zu zahlen; bitten Sie zunächst den Arzt um spezifizirte Rechnung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 9. September.
Opernhaus. Der Trompeter von Säckingen.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Kessing-Theater. Ein Tropfen Gift.
Deutsches Theater. Prinz Friedrich von Homburg.
Kroll's Theater. Der Wildschütz.
Berliner Theater. Krieg im Frieden.
Bellevue-Theater. Die schöne Melusine.
Residenz-Theater. Die Dummen (Les Jobards).
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der Bettelstudent.
Thomas-Theater. Hanne Nüte um de lütten Pudel.
Opern-Theater. Der Troubadour.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 4. Male:
Die wilde Madonna.
Gefangenspieler in 8 Akten von L. Troplow.
Couplets von G. Görsa. Musik von G. Stofens.
Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkenmeyer in Coburg.
In Scene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Feen-Palast

Burgstr. 22, neben der Börse.
Täglich:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Wochentags 7 Uhr,
Anfang: Sonntags 6 Uhr.

Passage-Panopticum.
Neu!
Blaue Grotte
mit Wasser, Räuhnen u. Beleuchtungseffekten.
Neu!
Eine Kriminalgeschichte
in sieben lebensgroßen Gruppen.

Castan's Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Aufr. d. Germania-Konzert- u. Couplet-Sänger.
(Damen u. Herren.)
Wochentag frei. Sonntag Entree 30 Pf.
Gr. Frühstück- u. Mittagstisch,
zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen
sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Viktoria-Brauerei.
Löhnow-Strasse 111/112.
Im Konzertgarten resp. Saal)
Täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger.
Stets wechselnd. Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Wochentagsbillets à 40 Pf. (S. Plakate.)

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Hellmuth Peters.
Dr. Haesch, homöopath. Arzt.
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Egyptische Ausstellung.

Unmittelbar an der Stadtbahn-Station Zoologischer Garten.
Permanent geöffnet v. Morgens 10 Uhr bis Abends 11 Uhr.
Arabisches Original-Café mit seinen ägyptischen Musikern und National-Tänzerinnen (Almées). **Orientalische Bazare.**
Suaheli- und Fellachendorf-Beduinonlager, Landwirthschaftliche Anlagen, Maschinen u. Geräte Ober-Egyptens.
In der grossen Arena: Vorführung der grossen Karawane täglich um 4 1/2 und 7 Uhr.
Einzug der Mekka-Karawane in Kairo um 5 und 8 Uhr.
Von 3 1/2 Uhr ab: **Grosses Konzert.**
Jeden Freitag „Elite-Abend“, verbunden mit gr. Doppel-Konzert.
Entree 50 Pf., Logo 3 Mk., I. Tribune 1,50 Mk., II. Tribune 1 Mk.

Unter d. Protectorat I. Maj. d. Kaiserin Friedrich
AUSSTELLUNG
von
Wohnungs-Einrichtungen
und damit verwandter Gewerbe
BERLIN 1892
13. August bis Mitte October
Ausstellungspark am Lehrter Bahnhof
Geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends
Eintritt 50 Pf.

Achtung! Töpfer. Achtung!
Deffentliche Versammlung der Werkstätten- u. Scheiben-Töpfer
am Sonntag, den 11. September, Vorm. 9 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Kuhlmei, Schönhauser Allee 28.
Tagesordnung:
1. Gründung einer Filiale. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
aller in der Rohrleger-Branche, Installation, sowie der in den
Gasanstalten und Wasserwerken beschäftigten Arbeiter
am Sonntag, den 11. Sept., Vorm. 10 Uhr,
bei Th. Boltz (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Gewerbeberichte. 2. Diskussion.
3. Ausstellung von 3-4 Kandidaten zum Gewerbebericht.
Das Erscheinen sämtlicher Berufsangehörigen ist dringend notwendig.
Zur Dedung der Unkosten findet Teilerhebung statt.
Der Vertrauensmann.

Versammlung für Frauen und Männer
am Sonntag, den 11. September, Abends präc. 6 1/2 Uhr,
in Schneider's Gesellschaftshaus (fr. Neust. Volksgarten),
Vroschauerstr. 37/38.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Th. Metzner über: „Die Stellung der
Sozialdemokratie zum Eide“. Diskussion. — Entree 10 Pf.
NB. Nach der Versammlung gefelliges Beisammensein, verbunden
mit Vorträgen und Tanz.
1894b

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 11. d. M., Vorm. 11 Uhr, bei Schaefer, Inselstr. 10.
Tagesordnung:
1. Kapital und Lohnarbeit. Referent: Genosse Gennede. 2. Dis-
kussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches und pünk-
liches Erscheinen erwünscht. Gäste willkommen. Die Vorstandsmitglieder
werden gebeten, etwas früher zu erscheinen.
Der Vorstand.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter
und verw. Berufsgenossen. (Zahlstelle Berlin.)
Sonabend, 10. Septbr., Abds. 8 1/2 Uhr, Dresdenerstr. 45:
Außerord. General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Amtsniederlegung des Ausschusses. 2. Neuwahl desselben.
3. Verschiedenes.
Zeitungen und Beiträge in der Versammlung beim Kassier. Bei der
Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht sämtlicher Mitglieder zu er-
scheinen.
Der Vorstand.

Achtung! Dachdecker Berlins u. Umg. Achtung!
Sonabend, den 10. September:
3. Stiftungsfest
des Verbandes der vereinigten Dachdecker und Berufsg.
im Saale der Brauerei Friedrichshain (früher Lips),
bestehend in
grossem Sommernachts-Ball.
Freunde und Gönner des Verbandes sind hiermit freundlichst eingeladen.
Anfang präzis 8 Uhr Abends.
Das Komitee.

Besangverein Berliner Typographia.
Sonntag, 11. September, Nachm. 4 Uhr,
in den Gesammträumen der „Berliner Vok-Brauerei“:
XIII. Stiftungsfest
bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert und Ball.
Musik unter Leitung des Herrn Bachfall.
Eintrittspreis 25 Pf. Herren, welche am Ball teilnehmen, zahlen 50 Pf. extra.
Der Kaffeeküche ist bis 5 Uhr geöffnet.
Der Heberschuss wird dem Verein der Berliner Buchdrucker
und Schriftgießer zugesührt.
Billets sind an der Kasse zu haben.

An die Gewerkschaften und politischen Vereine Berlins.
Da am Freitag, den 30. September cr., die Volks-
Versammlungen behufs Stellungnahme und Wahl der
Delegirten zum diesjährigen Parteitag stattfinden, so werden
oben genannte Körperschaften gebeten, von Versammlungen
ihrerseits an diesem Tage Abstand zu nehmen.
Die Vertrauensmänner Berlins.

Große öffentliche Versammlung
sämmtlicher
Bauanschläger und Einseher Berlins
am Sonntag, den 11. d., Vorm. 10 1/2 Uhr, in Orschel's Salon, Sebastianstr. 39.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Gewerbebericht. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung
zur Gewerbebericht-Wahl resp. Wahl der Kandidaten. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Es ist Eure größte Pflicht, recht zahlreich und pünktlich
zu erscheinen, und wird jeder Leser dieses gebeten, die Einladung zur Ver-
sammlung soviel wie möglich zu verbreiten.
Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Alles Nähere
am Sonnabend, den 10. d., durch Säulen-Anschlag.
Der Einberufer.

Große öffentliche
Brauer-Versammlung
am Sonnabend, den 10. September, Abends 8 Uhr,
in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße Nr. 57.
Tagesordnung:
1. Die Hamburger Brauerei-Verhältnisse und Klarlegung der weiteren
Bewegungen in den größeren Brauerei-Städten. Referent: Genosse Allport.
2. Situationsbericht der Kommission über die hier in Berlin vor-
gekommenen ungerechten Fälle in den Brauereien.
3. Wie verhalten sich die gesammten Berliner Brauer-Gesellen zu dem
Vorgehen der Kommission.
4. Diskussion.
[1878b] Der Einberufer.

Verband der Sattler und Tapezierer.
Versammlung
am Sonnabend, den 10. September, Abends präc. 8 Uhr,
im Restaurant Wioncke, Alte Jakobstraße 83.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Sassenbach über: „Der
christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay.“ 2. Diskussion. 3. Er-
gänzungswahl des Bevollmächtigten, des Schriftführers und eines Ausschuss-
mitgliedes. 4. Die Unterstützung der Gemäßigten. 5. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Grosse öffentliche Versammlung
aller in Holzbearbeit.-Fabriken u. auf Holzplätzen besch. Arbeiter
am Sonntag, den 11. Sept., Vorm. 11 Uhr,
im Lokale des Herrn Kummer (Rixdorf), Berlinerstr. 80.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtv. Otto Klein. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Rixdorfer Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Einberufer.

Rixdorf.
Sonntag, den 11. September, im Garten des Herrn Trinkkeller!
Großes Kinderfest.
Fischzug. Fackelzug. Bonbonregen. Die Kaffeeküche ist
von 3 Uhr an geöffnet. 2 Kegelbahnen.
A. Wurbs.
C. Königsfeld, Uhren- u. Goldwaaren-Geschäft
Reinickendorfer-Str. 63.
Spezialität: Ringe, größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2683L

Verband der Bauarbeiter.
Zahlstelle Berlin.
Sonabend, den 11. September 1892,
Vormittags 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Säger, Grüner Weg 29.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl
des Vorstandes und der Revisoren.
3. Verbandsangelegenheiten.
Um das Erscheinen sämtlicher Mit-
glieder ersucht
404/12 Die Lokalverwaltung.

Maurer und Zimmerleute!
Wer ohne großen Kostenaufwand und
event. ohne Arbeitsvermittlung in kurzer
Zeit Zeichen, statische Berechnungen,
Buchführung u. s. w. erlernen will, den
ersuche ich, sich zu melden S. Wisman-
straße 9, 1 Tr. 1891b

Bruchbänder,
chirurg. Gummivaaren, Gummi-
Strümpfe, Geradenhalter, Leib-
binden, Spritzen, Suspensor's etc.,
Umstandsbinder, medicin. Ver-
bandstoffe, Brillen etc., Pincenez,
sowie Artikel aller Art zur
Krankenspflege empfiehlt [2950L
J. Ch. Pollmann, gepr. Bandagist,
Berlin, 30 Liniensstrasse 30.
Lieferant für die vereinigten
Hilfs-Krankenkassen.

Hiermit nehme ich die Beleidigung,
die ich gegen den Herrn Wilhelm
Anders ausgestossen habe, zurück und
erkläre denselben für einen christlichen
Mann.
7142R
Frau Emilie Thunack.
Ich wohne jetzt
Alt-Moabit 36 I
(gegenüber der Jagowstraße)
Dr. Hermann Hamburger
prakt. Arzt etc. [66/20
Sprechstunden: 8-10, 5-6 1/2.
Von der Reise zurück. 7102R
Dr. A. Freudenberg, Friedrichstr. 30.

Unserm Rauchbruder August Schult
zum heutigen Wiegensfest ein donnerndes
Hoch, daß das ganze Pian-Ufer
wackelt.
1874b
Kandklub Ringelwolke.

Unserm Genossen, dem Klempner-
meister H. Fischer, gen. Grahn I, zu
seinem 30. Wiegensfest ein donnerndes
Hoch!
1880b
Lehrer Zahn I u. II, Klempner Grahn II
Für Brautleute nussb. Wirtschaft-
zu verl. v. Barth, Johannerstr. 11,
Kling. D. 4 Tr. 1882b

5 Pfd. Albrecht's
Brot für
50 Pfennig
Bäckerei,
Klefer Wrangel-Strasse 8,
Langestr. 26, Falkensteinstr. 23.
Schlosserei, Protokolle, verl. w. Ver-
zug u. außerhalb. Arbeit vorhanden.
Reichenbergerstr. 10. 7189R

Größtes Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23. S. P
Alte Stiefel große Auswahl. Rep.
u. West. reell u. billig
Raunstr. 2. 1872b
Ein gut eingerichtetes gangbares
Schankgeschäft, passend für Genossen,
ist preiswerth zu verl. Weddingstr. 8.
Hensundländer
schwarz mit weißer Schwanzspitze,
Marke 188, Adlershof, ist entlaufen.
Wiederbringer erhält Belohnung.
1883b] W. Ehrise, Adlershof.

Alte Stiefel für Herren u. Damen
verl. Gen. Ledmana
Linienstraße 6. 1468b
Gesunde Wohnungen 50, 55, 60 Thlr.
Hennigsdorferstr. 24, 1 Tr.
Eine Wohnung, Stube und Küche,
55 Thlr., zu verm. Wade's Volk-
garten in Treptow. 1860b
Marmor-schleifer sucht Zache, Weiden-
weg 38-39. 1879b
Vergolderinnen verl. 1869b
S. Joers u. Sohn, Skalitzerstraße 25.

Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 7. bis 8. September, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk.	Ort.	Datum:							
		4./9.	5./9.	6./9.	7./9.				
Hamburg.	Hamburg.	501	158	674	264	702	338	655	315
Preußen: Sleswig-Holstein.	Wilhelmsburg, Krautland.	7	4	5	2	3	1	12	4

Bereinzelte Erkrankungen:
 Regierungsbezirk Stade: in je einem Orte der Kreise Neuhaus und Rehdingen 1 Crk.
 Regierungsbezirk Lüneburg: in einem Orte des Kreises Harburg (Land) 1 Crk., 1 Todesfall.
 Regierungsbezirk Hannover: in einem Orte des Kreises Hoya 2 Crk.
 Berlin: 1 Crk.
 Regierungsbezirk Köslin: in einem Orte des Kreises Stolp 1 Crk.
 Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin: in den Städten Dornitz und Tessin je 2 Erkrankt., in Ostrow 1 Crk.

Aus dem Regierungsbezirk Schleswig sind Nachrichten bis jetzt nicht eingetroffen.

Der „Reichs-Anzeiger“ vom 8. d. M. schreibt: Die wenigen bisher in Berlin eingeschleppten Cholerafälle haben, wie amtlich festgestellt worden ist, den Ausbruch der Epidemie nicht zur Folge gehabt. Diese Fälle sind, bis auf einen einzigen, neuerdings festgestellten Einschleppungsfall, nach sorgfältigen Beobachtungen jetzt als beseitigt anzusehen. Nichtsdestoweniger selbstverständlich die gegen die Einschleppung und Weiterverbreitung der Cholera getroffenen Maßnahmen in unverminderter Wirksamkeit erhalten werden. Jedenfalls aber steht fest, daß zur Zeit von einer in Berlin herrschenden Cholera-Epidemie nicht die Rede sein kann.

Das Hamburger Echo stellt fest, daß in Hamburg **Sehtanende hungern** und fordert mit Recht von der Bürgerschaft einen größeren Nothstandskredit. Was thut der amtliche Nothstandsausschuß in Hamburg? Eine preussische Prinzessin, Prinzessin Heinrich, hatte bei ihm angefragt, ob der Stadt Geld, Lebensmittel u. s. w. erwünscht seien. Der Ausschuß dankte „für die erste und bis dahin einzige Bewegung in schwerer Zeit, welche hier außerordentlich berührt hat“ und erklärt, das Hilfsangebot gegebenen Falles später zu berücksichtigen. Die weinerliche Unterjochtheit, mit der das verlorrene Geschlechterregiment darüber jammert, daß ihnen für ihre Schlamperlei und Mißwirthschaft nicht auch noch Anerkennung gezollt wird, ist denn doch der Gipfel der Menschamäßigkeit. Wie sich von selbst versteht, hat Jedermann das tiefste Mitleid mit der Hamburger Bevölkerung, mit den Opfern der Seuche, die nie und nimmer so furchtbar wüthen würde ohne den Schlandrian und Krämergeist des Stadt-Statistikregiments. Aber in Hamburg leben wer weiß wie viele Millionen, Hamburg ist ein Dorado des Geldproleten, Hamburgs Finanzen sind gute. Und keine Almosen, sondern staatliche Hilfe ist nöthig. Ist es nicht die höchste Zeit, daß diese ganze verrottete Wirthschaft durch einen gründlichen Entrümpelungssturm vorgelegt wird? Eine vollständige Verwaltung statt der kapitalistischen, die heute herrscht, würde schnell Wandel schaffen. Wollen die Hamburger Rockefeller wieder den Bettelstich schwingen, wie nach dem großen Brand? Heinrich Heine's bekannte Stachelreime im Wintermärchen sind auch heute noch gültig.

Beständig der gesundheitspolizeilichen Maßregeln auf den Schiffen und Fahrzeugen der kaiserlichen Marine ordnet der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts an, daß, wenn auch die allgemeinen im Jahre 1888 erlassenen Vorschriften über die gesundheitspolizeiliche Kontrolle der deutschen Häfen anlaufenden Schiffe auf die Schiffe der kaiserlichen Marine keine Anwendung finden, dennoch die Schiffe der Marine diesen Vorschriften sich fügen sollen. Sie sollen, heißt es in der Verordnung vom 5. September, wenn sie aus einem als

*) Es heißt da u. A.: „In der That steht zu befürchten daß mitten im reichen Hamburg den Cholera-Todesfällen sich Hungertod zugesellen wird. Die schon lange dauernde Arbeitslosigkeit und das jetzt durch die Cholera noch sehr gesteigerte Niederdürigen aller Geschäfte haben unzählige Familien total ruiniert. Nicht nur dort, wo die Seuche den Ernährer oder die Hausfrau hinweggerafft, gilt es zu helfen; man muß überall einstreifen, wo Elend herrscht. Unterschiedliche Löhnen und Löhnen nicht gemacht werden. Vor Allem ist den Darbenden und Hungernden Nahrung zu geben, damit nicht ihr geschwächter Körper dem ersten Angriff der Cholera erliegt. Wir können mit Sicherheit behaupten, daß Zehntausende hungern!... Dem gegenüber ist die Privatwohlthätigkeit, wie sie jetzt durch die verschiedenen Hilfskomitees geübt wird, absolut unzulänglich selbst wenn sie besser organisiert wäre, als sie ist, und von weniger heilsamen Gesichtspunkten aufginge, als dies vielfach geschieht. Bei dem allgemeinen, immer größere Dimensionen annehmenden Nothstand kann nur der Staat helfen. Und der Staat muß helfen, sofort, ungeschämt! Hamburg's Staatsfinanzen sind in besserer Ordnung; eine Anleihe wird kaum nöthig sein, und wenn sie nöthig wäre, würde sie in zwei Tagen zehnfach überzeichnet sein. Man hat so viel gethan für den Großhandel, man hat für ziemlich überflüssige Dinge oft große Geldsummen angewendet, man greife also auch jetzt ein. Aber man komme nicht mit der Bemüßigung von 500 000 M. Es werden Millionen erforderlich sein, um nur das unumgängliche Nöthige zu veranlassen. Man lasse sich nicht täuschen dadurch, daß das Elend nicht überall offen zu Tage tritt. Man sage nicht: „Es sind nur einzelne Fälle; im Ganzen ist es nicht schlimm!“ Das Elend will aufgesucht werden! Hinten in den Höfen und Gängen, auf Dachböden und in Kellern, da haufen in einem dumpfen, stickigen Raum ganze Familien, deren einzige Lagerstatt ein Strohsack bildet, die Morgens nicht wissen, ob und wann sie Mittags essen werden. Das ungeheure Elend hat die Leute so apathisch gemacht, daß sie es gar nicht mehr versuchen irgendwo Hilfe zu holen. So sterben sie dahin! Wir übertreiben nicht. Wer unserer Schilderung nicht glaubt, der besuche einmal unter kundiger Führung einen der großen Höfe. Er wird Bilder sehen, daß sich ihm die Haare sträuben...“

seucheverdächtig erklärten Häfen kommen oder seucheverdächtige Krankheitsfälle während der Reise am Bord gehabt haben, beim Einlaufen in einen anderen Hafen unter Piffen der Quarantäneflagge sich die in der betr. Verordnung erwähnten Beschränkungen im Verkehr mit dem Lande und anderen Schiffen so lange anferlegen, bis eine Weiterverbreitung der Krankheit ausgeschlossen ist.

Wir haben bereits gestern gemeldet, daß der Leiter des Hamburger Medizinalwesens, Medizinalrath Dr. Kraus, seine Entlassung nachgesucht und erhalten hat. Dazu schreibt die senats-offizielle „Hamburger Börsenhalle“: Die Zusammenstellungen des Medizinalbureaus über die Cholera-Epidemie haben die Senatskommission in einer mehrstündigen Sitzung beschäftigt. Es haben sich Differenzen gezeigt zwischen den Zahlen der dort gemeldeten Erkrankungen und Todesfälle und den aus anderen Quellen sich ergebenden Summen, so daß die Cholera-Kommission den Vorstand des statistischen Bureaus der Steuerdeputation beauftragt hat, sämtliche bisher veröffentlichten Zahlen einer Revision zu unterziehen und von heute ab an Stelle des Medizinalbureaus die Meldungen zu erstatten. Es scheint, daß wir in dieser traurigen Zeit aus dem Erstaunen über das Verfahren der Medizinalbehörde nicht herauskommen sollen. Die statistischen Meldungen über die Erkrankungen und Todesfälle haben schon in den ersten Tagen ihres Erscheinens mehrfach Wandlungen durchgemacht; sie sind dann von Tag zu Tag unklarer geworden und haben in ihrer vollständigen Systemlosigkeit das am allerwenigsten ermügend, was man von statistischen Angaben in erster Reihe erwartet: Uebersichtlichkeit und Vergleichbarkeit! Die veröffentlichten Ziffern sind bisher ganz unbrauchbar gewesen zur Gewinnung eines auch nur einigermaßen begründeten Inhalts für die Beurtheilung der Zu- oder Abnahme der Krankheit, und das mußte man doch in erster Reihe von ihnen verlangen. Durch die fortwährenden Nachmeldungen aus früheren Tagen verwickelte sich das statistische Bild beständig und war deshalb völlig werthlos; daß aber die Angaben nicht bloß unpraktisch, sondern, wie sich jetzt herausstellt, auch unrichtig waren, zeigt denn doch die Art und Weise des Arbeitens auf dem Medizinalbureau in einem recht trübenden Lichte. — Gleichzeitig schreibt der dem Hamburger Senate nahestehende „Hamburger Korrespondent“: Es muß ja unerklärlich erscheinen, daß eine Behörde, die nach ihrer ganzen Anlage eine vielseitig entwickelte Statistik für ihren Bestimmung ist, in einer so bedeutungsvollen Frage unzulängliche Zahlen mit der Unterschrift des Medizinal-Spektors Dr. Kraus veröffentlicht. Und doch ist die Thatsache von der Cholera-Kommission des Senats an Hand von Zahlenveröffentlichungen anderer Behörden festgestellt worden, und das statistische Bureau der Steuer-Deputation ist beauftragt, die Richtigstellung vorzunehmen. Eine Aufklärung wird nicht auf sich warten lassen, und es wird dann möglich sein, den Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist außerordentlich dankenswerth, daß die Cholera-Kommission so rasch und rücksichtslos eingegriffen hat, wo es sich darum handelt, einen Krebsgeschaden aufzudecken.

Den Sündenbock Kraus schiebt man fort, aber die Mißwirtschaft wurzelt in der engherzig-bornirten Pfeffer-sack-Politik des Hamburger Geschlechter-Regiments.

Hamburg, 7. September. Die Cholera ist seit gestern in dem Bororke Barmbeck und in der Nähe des Friedhofs zu Ohlsdorf stärker aufgetreten. Die für die Nothleidenden veranstalteten Sammlungen haben bisher nahezu den Betrag von 1/2 Million erreicht. Die Helgoländer Schiffer haben unter sich für die Hamburger Nothleidenden 2000 M. gesammelt.

Hamburg, 8. September. Von gestern Mittag bis heute Mittag sind 655 Erkrankungen und 315 Todesfälle an Cholera zur Anmeldung gelangt, davon entfallen auf Mittwoch 251 Erkrankungen und 180 Todesfälle, die übrigen sind „Nachmeldungen“. Der Transport betrug gestern 162 Kranke und 92 Leichen; die Abnahme gegen vorgestern beläuft sich auf 62 Krankheiten und 10 Todesfälle. Mit der Hamburger amtlichen Statistik mit ihren „Nachmeldungen“ und Irrthümern ist gar nichts anzufangen. Sie leidet irre. Will man denn niemals die Wahrheit geben?

Hamburg, 8. September. („Voss. Jtg.“) Im Lodstedter Lager sind dem „Hamburger Korrespondent“ zufolge weitere drei aus Cholera-Todesfälle unter den Soldaten vorgekommen. — Das Hamburger Medizinal-Kollegium gesteht jetzt öffentlich die große Mangelhaftigkeit der bisherigen Cholera-Statistiken des Medizinal-Spektors zu. — Heute nimmt die Cholera weiter ab.

Der zum 24. September nach Berlin anberaumt gewesen Verhandlung des Deutschen Seiler- und Keschens-Lager-Verbandes ist wegen der Cholera-Gefahr auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Rorderny, 7. September. Der Dampferverkehr zwischen hier und Bremerhafen-Geeßmünde ist unterbrochen.

Bremen, 7. September. Laut Bericht des Medizinalamts ist bis heute Mittag kein neuer Fall von Erkrankung oder Tod an Cholera zur Meldung gekommen.

Bremen, 8. September. Amtlichen Angaben zufolge ist seit gestern Mittag den Krankmansalten ein Cholerafall nicht zugeführt worden. Seit dem 8. d. M. ist also eine Erkrankung oder ein Todesfall an Cholera nicht mehr vorgekommen.

Dppeln, 7. September. Die hiesige Regierung hat verfügt, daß vom 9. September ab der Eintritt der Reisenden aus Rußland nur über Schoppinitz und Kattowitz gestattet sein soll.

Dresden, 7. September. Dem „Dresdener Anzeiger“ zufolge ist die Verschiebung der Leipziger Michaelismesse vom Ministerium nur unter der Voraussetzung genehmigt worden, daß die gesundheitlichen Verhältnisse sich erheblich bessern. Falls diese Voraussetzung sich als unzutreffend erweisen sollte, ist der gänzliche Ausfall der Michaelismesse in Aussicht genommen. Welcher Schlag für die Leipziger Pfefferjacke und Messchmaroker!

Karlsruhe, 7. September. Die bakteriologische Untersuchung in Betreff der in Rappennau verstorbenen Person hat ergeben, daß es sich bei dem Todesfall nicht um asiatische Cholera gehandelt hat. Die Verstorbene war bereits seit längerer Zeit krank.

München, 7. September. Die Versammlung deutscher Historiker, welche Ende September in München stattfinden sollte, ist wegen der Cholera-Epidemie vertagt worden.

Samberg, 7. September. Die Einberufung eines Hamburger Hafensollverwalters als Reservehauptmann zur militärischen Dienstleistung nach hier wurde auf die Beschwerde hiesiger Einwohner zurückgezogen.

Heilbronn, 8. September. Ein aus Kirchheim am Neckar am Montag zugereistes, anscheinend an der Cholera erkranktes Mädchen, welches in das hiesige Cholerahospital geschafft wurde, ist gestern gestorben. Durch die heute vorgenommene Obduktion ist noch nicht festgestellt, ob die Patientin an der einheimischen oder asiatischen Cholera gestorben ist. Die Bahnhöfische desinfectirte den Eisenbahnwagen, in welchem das Mädchen erkrankt war.

Die Polizeidirektion von Bern erklärt die Gerüchte, daß dort Cholerafälle vorgekommen seien, für durchaus unbegründet.

Ueberhaupt ist bis zur Stunde das ganze Gebiet der Schweiz seuchenfrei.

Amsterdam, 8. September. Der Arbeiter, welcher als an der asiatischen Cholera erkrankt in das Barackenlazareth von Rotterdam eingeliefert worden war, ist gestern Abend der Krankheit erlegen. Nach einer Meldung aus Wijnshoten ist daselbst eine Frau an Cholera nostras gestorben.

Rotterdam, 7. September. Der hiesige Bürgermeister macht bekannt, daß der erste Fall asiatischer Cholera hier konstatiert worden sei und zwar bei einem 52-jährigen Arbeiter, welcher in Werkendam wohne, zeitweilig in Eysenoord beschäftigt gewesen und in das Barackenlazareth eingeliefert worden sei.

Brüssel, 8. September. Die Cholera hat in Brüssel nicht um sich gegriffen. Dagegen hat sich die Krankheit von Antwerpen aus in einzelnen Gegenden verbreitet; namentlich sind das Hennegau und Brabant in Mitleidenhaft gezogen.

Antwerpen, 8. September. Die Sanitätskommission erhöhte die Dauer der Quarantäne für Schiffe aus Bayonne und Bordeaux von 7 auf 24 Tage.

Paris, 7. September. Nach amtlichen Berichten sind gestern an der choleraähnlichen Epidemie in Paris 80 Personen erkrankt und 35 gestorben, innerhalb der Banneile von Paris 32 bezw. 21, in Havre 27 bezw. 7.

Paris, 8. September. In Paris und im Gebiet der Banneile von Paris sind gestern an der choleraähnlichen Epidemie 69 Personen erkrankt und 50 gestorben, in Havre 19 beziehungsweise 11.

Paris, 8. September. Gestern ereigneten sich 41 Erkrankungen an Cholera; 26 derselben hatten einen tödlichen Ausgang. In der Banneile fanden 81 Erkrankungen und 17 Todesfälle statt. Die Krankheit breitet sich in südlicher Richtung aus.

Paris, 8. September. Die Polizeibehörde beschlagnahmte gestern Abend bei den Restaurateuren und Hoteliers die zur Abkühlung der Getränke benutzten Eisvorräthe als cholera-gefährlich.

Rouen, 8. September. Hier kamen gestern 41 Choleraerkrankungen und 16 Todesfälle vor.

Havre, 8. September. Von 41 hier an der Cholera Erkrankten starben 9.

Valenciennes, 8. September. Der Gesundheitszustand ist ein befriedigender.

Rom, 7. September. Der offiziellen „Agenzia Stefani“ zufolge werden die Gerichte von einem Cholerafall auf der Insel Capri, die zur Folge hatten, daß Griechenland und Spanien für die Herkunft aus Neapel eine Quarantäne anordneten, von amtlicher Seite als durchaus unbegründet erklärt.

Madrid, 8. September. Für Herkunft aus Kiel ist eine Quarantäne angeordnet worden.

Konstantinopel, 8. September. Von heute ab findet für Eisenbahnreisende auf der Station Mustapha-Pascha eine dreitägige Quarantäne statt. Der Erlaß der gleichen Maßregel sieht für Herkunft aus den infizirten europäischen Häfen bevor.

Sofia, 8. September. Die Regierung hat umfassende Maßnahmen gegen die Einschleppung der Cholera angeordnet. Der Gesundheitszustand in Bulgarien ist gegenwärtig ein durchaus befriedigender.

Athen, 8. September. Die Herkunft aus der Nordsee und Ostsee von Flensburg bis zur holländischen Grenze werden einer 11-tägigen Quarantäne und diejenigen aus Triest und Brindisi einer ärztlichen Untersuchung unterworfen.

Petersburg, 7. September. Neu aufgetreten ist die Cholera im Gouvernement Olonez, woselbst am 2. d. M. sieben Personen an derselben erkrankten und eine Person starb. Am 5. d. M. erkrankten bezw. starben in den Gouvernements Sjaratow 871 bezw. 360, Ssamara 393 bezw. 133, Tambow am 5. und 6. d. M. durchschnittlich täglich 540 bezw. 260, im Dongebiet am 3. und 4. d. M. 540 bezw. 271 Personen.

New-York, 7. September. Nach einer amtlichen Meldung sind gestern auf der hiesigen Quarantäne-Station 8 weitere Cholera-Erkrankungen und 1 Todesfall vorgekommen. Unter den Erkrankten befinden sich 4 Heizer von der „Normannia“ und mehrere Zwischendeckpassagiere von der „Rugia“.

Der Direktion der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft wird aus New-York gemeldet, daß unter den 2028 Personen, welche inf. der aus 421 Personen bestehenden Mannschaft sich an Bord der „Normannia“ und „Rugia“ befanden, 14 Personen gestorben sind. Es sind dieses: Jacob Hynemann, 58 Jahr, aus Boston; Karl Heger, 56 Jahr, aus Chicago; Emma, Wilhelmine und Ottilie Stürm, 7, 3 und 1 Jahr, aus Hamburg; Ad. Scholz, 1 1/2 Jahr, aus Langenbrielen, Schlesien; Peter. Wilh. Lammer, Zwischendeckspassagier, 48 Jahr, aus Seefeld, Scharf, Oldenburg; Otto Wilh. Johann Engel, Drimmer, 21 Jahr, aus Wendenburg, Preußen; Johanna Busch, 11 Jahr, aus Herzfeld, Mecklenburg; Bertha und Karl Röntz, 57 und 11 Jahr, aus Belgard, Pommern; Eduard und Rosine Sterr, 30 und 1/4 Jahr, aus Wien; Antonie Horla, 17 Jahr, aus Kietow, Oesterreich.

New-York, 7. September. Einer amtlichen Meldung zufolge sind zwei weitere Cholerafälle unter der Mannschaft der „Normannia“ vorgekommen.

New-York, 8. September. Gestern sind hier zehn neue Cholerafälle vorgekommen, davon acht unter der Mannschaft des Hamburger Schnelldampfers „Normannia“ und zwei unter den Passagieren dritter Klasse des Schnelldampfers „Rugia“.

Quebec, 7. September. Das Verbot der Landung von Auswanderern in der Provinz Quebec ist dadurch veranlaßt worden, daß an Bord des von Hamburg eingetroffenen und unter Quarantäne gestellten Dampfers „Wandrahm“ sich mehrere Cholerafälle gezeigt hatten.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 8. Septbr. Nachmittags 5 Uhr.

Stadtv. Bösch hat sein Mandat niedergelegt. Der Magistrat macht der Versammlung Mittheilung davon, daß angeht die gegenwärtigen Gesundheitsverhältnisse die öffentlichen Prüfungen in den Volksschulen ausfallen. (Beifall.) Die Erziehung für die ausgeschiedenen Stadtv. Höhne, Sabor und Tuhauer findet am 27. September statt.

In das Plenum der Armenverwaltung wird zur Vertretung der Abtheilung für die Waisenverwaltung Stadtv. Witte gewählt.

Die fünfte höhere Bürgerschule ist vom Kultusminister als vollberechtigte Realschule im Sinne der Lehrpläne und Lehrplausgaben von 1891 anerkannt worden.

Der Oberpräsident von Berlin hat den Beschluß der Versammlung, das Gehalt für den ersten Bürgermeister auf 30 000 M. jährlich festzusetzen, genehmigt. Die Versammlung nimmt hiervon Kenntniß.

Der Magistrat bringt bei der Versammlung aus Anlaß eines Spezialfalles eine Änderung des Fleischschau-Regulativs von 1883 dahin in Vorschlag, daß vor beendeter Untersuchung des geschlachteten Thieres auch einzelne Theile desselben nicht entfernt werden dürfen, auch vor erfolgter Freigabe eine Zerlegung geschlachteter Schweine in Stücke nicht stattfinden darf. In dem betr. Falle hatte ein Schlächtermeister von einem als tuberkulös beanstandeten Schweine vor der von ihm beantragten Superrevision die tuberkulösen Herde in den Drüsen, das wichtigste Kriterium für die Entscheidung, entfernt, war wegen Uebertretung des Regulativs verklagt, aber freigesprochen worden, da das Regulativ nur die Entfernung des ganzen Schweines und der Eingeweide verbietet, die Drüsen aber nicht zu letzteren gerechnet werden könnten. Um der Wiederholung ähnlicher Fälle, durch welche der Nutzen der Fleischschau illusorisch gemacht werden würde, vorzubeugen, soll das Regulativ in der angegebenen Weise amendirt werden.

Die Vorlage wird auf Antrag Sangerhans en bloc angenommen.

Die von der Berliner Pferdebahn-Gesellschaft Festmann u. Co. zu Charlottenburg für 1891 zu entrichtende prozentuale Abgabe von der Brutto-Einnahme wird auf Antrag des Magistrats in Anbetracht der geringen Geschäftseinnahme in den letzten 3 Jahren (Durchschnitts-Dividende 1,833 pSt.) von 4 auf 1,22 pSt. gleich 8993,80 M. herabgesetzt.

Am 18. Februar d. J. hatte die Versammlung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft die Einführung auch derjenigen neu gewählten Mitglieder, deren Wahl durch Einspruch als ungültig angefochten sei, bei Beginn der Wahlperiode zu bewirken. Der Magistrat ist diesem Beschlusse beigetreten. Oberpräsident und Minister des Inneren haben indessen, gestützt auf ein Erkenntnis des Oberverwaltungs-Gerichts von 1888, diesen Beschluß beanstandet; sie verbarren dabei, daß die Einführung solcher Stadtverordneten ausgeführt werden muß, bis die Gültigkeit der Wahlen außer Frage steht, gleichviel, wie lange auf diese Weise die nichtwiederergewählten Mitglieder fortamitteln. Der Magistrat überbietet das Reskript des Ober-Präsidenten und giebt gleichzeitig anheim, eine dem Beschluß vom 18. Februar entsprechende Aenderung in die Geschäftsordnung aufzunehmen, da er dies für den einzig möglichen Weg ansieht, um die Streitfrage durch die Verwaltungs-Rechtsprechung definitiv zum Austrage zu bringen.

Stadtv. Sangerhans empfiehlt dem Reskript gegenüber nicht einfach die Angelegenheit ad acta zu legen, sondern einem Ausschusse zu überweisen, der in Gemeinschaft mit Magistrats-Kommissionären zu erwägen habe, wie der Wunsch der Versammlung zur Erfüllung gebracht werden könne.

Bürgermeister Jelle befürwortet den Magistratsvorschlag, auf dem Wege der Aenderung der Geschäftsordnung eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts herbeizuführen.

Die weitere Prüfung der Angelegenheit wird dem Wahlprüfungs-Ausschusse überwiesen.

Die Straßenzüge nördlich und östlich der neuen Nazareth-Kirche, nämlich die verlängerte Nazarethkirchstraße zwischen Turiner- und Malplaquetstraße, und die Malplaquetstraße zwischen Schulstraße und Straße 48, sollen noch in diesem Herbst asphaltirt werden.

Die dem Armenarzt Dr. Michélet durch einen von einem Armenempfänger gegen ihn angebrachten „frivol“ Prozeß erwachsenen Kosten im Betrage von 123,75 M. sollen auf die Stadthauptkasse übernommen werden.

Stadtv. Vogtherr hat nichts gegen den Antrag des Magistrats, protestirt aber gegen den in der Vorlage mehrfach in fast tendenziöser Weise gebrauchten Ausdruck „frivol“ in Bezug auf das Verfahren des Armenempfängers Nutzkowsky. Das Landgericht I habe demselben das Armenrecht bewilligt; etwa berechtigte Vorwürfe in dieser Beziehung hätten also auch diese Adressen zu berücksichtigen.

Stadtv. Bergmann hätte lieber gesehen, wenn der Magistrat mit einer finanziell so unbedeutenden Vorlage nicht an die Versammlung gekommen wäre, während Stadtv. Baumgart darauf hinweist, daß der betreffende Armenempfänger schon seit 1888 der städtischen Armenpflege anheimgefallen sei.

Stadtv. Vogtherr bestreitet, daß dieser Umstand mit der Vorlage im Zusammenhang stehe. (Widerspruch).

Die Vorlage wird angenommen.

Nach dem Beschlusse vom 10. März cr. sollten auch dem Unternehmer Behr 6 Plätze zur Aufstellung von Gebäuden an Stellen nach seinem System überwiesen werden. Bevor der Magistrat mit dem Beeth dieserhalb in weitere Verbindung getreten ist, hat er Kenntniss von einer Beschwerde erhalten, welche Beeth über die Art der Erledigung der Frage der Bedürfnisanstalten durch die städtischen Behörden an den Oberpräsidenten gerichtet hat. In dieser Beschwerde wird der Stadtvertretung indirekt vorgeworfen, daß sie durch Parteikriterien und Parteidogmen in ihren Entscheidungen beeinflusst werde, und das Bedauern ausgesprochen, daß das Wohl der Stadt unter Formalismus und Parteiprinzipien leiden müsse.

Diese Verdächtigungen einer Art, wie sie leider in den letzten Jahren von gewissen Seiten wiederholt ausgegangen sind, haben den Magistrat zu dem Entschlusse gebracht, weitere Verhandlungen mit Herrn Beeth nicht zu führen, da es der Würde der städtischen Verwaltung wenig entsprechen würde, mit einem Manne, der sich nicht scheut, gegen die Verwaltung derartige Verdächtigungen zu erheben, in ein dauerndes Vertragsverhältnis zu treten.

Ohne Debatte nimmt die Versammlung von der Vorlage Kenntniss.

Bei Besprechung des Jahresabschlusses des Viehhofes für 1891/92 macht Stadtv. Vogtherr darauf aufmerksam, daß nach Befundung des Kreisveterinärarztes Bachmann vor Gericht die sanitätspolizeiliche Kontrolle der Viehsaufuhr noch viel zu wünschen übrig läßt. Die untersuchten Thiere würden von den übrigen nicht getrennt gehalten; auch mit den Untersuchungsbescheinigungen könne Mißbrauch getrieben werden. Redner fordert den Magistrat auf, die Abstellung dieser Mängel zu betreiben.

Unterm 6. September hat der Magistrat der Versammlung eine dringliche Vorlage betreffend die Bewilligung von Mitteln aus Anlaß der Choleraepidemie zugehen lassen. Danach soll dem Magistrat zur Ergreifung derjenigen Maßregeln, welche derselbe unter Zuziehung der Deputation für öffentliche Gesundheitspflege aus Anlaß der Choleraepidemie zu treffen für notwendig erachtet, ein Kredit bis zum Betrage von 300 000 M. à conto des Ueberschusses der Stadthauptkasse aus dem Rechnungsjahre 1891/92 vorbehaltlich der späteren Rechnungslegung eröffnet werden.

Ueber die nach Angabe der Vorlage seitens der Stadtverwaltung getroffenen bzw. beabsichtigten Maßnahmen und Anordnungen haben wir bereits ausführlich berichtet. (Vgl. „Kommunales“ in gestriger Nummer.) Die unentgeltliche Verabreichung von Desinfektionsmitteln an Unbemittelte für den Bedarfsfall ist „der näheren Regelung“ vorbehalten worden.

Die Stadtv. Wunder u. Gen. beantragen hierzu, die Desinfektion der Wohnungen und Kleidungsstücke Cholerafranker und Choleraverdächtiger auf Kosten der Stadt zu übernehmen.

Stadtv. Wunder befürwortet diesen Antrag; die erheblichen Kosten, die diese im Interesse der Allgemeinheit erforderlichen Maßnahmen verursachen, könne man den Einzelnen nicht aufbürden. Redner nimmt auf einige jüngst vorgekommene Fälle Bezug, wo die durch die polizeilich veranlaßte Desinfektion verursachten Kosten ohne offensbare Ungerechtigkeit nicht den Betroffenen aufgelegt werden können.

Stadtrath Strahmann: Die Desinfektionsanstalt ist angewiesen, in allen Fällen polizeilich angeordneter Desinfektion die Kosten niederzuschlagen. Im Uebrigen kann nur an dem auch von der Versammlung getheilten Standpunkte festgehalten

werden, daß diejenigen, die es können, die Kosten für die Desinfektion auch bezahlen.

Stadtv. Jadel: Wir stehen der Vorlage sympathisch gegenüber und werden für sie stimmen, vernünftig aber in derselben die Auskunft über eine ganze Anzahl wichtiger Fragen. Beschäftigt über soll gesehen eine beständige Ueberwachung der Oberflähe, zumal derjenigen Stellen, wo die Wasserwerke ihr Wasser entnehmen? Am ersten ist doch das Trinkwasser als Träger der Ansteckung verdächtig; wahrscheinlich ist eine vor einigen Jahren hier aufgetretene Typhusepidemie auf mangelhafte Filtration des Leitungswassers zurückzuführen gewesen. Außerdem liest man, daß unsere Filterwerke schon 10 pSt. über ihre Normalleistung angestrengt sein sollen. In Radesdorf besteht ja auch bereits eine kleine Cholera-Epidemie, und sehr leicht kann von dort aus die Oberflähe verunreinigt werden. Ebenso ist also die Ueberwachung des Schiffsverkehrs und der Abführung der Abwässer aus den Fabriken nothwendig. Nicht ersichtlich ist ferner aus der Vorlage, wie man die gefunden Glieder einer Familie unterbringen will, in der cholera asiatica aufgetreten ist und Desinfektion Platz greifen muß. Es sollte dafür, was sehr zweckmäßig wäre, das städtische Obdach in Aussicht genommen sein. Die ärmeren Leute kommen hier ja ganz allein in Betracht, die bloß einen oder zwei Bohnräume haben und denen auch der einzige Anzug, den sie gewöhnlich nur besitzen, desinfectirt werden muß; sie müssen untergebracht und gekleidet werden. Man sollte zu diesem Zwecke die in Aussicht genommenen Barackenbauten schon jetzt in Angriff nehmen. Für eine hinreichende Desinfektion sind nach der Berechnung von Merle für eine Epidemie von der Ausdehnung derjenigen von 1866 12 Desinfektionsanstalten, während wir in unserer Desinfektionsanstalt nur 4 besitzen und die im Obdach und in den Krankenhäusern vorhandenen doch von diesen Anstalten selbst genügend in Anspruch genommen sind. Was die Transportverhältnisse betrifft, so sind jedenfalls drei Depots zu wenig; solche Depots müßten über die ganze Stadt vertheilt sein. Höchst bedauerlich ist es, daß wir für den Transport noch immer auf Privatunternehmer angewiesen sind, daß nicht die Gemeinde dafür einsteht. Im Anschlusse an die Krankenhäuser bzw. die Feuerwehredeposits müßte hier eine kommunale Organisation eintreten. Bezüglich der Bestattungsfrage scheint es doch wirklich dringlich, endlich Verbrennungsöfen aufzustellen (Unterbrechungen), um auf diesem Wege der Seuche entgegenzuarbeiten. Die Einrichtung der Sanitätswagen für die Cholera ist vielleicht verfrüht, kann aber nicht schaden; indeß beweise ich, es sei, wenn die Epidemie da ist, dem wirklichen Bedürfnisse genügen werden. Bei den entsprechenden Berichten, welche wir aus Hamburg haben über die Ueberanstrengung der Ärzte, würde ich eine Entlastung dahin für zweckmäßig halten, daß immer vier Ärzte auf jeder Wache den ganzen Tag dem Publikum zur Verfügung stehen. Weiter wird in der Vorlage viel zu einseitig die Bekämpfung des Choleraabgusses, viel zu wenig der Nährboden, die Menschen selbst berücksichtigt. Was soll bezüglich der Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse geschehen? Ueber diese Verhältnisse haben unsere Armenärzte alljährlich an die Stadt Bericht abzustatten, einzelne dieser Berichte sind anerkannt mustergerig. Würde es sich nicht empfehlen, in Anlehnung hieran schleunigt durch unsere Armenärzte eine Enquete in den ihnen unterstellten Kreisen veranstalten zu lassen? Natürlich müßte dann die Stadt da, wo diese Verhältnisse überaus traurige sind, eingreifen, für bessere Wohnung und Ernährung sorgen. (Widerspruch und Umrufe.) Bedauerlicherweise besteht noch immer nicht das so unentbehrliche Institut der Gesundheitsaufseher; wir haben außer den Revier-Sanitäts-Kommissionen nichts, und in diesen Kommissionen sind die Hauptbetheiligten, die Arbeiter, nicht vertreten. Hier liegt ebenfalls der Stadt die Aufgabe ob, Organisationen zu treffen. Vielleicht könnten den Volkslächen Zuschüsse gegeben werden, damit sie, was sie jetzt nicht thun, genügende Nahrung geben. Wollen Sie endlich, wie in Nürnberg, einen Zwang, ins Krankenhaus zu gehen, betreiben, gleichviel, ob ein Arbeiter oder ein Mitglied der besitzenden Klassen von der Seuche befallen wird? Wir scheitern das nothwendig, wenn wir die Cholera zentralisiren wollen. In starke Zentralisation ist allerdings nicht zweckmäßig; es ist eine unumgängliche Voraussetzung und Zeitvergehung, einen Erkrankten vom Schlesischen Bahnhof bis nach Noabit zu schaffen. Inzwischen werden aus diesem traurigen Ereigniß eine Reihe von Segnungen entspringen; wenn Sie erst für die Cholera die Desinfektion unentgeltlich machen, können Sie später nicht wieder die Bezahlung einführen, Sie werden diese Erleichterung vielmehr auch auf die andern epidemischen Krankheiten, Typhus, Scharlach, Diphtherie, ausdehnen müssen. Auch die Sanitätswagen, das Transportwesen werden städtische Institute werden; die Ärzte der ersten würden dann auch auf städtische Kosten für diesen Dienst auszubilden sein. (Umrufe und Widerspruch; Vorsteher Strödel ersucht den Redner, nicht abzuschweifen.) In Hamburg hat gerade der Umstand, daß die städtischen Ärzte nicht bakteriologisch ausgebildet waren, verhängnisvoll gewirkt. Daher sind diese Dinge Sache der Kommune, nicht des einzelnen Arztes. Wir werden auch zu einer regelmäßigen Wohnungs- und Nahrungsmittelschau gelangen. Die Arbeiter aber, jetzt hinsichtlich die Opfer hygienischer Mithände, müssen ganz anders als bisher zu diesen Einrichtungen herangezogen werden.

Stadtv. Birchow: Die Voraussetzung aller Maßnahmen, die der Vordredner vorschlägt, ist das Eintreten einer starken Epidemie. In dieser Annahme liegt kein Anzeichen vor, wenn auch äußerste Vorsicht nach wie vor geboten ist, da gestern Abend ein neuer Fall von Cholera asiatica constatirt worden ist. Hauptfachliche Aufmerksamkeit erfordern allerdings die Flußläufe und der darauf stattfindende Verkehr, der aus allerpeinlichste überwachet werden muß. Dringend nöthig ist auch die Beschaffung von großen Kochapparaten bei allen Hospitälern, in welchen sämtliche Ausschreibungen von Cholerafranken durchgeföhrt werden; darin wird gleichfalls ein sehr großes Schuttmittel gegen die Verbreitung der Choleraerkeime gegeben sein. Die Uebernahme des Transports durch die Stadt ist eine Forderung, die das Bedürfniß übersteigt. Auf solche Epidemien, die nur in sehr langen Zwischenräumen eintreten, können wir uns nicht mit ganzen Fuhrparks von Stadt wegen einrichten. Die getroffenen Maßnahmen reichen vollständig aus; der Magistrat hat hier recht ausgiebig vorgesorgt, und es muß bezweifelhaft, daß selbst auf die unwahrscheinlichsten Fälle Rücksicht genommen ist. Daß die Spree den Typhusbazillus direkt geliefert hat, ist übrigens nicht nachgewiesen worden. Ich ersuche mit dem Vordredner den Magistrat auf die Beschleunigung des Baues der neuen Wasserwerke, jeder Tag ist hier von Werth. Besonders ausgebildete Kräfte verlangt Herr Jadel, er überbleibt wohl, daß unsere jungen Kräfte heute fast durchweg bakteriologische Kurse durchmachen, natürlich ist nicht jeder von ihnen ein ausgezeichneter Bakteriologe. Daß sie im Allgemeinen den Untersuchungen gewachsen sind, dafür lege ich hier mein Zeugniß ab.

Stadtrath Strahmann: Es haben sich in der Magistratsvorlage einfach gar nicht alle etwa möglichen Maßnahmen gegen die Choleraepidemie aufzählen lassen. Die häufigere Untersuchung des Spreewassers ist angeordnet. Die Ueberanstrengung der Filter war durch die abnorme Hitze des Augusts verursacht. Die Desinfektions- und Transportvorrichtungen sind vollständig genügend. Wegen der Verzeichnung der Zeichen ist an den Minister eine Eingabe gerichtet worden (Weisfall), wie mir der Bürgermeister soeben mittheilt.

Stadtv. Spinoza bezieht sich dem Stadtv. Jadel gegenüber auch auf das Umrufen des Geheimraths Koch, daß Berlin durchaus angemessene Vorkehrungen getroffen habe. Städtische und staatliche Behörden verdienen dafür volle Anerkennung. Kommt der Feind, so werden wir gerüstet sein.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadtv. Jadel wird der Magistratsantrag unter Ablehnung des Antrags Wunder angenommen. Schluß 7¼ Uhr.

Tokales:

An die Lokalkommissions-Mitglieder der Provinz Brandenburg! Parteigenossen! Sonntag, den 18. September d. J., Nachmittags 2 Uhr, findet in Berlin im Lokale des Herrn Köhlig, Neue Friedrichstraße 44, eine öffentliche Konferenz sämtlicher Lokalkommissions-Mitglieder der Provinz Brandenburg statt. Als vorläufige Tagesordnung haben wir festgesetzt: „Wie ist am wirksamsten den Wirthen entgegen zu treten, welche uns ihre Säle zu Versammlungen verweigern?“

Noch andere Punkte zu behandeln, bleibt der Konferenz überlassen.

Parteigenossen! Die Anregung, eine gemeinsame Besprechung herbeizuführen, ging von Lokalkommissions-Mitgliedern der Umgebung aus.

Man sagte, wohl sehen die meisten Wirthe es gern, daß die Arbeiter ihre Groschen bei ihnen verzehren, jedoch, wollen die Arbeiter Versammlungen abhalten, dann weist man sie einfach hinaus. „Zu derartigen (sozialdemokratischen) Zwecken gebe ich mein Lokal nicht her“ — ist die Antwort. Hiergegen gilt es Stellung zu nehmen! Beschäftigt deshalb aller Orts diese Konferenz, und wir zweifeln nicht, daß auch in dieser Frage Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Herren zu zeigen, mit wem sie zu rechnen haben.

Es ist wünschenswerth, daß die Vertreter der einzelnen Ortschaften sich eine Stunde vor der Verhandlung im Lokal einfänden, um vorher feststellen zu können, wie viel Ortschaften vertreten sind.

NB. Die nächste Lokalliste wird Freitag, den 16. d. M., im „Vorwärts“ veröffentlicht.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Berliner Lokalkommission.

J. A. J. Bernau, Rosenstr. 80.

Der Vortrag, den Privatdozent Dr. Pfeiffer, Abtheilungsvorsteher am Koch'schen Institut für Infektionskrankheiten, in der gestrigen Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft über die bakteriologische Diagnostik der Cholera gehalten hat, liegt bereits in der heutigen Nummer der „D. med. Wochenschr.“ vor. Wir entnehmen daraus das Folgende:

Ganz unerwartet und explosionsartig ist seit Mitte August die Cholera in Hamburg aufgetreten, und ununterbrochen noch fordert sie neue Opfer. Wie immer, verliert bei solchen Gelegenheiten die Bevölkerung die ruhige Besinnung, und wer irgend kann, sucht durch eilige Flucht das bedrohte Leben in Sicherheit zu bringen. Hamburg gewährt so das Bild einer großen Feuerbrunst, die, vom Sturm gereizt, ihre Funken weit und fern ausstößt. Bis her haben diese Funken nicht gezündet, immer noch ist es gelungen, sie im Keime zu erlösen. Es zeigt sich hierbei, wie wichtig es ist, die ersten Fälle einer Seuche sofort zu erkennen und unschädlich zu machen, ehe die Krankheit festen Fuß gefaßt hat. Gerade bei der Cholera läßt nun die klinische Diagnose im Beginn der Epidemie durchaus im Stich; wenn dann die Zahl und der schwere Verlauf der Erkrankungen an dem epidemischen Charakter der Seuche keinen Zweifel mehr lassen, ist die Zeit für ein erfolgreiches Eingreifen verpaßt, und man steht dem Vordringen der Krankheit machtlos gegenüber. Es ist daher eine Thatsache von größter Wichtigkeit, daß uns die bekannten Untersuchungen H. Koch's in den Stand gesetzt haben, mit Sicherheit in jedem verdächtigen Falle die Diagnose durch den Nachweis der spezifischen Krankheitskeime zu stellen.

Die Cholera ist eine Infektionskrankheit, die ausschließlich im Darmkanal sich abspielt. Dem entsprechend enthalten auch nur die Darmentleerungen der Cholerafranken die spezifischen Infektionskeime. Leider verfügen wir für den mikroskopischen Nachweis der Choleraabgüsse nicht über ein differenziell diagnostisches Hilfsmittel, wie es bei der Tuberkulose die spezifische Färbbarkeit der Tuberkelbazillen darstellt. Die Choleraabgüsse verhalten sich fastbald gegenüber nicht anders, wie die Anzahl anderer Bakterien, die neben ihnen bei Cholerafranken auftreten können. Aber ihre Form ist so charakteristisch, daß man gleichwohl im mikroskopischen Präparat auf sie aufmerksam werden muß. Die Choleraabgüsse sind ziemlich kleine Bakterien und nur ungefähr 1/2-3/4 so lang wie die Tuberkelbazillen, aber viel plumper, dicker und mit deutlicher Krümmung versehen. Diese Krümmung ist nicht viel stärker als die eines Kommas, gelegentlich findet man jedoch Formen, die fast halbkreisförmig gekrümmt sind.

Es erhebt sich nun die wichtige Frage: In wie weit ist man berechtigt, aus dem mikroskopischen Befunde kommamähnlicher Bakterien Cholera zu diagnostizieren? Die Antwort muß verschieden ausfallen. Leicht und zweifellos ist die Diagnose, wenn die Choleraabgüsse im Präparat fast in Reinkultur vorhanden sind, besonders aber, wenn die so charakteristische, hübschenweise Lagerung der Kommaabgüsse in den Schleimflocken gefunden wird. Unficher wird dagegen die Entscheidung, wenn die Präparate nur vereinzelte verdächtige Formen enthalten, denn es finden sich Kommaabgüsse, die der Mundhöhle entkommen und mit der Cholera nicht das Geringste zu thun haben. Da muß man sich begnügen, eine Wahrscheinlichkeitsdiagnose auszusprechen. Ein negativer Ausfall der mikroskopischen Untersuchung beweist indessen keineswegs, daß Cholera ausgeschlossen ist. Es giebt Fälle von echter Cholera, wo die Zahl der Koch'schen Bazillen in den Exjektionen so gering ist, daß sie bei der mikroskopischen Untersuchung übersehen werden können. In allen zweifelhaften Fällen sind daher mit dem verdächtigen Material Züchtungsversuche zu machen, und besonders wichtig und geradezu ausschlaggebend sind die Resultate des Gelatine-Plattenverfahrens. Bei einer Temperatur von 20 bis 24 Gr. C. wachsen die Kommaabgüsse schon nach 20 bis 24 Stunden zu ganzen Kolonien heran und zeigen dann so charakteristische Eigenschaften, daß sie mit keinen anderen Bakterien mehr verwechselt werden können. Die von Koch angegebenen Merkmale der Kommaabgüsse sind so zuverlässig, daß innerhalb 24 Stunden eine untrügliche Diagnose möglich ist. Allerdings meint Dr. Pfeiffer, daß die bakteriologische Technik, aus deren Einzelheiten wir hier nicht eingehen können, nicht von allen praktischen Ärzten ausführbar ist. Man hat daher nach Mitteln gesucht, die Erkennung der Kommaabgüsse zu erleichtern. So hat Dr. Schottelius ein Verfahren angegeben, das in vielen Fällen brauchbar ist, aber immer durch das Platten-Kulturverfahren kontrollirt werden muß. In letzter Zeit hat Dr. Lafer angegeben, daß man die Choleraabgüsse durch den Geruchsinn erkennen könne. Richtig ist nämlich, daß die Exjektionen, welche Choleraerkeime enthalten, mit Bouillon und stellt die Proben 24 Stunden in einen Geruchskranz, dann macht sich neben dem Fäcalgeruch ein charakteristischer, den Cholera-kulturen eigentümlicher aromatisch-widerlicher Geruch bemerkbar. Leider ist aber die Mehrzahl der Menschen in der Beurtheilung von Gerüchen recht unzuverlässig, auch wenn sie nicht am Stockschmuppen leiden, und doppelt schwierig dürfte es sein, aus einem undefinirbaren Geruchsschaos jenen bestimmten, selbst nur wenig definirten Bestandtheil herauszurücken. Der Vortragende schloß mit Rathschlägen für die Aushebung und den Transport von Cholerafranken zu wissenschaftlichen Untersuchungen.

Ueber die Gesundheitsverhältnisse Berlins in der Woche vom 21.-27. August ist den „Beröff. des Land. Gesundheitsamtes“ zu entnehmen: Die ungewöhnlich hohe Temperatur der Luft, die auch in dieser Woche bis zum 26. August in Berlin vorherrschte (das Thermometer erreichte wiederholt die Höhe von 30 Gr. C. und darüber), äußerte ihren schädlichen Einfluß auf den Gesundheitszustand durch das ungemessen häufige Auftreten von akuten Darmkrankheiten, die in gegen die Vorwoche erheblich gesteigerter Zahl (351 gegen 276) zum Tode führten. Zwar betrug der überwiegend größte Theil dieser Todesfälle Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre, doch wurden auch Ältere er-

machene Personen in gesteigerter Zahl von diesen Krankheitsformen betroffen, jedoch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß mit Eintritt der kühleren Temperatur die Erkrankungen eine sehr bedeutende Abnahme erfahren werden. Die Verheilung des Säuglingsalters an der Sterblichkeit war eine erheblich gesteigerte; unter 886 in der Woche Gestorbenen befanden sich 510 Kinder im Alter von unter einem Jahre, so daß von je 10 000 Lebenden auf ein Jahr berechnet 160 Säuglinge starben (in der Vorwoche 187).

Daß man in Berlin trotz günstiger Situation noch immer mit der Cholera zu rechnen hat, beweist das Vorkommen eines neuen Falles asiatischer Cholera. Gestern Abend gegen 10 Uhr wurde die in der Schulendorferstr. 13 wohnende Frau Köppen mit ihrem Kinde als choleraverdächtig eingeliefert, und heute Vormittag ergab die bakteriologische Untersuchung, daß die Frau an asiatischer Cholera, das Kind an Brechdurchfall leidet. Frau Köppen war vorher in Brandenburg a. N. zu Besuch gewesen und hat sich offenbar dort oder auf der Reise infiziert. Sonst sind heute nur fünf Choleraverdächtige eingeliefert worden.

In der Erkrankung der Frau Köppen wird uns noch gemeldet: Frau K. ist in Brandenburg a. N. Pavel wohnhaft und beabsichtigte sich nach Schlesien zu begeben, wohin sie die in der Schulendorferstr. 13 wohnende Frau des Arbeiters Beuthardt, eine Koufine der K., begleiten wollte. Frau K., welche Anfang der vier Jahre steht, traf gestern Abend um 7 Uhr 40 Min. auf dem Potsdamer Bahnhof ein und fuhr nach der Wohnung der B., land Bekehrte aber nicht zu Hause und setzte sich mit ihrem dreijährigen Söhnchen, das sie mitgebracht, auf die Treppe der dritten Etage. Hier erkrankte Frau K. alsbald, nachdem sie schon in Brandenburg über Unwohlsein geklagt, unter choleraähnlichen Erscheinungen. Hausbesitzer schafften die Leidende nach dem Korridor der B.'schen Wohnung und holten die Polizei herbei, welche die Erkrankte nach dem Krankenhause in Moabit schaffte. Auch das Söhnchen der K. wurde zur ärztlichen Beobachtung dahin überführt. Der Mann der Frau Köppen ist telegraphisch hierher berufen worden und heute Vormittag eingetroffen. Er wird gleichfalls unter ärztliche Beobachtung gestellt werden; das Haus Schulendorferstr. 13 ist auf polizeiliche Anordnung bereits gestern Abend desinfectirt worden.

Als Krankenwärter für Hamburg melden sich täglich auf unserer Redaktion Personen. Wir verweisen dieselben, damit sie möglichst genaue Informationen bekommen, an das Berliner Polizeipräsidium oder an die Direktion des Nothens Kreuzes.

Einem wackeren Genossen gab wiederum eine Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis am vergangenen Sonntag Vormittag die letzte Ehre. Ein zahlreicher Kämpfer für eine bessere, menschlichere Gesellschaftsordnung war der Verstorbene, der Schmiech, Rudolph Friede. Sehr früh hat ihn die Ausdehnung des Kapitals ins Grab gebracht, er starb an der Schwindsucht im frühen Alter von 29 1/2 Jahren. Selbst auf dem Sterbebette wurde er vom blinden Haße unserer Gegner verfolgt. Als bekanntes Mittel zur Bekämpfung der Schwindsucht hatten die Ärzte dem Verbliebenen gute, frische Luft und gute Nahrung anempfohlen. Weiblich fand er in seiner Heimath, bei seinen Eltern in Sudowitz, Kreis Schwiech in Westpreußen. Aber auch von hier wurde er vertrieben auf Veranlassung des Geistlichen in jenem Orte, des Pastors Staffel. Verbottene Schriften (Wahrer Jakob) sollte unser Genosse dort verbreitet haben, so wußten die Denunzianten zu erzählen. Und als nun ein Freund des Kranken das Zeitliche gesegnet, da erregte sich etwas, wodurch Staat und Gesellschaft ins Wanken kommen mußte. Der Genosse Rudolf Friede hatte bei der Beerdigung seines Freundes einen Kranz mit einer fingerdicken roten Schleife in das Grab geworfen, der besorgte Seelenheilte sich sofort den Kranz aus der Gruft holen. Unser Genosse Friede entfernte nun die anhängige „rothe Schleife“, und der Kranz konnte seinen Zweck erfüllen. Aber der Herr „Seelenheiliger“, hatte nun einen „Nothen“ entdeckt, und konnte nicht dulden, daß ein solches räudiges Schaf in seiner Gemeinde „hauste“. Dem Vater unseres Freundes, welcher schon 26 Jahre als Gärtner beim Herrn v. Holzendorf beschäftigt ist, wurde gekündigt, da er einen solchen ungerathenen Sohn hatte. Diese Kündigung ist aber zurückgenommen, als der brave Sohn erklärte, seine Heimath zu verlassen. Die Anstrengungen der weiten Reise, das Empfinden solcher „christlicher Nächstenliebe“ waren keine Medizin für einen gefährlich Kranken, sondern bewirkten seinen schnelleren Tod. Durch seinen Tod entging er nun jener Straatverfolgung, welche der Herr Pastor Staffel eingeleitet hatte. — Die Beerdigung geschah von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus. Unsere Genossen ehrten das Andenken des dahingegangenen Freundes, welcher in der weiten Ferne den Gemüthen einer besseren Weltanschauung gelegt hat, in der üblichen Weise. Die Beibringer hatten eine Anzahl prachtvoller Kränze, deren rothe Schleifen mit entsprechenden Aufschriften versehen waren, gespendet.

Auch der sozialdemokratische Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises hatte seinem Mitgliede einen prachtvollen Kranz gewidmet, ebenso der Klub Laune, die Krankenkasse der deutschen Wagenbauer und die Rüstfabrik von Adolph, Mummelsburg. Ehre dem Dahingegangenen!

Mit den Arbeiter-Ver sicherungsgesetzen wissen viele Arbeitgeber noch weniger Bescheid, wie die Arbeiter, trotzdem das „Kriegsgesetz“ nun schon lange genug besteht. Ein Fall für viele hier angeführt: Ein Tischler stand längere Zeit bei einem Maschinenfabrikanten in der W.straße in Arbeit. In jedem wöchentlichen Lohnstage wurden dem Arbeiter 45 Pf. abgezogen. Derselbe hielt das für durchaus in der Ordnung, denn er glaubte, es würden 30 Pf. für Krankenkasse und 15 Pf. für Invalidenklasse abgezogen. Das war aber ein Irrthum. Als der Arbeiter beim Verlassen seines Arbeitsverhältnisses die Karte in Empfang nahm, bemerkte er, daß nicht 30, sondern nur 20 Pf. Markten eingeklebt waren. Er konnte den Arbeitgeber nicht sofort interpelliren, weil diese Entdeckung erst gemacht wurde, als der Arbeiter in seiner Wohnung angekommen war. Der Arbeitgeber wurde nun brieflich aufgefordert, die Differenz auszugleichen, was auch sofort geschah. Dabei stellte sich heraus, daß derselbe folgende Abzüge gemacht hatte: 10 Pf. für Invalidenversicherung, 25 Pf. für Kranken- und 10 Pf. für Unfallversicherung.

Die „kapitalistische“ Kera, in welcher wir herumtappen, ist auf eine so langwierige bürokratische Schablone zugeschnitten, daß es nicht zu verwundern ist, wenn auch bei dem Arbeitgeber die Konfusion Trumpf ist. Am ergötzlichsten ist es, wenn heut naive Seelen noch immer auf den „Segen“ der Kleberei für die Arbeiter hinweisen. Die 70-jährigen Greise, welchen das Kleberei soviel abwirft, daß sie eine unwillkürliche Hungerkur durchzumachen im Stande sind, sind wirklich lebendige abschreckende Beispiele für eine Sozialpolitik, wie sie nicht sein soll. Und dabei lebt der Schlotjunfer und Kohlenbaron des festen Glaubens, daß der Staat mit diesen sogenannten Arbeitergesetzen schon viel zu weit gegangen sei und daß dieselben die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter nur noch mehr anstachelten. Wer heute begehrt, der beneidenswerthen Posten eines 70-jährigen Reichrentners einzunehmen, der ist geistig kaum mehr intakt. Es scheint übrigens mit der vielgepriesenen sozialpolitischen Kera bereits wieder vorüber zu sein. Wir haben wenigstens noch nicht gehört, daß für die nächste Reichstags-Session auch nur ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sei, der mit der Sozialpolitik auch nur im Entferntesten etwas zu thun habe. Wir hören in erster Linie von einer Riesen-Militärvorlage, von einer Aenderung der Militär-Pensionsgesetze, von neuen Kolonialforderungen, von einem Reichs-Steuergesetz sogar für die Menschen u. s. w. — an die Arbeiter denkt kein Mensch der

„oberen Zehntausend“ mehr. Auf was die ganze Sozialreform hinauslaufen würde, haben wir ja gleich gesagt, es wurde der Versuch gemacht, die Arbeiter zu kaptiviren und von der bösen Sozialdemokratie abzuwenden und in das alles selig machende Gezeir der Regierung zu führen. Der Versuch ist selbstverständlich gründlich gescheitert, die „Jrrelehren“ waren selbst durch die glänzendsten Versprechungen nicht todt zu machen, und heute ist das sozialreformatorische Regierungsbanner wieder sorgsam zusammengewickelt und in die Kumpellammer gestellt worden, und an seiner Stelle flattert die Kriegsflagge: die neue Militärvorlage. Damit hat der Klassenstaat endlich Farbe bekannt und seinen arbeiterfreundlichen Hütlertram abgeworfen.

Das Trinkgeldwesen macht sich in allen Kreisen breit. Am schlimmsten grassirt dasselbe unter den Kellnern und Kutschern. Diese würden gerne auf das Trinkgeld verzichten, wenn sie von ihren Prinzipalen so bezahlt würden, daß sie davon ihr Auskommen hätten. Das ist aber nicht der Fall, der Arbeitgeber zahlt so wenig oder am liebsten gar nichts, so daß seine Arbeiter lediglich auf das Trinkgeld angewiesen sind, das man ihnen zufließt. Es giebt sogar Fälle, in denen der Prinzipal sich ausmacht, daß gewisse Prozente von diesem Trinkgeld noch in seine Tasche fließen. Einer unserer Abonnenten gerieth dieser Tage in Streit mit dem Kutscher eines Hochzeitswagens. Der Fahrpreis war im Voraus bezahlt worden, der Kutscher hatte 50 Pfennig Trinkgeld erhalten, forderte aber außerdem noch eine Mark, die ihm „rechtmäßig“ zuzunehmen. Als ihm erklärt wurde, daß von einer „Rechtmäßigkeit“ gar keine Rede sein könne, meinte der Kutscher, er sei auf diese Trinkgelder angewiesen, denn er erhalte nur 8 M. Lohn die Woche und sein Arbeitgeber habe ihm ganz ausdrücklich gesagt, daß ihm jeder Hochzeitsgast eine Mark zahlen müsse. Das ist es mit Kutschern, die selbstergekauft instruiert sind, sehr oft recht lebhaft Auseinandersetzungen giebt, ist klar und ebenso klar ist, daß diese Auseinandersetzungen nicht dazu beitragen, die gute Laune der Hochzeitsgäste zu erhöhen. Beim Mietzen eines Privatfuhrwerks ist es somit sehr zu empfehlen, den festen Preis einschließlich des Trinkgeldes für den Kutscher sofort auszumachen, damit man eben späteren unangenehmen Weiterungen überhoben ist.

Die „Volks-Zeitung“ erhält folgende Zuschrift:

Hamburg, den 7. Sept. 1892.
Auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 werden Sie ersucht, in der nächstfolgenden Nummer der „Volks-Zeitung“ folgende Berichtigung aufzunehmen: Die in der Nummer 207 der „Volks-Zeitung“ enthaltene Mitteilung, daß ein Angestellter der Hamburger Hafenpolizei Namens Philipp auf der Durchreise nach Breslau in Berlin am Lehrter Bahnhof als choleraverdächtig angehalten und sodann nach der städtischen Desinfections-Anstalt geführt worden sei, auch bei dieser Veranlassung angegeben habe, daß die Cholera in Hamburg seit dem 1. August d. J. herrsche, ist in allen Punkten reine Erfindung. Weder giebt es hierseits einen Hafen-Polizeibeamten des Namens Philipp, noch ist überhaupt einem Angestellten der Hafenpolizei in jüngster Zeit Urlaub nach Breslau bewilligt worden. Ebenso sind die dem angebliebenen Beamten Philipp zugeschriebenen Angaben über den Zeitpunkt des Ausbruchs der Cholera in Hamburg völlig unmaß.

Der Senator, Chef der Polizei,
Hachmann.

Der Baumeister Becher, Rankstr. 4 wohnhaft, entließ von seinem Bau Grünwald, Parzelle 23, den Zimmermann Gustav Altermann, weil derselbe bei seiner Arbeit die Mauerläufe pfliff. Ten dort beschäftigten Arbeitern möchten wir rathen, jedesmal wenn der Herr Baumeister den Bau betritt, das schöne Lied zu pfeifen: „Ich bin ein Preuße . . .“

Durch übermäßiges Desinfectiren eines Wohnraumes ist ein Menschenleben auf das ärgste gefährdet gewesen. Bei den in der Hamburgerstraße wohnenden B.'schen Eheleuten hat eine Wittwe Frau C. ein möbirtes Zimmer inne; die Dame, welche sich anherordentlich vor der Cholera fürchtet, hatte sich am Dienstag eine größere Menge Chloralkali gekauft und dieses Desinfectionsmittel in einer Kiste unter ihr Bett gestellt. Am Mittwoch Morgen fiel es den Wirthsknechten der C. auf, daß die Wittve sich bei ihnen noch nicht gemeldet hatte, und da die Frau trotz wiederholten Rufens und Klopfens nicht Antwort gab, so wurde ihr Zimmer gewaltsam geöffnet. Hier fand man Frau C. bewußtlos im Bette liegen; der Desinfectionsgeruch in dem Gemach war ein so betäubender, daß die Eindringenden es nur wenige Sekunden darin aushalten konnten. Es wurde sofort ein Arzt geholt, der die Besinnungslose zunächst in ein anderes Zimmer schaffen ließ, wo es alsdann unter Anwendung geeigneter Gegenmittel gelang, die C. wieder ins Leben zurückzurufen. Nach Ausspruch des Arztes ist die Verblüdung durch die im Verhältnis zu dem kleinen Wohnraum große Menge Chloralkali hervorgerufen und die Uebervorsichtigkeit würde, wenn sie nur eine Stunde später aufgefunden worden wäre, den Tod durch das übermäßige Desinfectiren davon getragen haben.

Lebhafte Theilnahme erweckt das traurige Geschick des Bahn-Hilfsarbeiters Eduard Komka in Zehlendorf, der am Dienstag in seinem Beruf einen jähen Tod gefunden hat. Am seinen von außerhalb kommenden Bruder zu empfangen, hatte sich der seit 20 Jahren im Bahndienst stehende pflichttreue Beamte einen kurzen Urlaub erbeten und wollte vor demselben seine dienstlichen Obliegenheiten mit besonderem Eifer noch erledigen. Bei der Kontrolle der Schienen zwischen Groß-Lichterfeld und Steglitz wurde er, als er im Begriff stand, von einem Geleise zum ändern zu gehen, von den Buffen eines herabrollenden Zuges erfasst und auf die Böschung geschleudert, wo er bald darauf als Leiche gefunden wurde. Der Unglückliche muß einen furchtbaren Todeskampf durchgemacht haben, denn seine Finger waren fest in den Rasten der Bahndoschung gefaßt und seine Gesichtszüge verhärtet. Der von auswärts gekommene Bruder wird nun statt eines freudigen Wiedersehens schmerzliche Trauerstunden hier durchmachen. Eine Wittve und mehrere erwachsene Kinder stehen trauernd am Sarge ihres Familienhauptes.

Aus Furcht vor der Cholera irrsinnig geworden ist in der vorletzten Nacht der Gerichtsassessor Hermann K., der am Mittwoch Abend aus Hamburg hier zugereist war. Der Unglückliche lief umher in der Nacht auf dem Schloßplatze umher und bestreute sich unangeseht mit Desinfectionsmitteln, die er in großen Mengen bei sich führte, indem er dabei andries: „Mir ist eine Laterne am Himmel erschienen, ich bin erkrankt und kenne jetzt das Mittel gegen den tödtlichen Feind.“ K. wurde aufgegriffen, zunächst nach der Wache des zweiten Polizeireviers in der Bauhofstraße gebracht und nachdem er von dem herbeigerufenen Polizeibezirksphysikus für gemeingefährlich erklärt worden war, heute Vormittag um 11 Uhr der Irrenabtheilung der Charite zugewiesen.

Die Vererbung einer Todten wird demnächst drei Personen auf die Anklagebank führen. Am 24. März d. J. starb die vermählte Frau Seyffert, Prenzlauner Chaussee 11 wohnhaft; als Erbberchtigte galten die Nichte der Todten, die Frau des in Weipensee wohnenden Barbiers Kirsch, sowie eine zur Pflege der S. angewiesene Wittve, Frau Laake aus Posen. Frau S. hatte immer als wohlhabend gegolten, und es erregte daher bei der Nachbarschaft viel Aufsehen, als die Verwandten der Verstorbenen verbreiteten, die S. sei ohne Vermögen gewesen. Durch Denunziationen wurde die in Weipensee stationirte Kriminalpolizei darauf aufmerksam gemacht, daß ein letzter Wille der Seyffert bei Gericht existire, und da sich in der That auch ein Testament vorfand, so wurde eine Untersuchung bezüglich des fehlenden Vermögens der Erblasserin angestellt, welche das überraschende Resultat ergab, daß der Barbier Kirsch

gestern verhaftet und nach dem Moabiter Untersuchungs-Gefängnis überführt wurde. Wie festgesetzt ist, befanden sich am Sterbebette der S. der Neffe derselben, der Barbier Kirsch, und die oben erwähnte Frau Laake; kaum hatte die Leidende den letzten Seufzer gethan, als das würdige Paar die Wohnung plünderte; beide nahmen das gesammte Baargeld, etwa 4000 M., welches unter dem Kopfkissen der Todten lag, an sich und ebenso ein Zertifikat der Weipenseer Genossenschaft über 3600 M. Mit dem Verkauf anderer Werthpapiere wurde eine Frau Schröder betraut, die eine Kommissionsgebühr von 125 M. erhielt. Nun wurde aber das Testament eröffnet und es stellte sich heraus, daß die Laake Alleinerbin der Wittve S. geworden; aus Wuth darüber, daß sie den Raub thörichtester Weise mit Kirsch getheilt, erzählte sie die ganze Angelegenheit in der Nachbarschaft umher und so kam dieselbe auch zu Ohren der Kriminalpolizei, welcher dieser Tage bei Kirsch Hausungung abtheilt und bei demselben der Verstorbenen gehörige Werthpapiere vorfand. Die glückliche Alleinerbin Frau Laake wird nun um des ihr geraubten Vermögens willen als Mitschuldige des Raubes auf der Anklagebank sitzen!

Wegen eines an der eigenen Ehefrau verübten Strafraubes und außerdem wegen mehrfacher schwerer Sittlichkeitsverbrechen sieht dem „Börs. Cour.“ zufolge, zur Zeit ein wohlhabender Grundstücksbesitzer, der Inspektor H. aus Pantow, in Untersuchungshaft. Es handelte sich in diesem Kriminalfalle um eine causa colobro für Pantow. Der Verhaftete ist Vater zweier Kinder. Gines Tages zwang er in Abwesenheit seiner Familie das achtzehnjährige Dienstmädchen — nachdem er alle Ausgänge des Hauses verschlossen — seine Liebesorgane zu erdulden. Das Mädchen schwieg nicht, wie er verlangt; bei der Heimkehr der Dienstherrin erzählte sie, was vorgegangen. Die Frau verließ sofort mit ihren Kindern das Haus und leitete die Ehescheidungsklage ein. Nun kam es aber doch an den Tag, daß der Mann auch an der eigenen Tochter Sittlichkeitsverbrechen begangen hatte. Ehe über diese Vorgänge Anzeige erstattet und die Verhaftung des Mannes verfügt wurde, lauzerte er eines Abends der Gattin auf der Straße auf; er wußte, daß seine Frau in Berlin war und am Abend nach ihrer Wohnung in Pantow zurückkehren mußte. Sie kam in einem Wagen angefahren, der Mann sprang hinaus, mißhandelte die Frau und entriß ihr gewaltsam die goldene Uhr, ein Erbstück ihrer Familie. Die Staatsanwaltschaft erblickt hierin einen vollendeten Strafraub. Wenn auch sonst der Diebstahl unter Eheleuten straflos hingehet, so meint die Staatsanwaltschaft, daß diese Strafflosigkeit nicht eintreten darf, wo bereits eine Trennung der Gatten stattgefunden hat und der Diebstahl mit Gewalt und auf einem öffentlichen Wege verübt worden ist. Deshalb ist die Anklage nicht allein wegen der Sittlichkeitsverbrechen, sondern auch wegen des Strafraubes erhoben worden. Die Untersuchungshaft dauert fort.

Ein eigenartiges Schauspiel läßt sich zur Zeit jeden Abend in der Nähe der mit hohem Schilf bewachsenen Stellen unserer Spree-Ufer beobachten. Laufende und Ubertausende von Stoaren umtreiben bei eintrittender Dunkelheit in dichten Schwärmen das schilfige Gestade, ergehen sich dabei in den possirlichsten Flugübungen und schießen endlich blüßschnell aus der Luft in das hohe Schilf nieder, das ihnen für die Nacht einen warmen und sicheren Versteck bietet. Während sich die Stoare noch um den besten Platz zanken, erscheinen plötzlich, einer wirbelnden schwarzen Wolke gleichend, ungeheure Massen unserer leicht beschwingten Schwärme in der Luft, wogen einige Male auf und nieder und sausen dann ebenfalls pfeilschnell aus der Höhe auf das Schilf herab. Hieraus beginnt in dem Rohrdickicht ein lautes, bewegtes Treiben, ein Rauschen und Plätschern, ein Zwitschern und Pfeifen, ein disharmonisches Potpourri aus tausenden Vogelkehlen, das erst seinen Abschluß findet, wenn die Nacht bereits ihren schwarzen Schleier über Land und Wasser gedreht hat.

Polizeibericht. Am 7. d. M. wurde ein Arbeiter auf dem Stadtdachhofs Jannowitzbrücke, als er daselbst beim Fensterputzen beschäftigt war, von einem einlaufenden Stadtbahnzuge erfasst und am Fuße so erheblich verletzt, daß er nach Uebergang eines Verbandes nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Abends entgleiten auf dem Bahnhof Moabit die beiden letzten Wagen eines Güterzuges beim Hinüberfahren auf ein anderes Geleise. Hierbei gerieth der Bremser friebig zwischen zwei Wagen und erlitt eine Zerquetschung des linken Untersehenfels. Er wurde nach dem Krankenhause Moabit gebracht. — Eine gestern Nachmittag von außerhalb hier angekommene Frau wurde bald darauf wegen choleraverdächtigter Erscheinungen in das Krankenhaus Moabit gebracht, wo heute ihre Erkrankung an asiatischer Cholera festgestellt wurde. Aenderweite Fälle von Erkrankungen an asiatischer Cholera sind seit gestern nicht zur Anzeige gekommen. — Am 7. d. M. fanden vier kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung:

Vor der fünften Verurtheilungs-Kammer des Landgerichts I fand gestern eine Verhandlung statt, wodurch die Fabrikation von sogenannten „Schundmöbeln“ in krasser Weise beleuchtet wurde. Die Tapezierer Gottlieb Krause und Heinrich Wendland, welche gemeinsam ein Möbelgeschäft betrieben, befanden sich wegen Betrugs auf der Anklagebank. Als der Sergeant G. sich im vorigen Herbst einen eigenen Herd gründen wollte, betraute er das Möbelgeschäft von Busch u. Kieple mit der Lieferung der sämtlichen Mobilien, wozu auch eine Plüsch-Garnitur gehörte. Busch u. Kieple lassen nur Tischlerarbeiten anfertigen. Sie bestellten die Plüsch-Garnitur daher bei den Angeklagten, welche von ihnen wieder Schränke bezogen. Busch verlangte bei der Bestellung ausdrücklich bestes Material und eine Polsterung von Berg, Indiasaser und Koshhaaren. Der Preis wurde auf 250 M. vereinbart. Als die Firma Busch u. Kieple die Sachen dem Auftraggeber zustellte, wurde die Garantie mit einem Aufschlag von 42 M., also mit 292 M. in Rechnung gestellt. Das junge Ehepaar machte bald die unliebame Entdeckung, daß es betrogen worden war. Obgleich die Garnitur sehr geschont worden war, war sie nach zwei Monaten fast nicht mehr zu gebrauchen. Bei der Benutzung wirbelten dicke Staubwolken durch den Uebergang in die Höhe, die Polsterung sank in sich zusammen. Der Sergeant hielt sich an die Firma Busch u. Kieple und diese verlangte von den Angeklagten Schadenersatz. Die Beklagten verhielten sich schroff ablehnend, sie behaupteten nach Vereinbarung geliefert zu haben. Busch und Kieple mußten die Ausbesserung für eigene Rechnung ausführen lassen, sie zahlten dem Tapezierer Poetsch dafür einen größeren Betrag, als die Garnitur neu gekostet, nämlich 221 M. Im Termin vor dem Schöffengericht wurde Poetsch als Sachverständiger vernommen. Er erklärte, daß er erkannt und empört gewesen, als er die Arbeit der Angeklagten gesehen. Nur die Gestelle der Möbel seien noch zu verwerten gewesen. Allerdings habe die Polsterung aus Berg Indiasaser und Koshhaaren bestanden, die letzteren, das ungleich theuerste Material, waren aber nur in einzelnen Exemplaren vorhanden, sie mußten einzeln gesucht werden. Ein ordentlicher Tapezierer lege zuunterst eine Schicht Berg, darauf eine Schicht Indiasaser und obendrauf eine Schicht Koshhaare. Die Lächerlichkeit der Arbeit spottete jeder Beschreibung. Die Polsterung sei nicht, wie es üblich und Vorschrift sei, mit einem Uebergang von Reffel versehen gewesen, sondern ein Plüschstoff der allergeringsten Sorte sei unmittelbar darüber gepannt worden. Man sehe häufig in den Schaufenstern Garnituren mit 150 Mark ausgezeichnet, etwas Reßes könne

natürlich nicht dafür geliefert werden; aber besser wie die von den Angeklagten hergestellte Waare müsse eine solche Garnitur immerhin sein. Das Gutachten des Oberneisters Kreis von der Berliner Tapezier-Zinnung lautete für die Angeklagten noch ungünstiger. Der technische Ausdruck für die in Rede stehende Waare sei „Schuppenarbeit“, weil das Polstermaterial nur hineingestreut scheine. Ein so gearbeitetes Sopha sei eigentlich nur ein Müllkasten. Bei dem Preise von 250 M., den die Angeklagten für die Garnitur erzielten, hätten sie aber wenigstens eine dauerhafte und sorgfältig ausgeführte Arbeit liefern können. Die Angeklagten wollten 177 M. als Selbstkostenpreis für die Garnitur berechnen und entschuldigten sich außerdem damit, daß die ihnen von der Firma Busch u. Kieple gelieferten Schränke auch nicht besser gewesen seien. Trotz der belästigenden Beweisnahme fällt das Schöffengericht ein freisprechendes Urtheil, da es die Verfertigung einer falschen Thatsache vermisse. In der gestrigen Berufungsinstanz wurde dies Urtheil aufgehoben und jeder der Angeklagten zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt.

Rektor Hermann Ahlwardt stand gestern als Angeklagter vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Er war beschuldigt, den gesammten preussischen Beamtenstand und besonders die juristischen Beamten öffentlich beleidigt zu haben. Am 29. Oktober v. J. hielt der Angeklagte in einer antisemitischen Versammlung in Essen einen Vortrag über das Thema: „Unsere Justiz.“ Er soll dabei behauptet haben, daß die Beamten zu 60 pCt. verschuldet seien und daß der gesammte Beamtenstand korrupt sei. Für die reichen Juden sei die Justiz nicht da, sie könnten Verbrechen begehen, ohne zur Verantwortung gezogen zu werden. Als Belastungszeugen waren der Polizeikommissar Jand und der Gymnasiallehrer Dr. Jansen aus Essen erschienen. Der Angeklagte bestritt, die inkriminirten Aeußerungen in dem Sinne gethan zu haben, wie die Anklage behauptet. Er habe in Essen den Vortrag gehalten, um dem Antisemitismus neue Anhänger zu gewinnen, und der Zweck würde doch dadurch ein völlig verfehlt werden, wenn er die Beamten, die etwa die Hälfte der Zuhörer bildeten, mit Beleidigungen überhäuft hätte. Es liege ihm als treuem Unterthan vollständig fern, den deutschen Beamtenstand, auf den das Land mit Recht stolz sei, zu beleidigen, selbstverständlich habe er nur jüdische Beamte und solche gemeint, die unter jüdischem Einfluß ständen, er habe die „Germania“ nicht verunglimpft, sondern sie nur von einigen Schmutzstücken reinigen wollen. Einzelne Fälle, welche er angeführt habe, um den verderblichen Einfluß des Judenthums zu zeigen, könnten doch nicht auf den gesammten Beamtenstand bezogen werden. Er habe den Fall Reichröder vorgetragen und bei dieser Gelegenheit behauptet, daß der Justizminister Friedberg eine Frau zu einer falschen Aussage verleiten wollte. Der Zeuge Jand, welcher die Versammlung überwacht habe, habe selbst am folgenden Tage zu einem Zeugen gesagt, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, dem Vortrage zu folgen, er habe deshalb den Gerichtsdienere Stahlke beauftragt, zwei Ahlwardtsche Broschüren, auf deren Inhalt sich der Angeklagte berufen, aus einer Buchhandlung zu holen. Nach diesen Broschüren habe der Kommissar Jand seinen Bericht ergänzt und deshalb enthalte derselbe Aussprüche aus dem Vortrage und solche aus den Broschüren durcheinander. Der Zeuge Jand bestritt nicht, sich die Broschüren angeschafft zu haben; er habe aber während des Vortrages eine Menge Notizen gemacht und lediglich diese zur Grundlage seines Berichtes gemacht. Es sei zweifellos, daß der Angeklagte in seinem Vortrage gesagt habe: „der ganze Beamtenstand ist korrupt und zu 60 pCt. verschuldet.“ Der Angeklagte blieb dagegen dabei, daß er nur gesagt habe: „Selbst in den höheren Beamtenstand ist theilweise die Korruption eingedrungen“, und er beziehe sich auf eine Anzahl Zeugen darüber, daß seine Behauptung die richtige sei. Der zweite Zeuge, Gymnasiallehrer Dr. Jansen, bekundete, daß er die Aeußerungen Ahlwardts ebenso aufgefaßt habe, wie der Kommissar Jand. Die Rede Ahlwardts habe besonders im Anfange einen agitatorischen Charakter gehabt, sei dann aber etwas abgeschwächt worden. Ganz bestimmt sei ihm erinnerlich, daß der Angeklagte u. A. gesagt habe: „Je höher der Beamte steht, um so unwürdiger ist er oft infolge des jüdischen Einflusses“ und „wenn ein armer Junge in einem Bäderladen stiehlt, so wird er leicht gefangen, begehrt ein reicher Jude aber ein Verbrechen, so ist der Staatsanwalt nicht da.“ Auf Befragen des Angeklagten, ob der Zeuge nicht am Tage nach dem Vortrage zu einem Kollegen geäußert habe, er unterschreibe den Inhalt des Vortrages Wort für Wort, erwidert der Zeuge, daß er wohl geäußert haben könne, daß ihn ein Theil der Ausführungen sympathisch berührt habe. Er bekenne sich auch zum Antisemitismus, aber nur unter der Voraussetzung, daß alle Thatsachen, die vorgebracht und alle Schlüsse, die daraus gezogen würden, auch richtig seien.

Der Angeklagte wiederholte seinen Antrag, die von ihm angeführten Entlastungszeugen laden zu lassen. Staatsanwalt Dr. Benedix widersprach diesem Antrage, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Hertwig, für Annahme desselben eintrat. Der Gerichtshof folgte dem Antrage, beschloß die kommissarische Vernehmung der vorgeschlagenen Zeugen und vertagte die Verhandlung.

Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Wahlkreis hielt am 6. September eine gutbesuchte Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken der kürzlich verstorbenen Genossen R. Schulz und M. Frieze durch Erheben von den Plätzen. Daran schloß Genosse W. Brunns einen Vortrag über: „Die Reichsunmittelbaren.“ Er führte ungefähr aus: Stets wird bei Betrachtung des wirtschaftspolitischen Lebens in Deutschland und speziell in Preußen der Blick der Bevölkerung auf den Einfluß gelenkt, den die Agrarier auf die Gesetzgebung ausüben. Niemand von den Anwesenden hat aber wohl daran gedacht, daß es eine so außerordentlich bevorrechtete Klasse wie die sogenannten Reichsunmittelbaren und jetzigen Standesherrn noch im modernen Staat geben könne, als im vorigen Jahr das Gesetz eingebracht wurde, diese Herrn für den Fortfall des Rechts, keine Steuern bezahlen zu brauchen, zu entschädigen. Interessant ist, geschichtlich darzutun, wo denn eigentlich diese Sonderrechte der Bezugsberechtigten der Agrarier ihren Ursprung haben. Im Mittelalter sehen wir den Bauer gezwungen, Frohnden und bestimmte Spandienste dem adeligen Junker zu leisten. Auf seinem eigenen Land erntete der Bauer soviel, als zu seinem und der Familie Unterhalt nötig war. Die dem Adeligen zu leistenden Dienste fanden in dessen Verbrauchsfähigkeit und der seines Gefolges eine Grenze. Der Bauer weiter auszunutzen, hatte der Junker kein Interesse, da ein Baarenmarkt, für den produziert werden konnte, nicht bestand. Eine vollständige Umwandlung der bäuerlichen Verhältnisse tritt mit der Entfaltung der Baarenproduktion ein. Als damit in den Städten die Kasse der reichen und gnußstrebenden Patrizier entleert, will der Junker durchaus nicht mehr mit dem Wenigen von früher auskommen. Das Verlangen nach dem Reichthum der Städte bewickte zunächst, daß sich die adeligen Herren zur Ausführung richtiger Raubzüge organisierten. Die Handelskarawanen waren vor ihnen nicht sicher. Viele der Vorfahren unserer erlauchten Standesherrn sind erst durch einen so betriebenen Diebstahl reich geworden und zu Ansehen gelangt. Die Städte wandten sich nun an die Fürsten um Hilfe, denen das selbständige Wirthschaftsleben des Adels auf keinen Fall unangenehm sein konnte. Gemeinsam belämpften beide Klassen den Raubadel. Die Junker wandten nunmehr, da ihnen das Raubhandwerk erschwert war, dem Bauer ihre Aufmerksam-

keit zu, um sich durch ihn zu bereichern. Zunächst wurden die Spandienste und sonstige Frohnden vermehrt, und zwar deкарт, daß der Bauer seinem eigenen Acker nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit zuwenden konnte. Viele Bauern verließen ihr Eigen- thum, weil es ihnen den Lebensunterhalt nicht mehr bot. Doch damit war dem Junker nicht gedient: was sollte er mit dem Lande ohne Arbeiter anfangen? Der Bauer mußte darum ganz selbigen gemacht werden, was denn auch geschah. Der adelige Ausbeuter rundete daneben sein Besitzthum immer mehr ab. Er eignete sich vielfach Gemeinland und nach dem dreißig- jährigen Kriege „herrenlos“ gewordenen Land an. Diese Ent- wicklung ging bis in das achtzehnte Jahrhundert hinein vor sich. Während dieser ganzen Zeit aber fanden eine Menge Reibereien unter dem Adel selbst statt. Viele der „Kleinen“ gingen dabei zu Grunde, andere kamen pfeifig empor. Im Verhältnis jedoch zur Zahl der Adligen war die Zahl der Großen eine geringe. Aus ihnen, den Reichsten und Mächtigen, setzten sich die sogenannten Reichsunmittelbaren zusammen. Sie hatten das Recht, auf den Reichstagen zu erscheinen und an der Ge- setzgebung mitzuwirken, nur daß sie an den Regierungsgeschäften nicht theilnehmen durften. Etwa 400 dieser Leute vertheilten sich über Deutschland. Als zu Anfang unseres Jahrhunderts Napoleon das linke Rheinufer für sich in Anspruch nahm, diktirte er, daß 97 hier ansässig gewesene Reichsunmittelbare vom übrigen Deutschland entschädigt werden müßten. Dadurch wurden sie reichsunmittelbar. 1806 wurden wieder eine ganze Anzahl kleiner Fürsten zu Reichsunmittelbaren gemacht. Auf dem Wiener Kongreß, 1815, erfolgte eine Regulirung ihrer Sonderrechte und er- hieltten sie den Titel Durchlaucht. Diese Herren bildeten in ihrem Staate die privilegiirte Klasse. Treitschke schreibt über jene Stützen der Gesellschaft, daß sie in großen Schaaren nach Paris zum Feinde ihres Vaterlandes“ entflohen, um die Aufrechterhaltung ihrer Entschädigung durch das übrige Deutschland auch ja zu erhalten. Und Bluntschli, ein anderer bürgerlicher Staatsrechtler, theilt in einem seiner Werke mit, daß die Reichsunmittelbaren bestrebt waren, ihre Sonderrechte nicht zu Gunsten der Allgemeinheit, des Volkswohles auszunutzen, sondern sie noch zu vermehren, was wesentlich zur Zersplitterung und Schwächung des Reichs beigetragen habe. Und die Nachkommen dieser Herren, deren Rechte auf Raub, Diebstahl, gefetzwidrige Ausbeutung der ungerochter Weise zu Leibeigenen gemachten Bauern, kurz auf Unrecht in jeder Linie basirt sind, entschädigt man in der Neuzeit, der so oft als sorgfchritten ge- priesenen, dafür, daß ein Theil dieser Rechte, eben weil mit der Neugestaltung der Dinge im Widerspruch, beseitigt wird! Nicht zu vergessen, daß nach Bluntschli gerade die Vertreter dieser Sonderrechte — man entsinne sich des großen patriotischen Geschreies ihrer Erben! — nichts weniger als patriotisch handelten, nur um ihre Sonderstellung gesichert zu bekommen. Die für Preußen 26 Millionen betragende Entschädigung ist würdig, der an die Seite gestellt zu werden, welche den Agrariern bei der Bauernablösung zu Anfang dieses Jahrhunderts zuerkannt wurde. Weil die mit Gewalt hervorgerufene Leibeigenschaft und Hörigkeit als ungerecht beseitigt werden sollte, müßten die Bauern ihren Herrn eine Entschädigung zahlen, um „frei“ zu werden, was sehr oft gleichbedeutend war mit frei von jedem Eigentum. Der freie, kleine, wirtschaftlich nicht leben und nicht sterben lönnende Bauer und der ländliche, mehr wie der Industrieproletar ausgehende Lohnarbeiter erblickte damit das Licht der Welt. — Redner geht dann auf die Geschichte der Ablösung noch näher ein und weist nach, daß das vom König Friedrich Wilhelm III. nach den Niederlagen Preußens gegebene Versprechen einer Verfassung nicht gehalten wurde, weil die wirtschaftspolitische Nachstellung des reaktionären Agrarierthums dies verhinderte. Daraus, wie aus der Beherrschung des neuzeitlichen politischen Organismus durch die jetzt wirtschaftlich-machthabende Klasse der industriellen Kapitalisten, die ihre Herrschaft allerdings mit den Großgrundbesitzern theilen müßte, möge man lernen, daß erst mit der Beseitigung des Eigentumsrechtes einer besonderen Klasse an den ökonomischen Machtmitteln, und der Ueberführung dieser in den Besitz der Gesamtheit, die Möglichkeit einer wirtschaftlich gerechten und politisch freien Gesellschaft herbeigeführt wird. (Großer Beifall.) An der Debatte theilnahmen sich die Genossen Stabernad, Zubeil und H. Haber im Sinne des Referats. Es wurde dann beschloffen, die Fahnen des Vereins nur zu großen poli- tischen Festlichkeiten und Festlichkeiten von Klubs und Vereinigungen zu vergeben, welche den Ueberstich der Partei zuzuwenden. Genosse Zubeil forderte zu reger Theilnahme an der Agitationspartie auf, welche nächsten Sonntag unternommen wird. Diefelbe wird Sonnabend Abend angetreten und das Nähere im „Vorwärts“ am Donnerstag und Sonnabend bekannt gegeben. Weiter munterte Zubeil die anwesenden Genossen auf, sich gelegentlich der Stadtoronneten - Erhaltung zahlreich zur Verfügung zu stellen. — Ein Genosse beschwerte sich dann noch über den Ge- stank, welchen ein zwischen Grünauer- und Forsterstraße in den Schiffahrtskanal stehender Graben, der über die Rigdorfer Biesen kommt, im äußersten Südosten Berlins verbreitet.

English Reading & Conversational Club Shake- speare.

Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant, 62 Königstrasse. Guests are wel come.

Gerliner Naturheilvereine 1. & 2. Freitag, den 8. September im Saale des Englischen Gartens, Alexanderstr. 22, Vortrag des Herrn Gantz über „Cholera“, Abends 8 1/2 Uhr.

2. Freitag, den 8. September, Abends 8 1/2 Uhr, in den Konfakts-Gesellen, Weberstr. 64: Vortrag des Herrn Zosher Holkmann über: „Die Cholera.“

Hilfsverein „Vorwärts“. Freitag, den 8. September, Abends 8 Uhr, außerordentliche Generalversammlung bei Dobensberg, Kommandantenstr. 10/11, Tagesordnung: 1. Wahlen zum Vorstande 2.

Arbeiter-Fängerband Gerlino und Jungend. Aufführung am Sonntag, den 11. September, Vormittags präzis 10 Uhr, in den Armir- kalen, Kommandantenstr. 20.

Arbeiter-Gildungsvereine. Freitag, Abends 8 1/2-10 1/2 Uhr: 1. Säch- sche, Kapuzenstr. 43; 2. Unterricht in Buchführung (boppische); 3. Säch- sche, Weidenbergstr. 123; 4. Unterricht in Deutsch (unterer); 5. Ch- schule, Markstraße 31; 6. Unterricht in Geschichte (mittlere); 7. Nord- schule, Müllerstraße 179; 8. Unterricht in Deutsch (unterer); 9. Physio- logie. In allen Schülern, mit Ausnahme von Mathematik und Buchführung, können Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, ein- treten.

Les- und Diskussionsklubs. Freitag, Karl Marx, Abends 8 1/2 Uhr, bei Grube, Mariendorferstr. 10. — Witten, bei S. König, Wilowstr. 22. — Holzarbeiter, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Peterson, Weidenbergstr. 22.

Arbeiter-Fängerband Gerlino und Jungend. Freitag, Übungs- stunde Abends 8 1/2 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiser'scher Männerchor, Schönhauser Allee 28, bei Kublme. — Nord, Elisabeth- str. 14, bei Wilton. — Vorwärts 1, S.O. Adalbertstr. 21, bei Koll. — Kammereicher Gesangsverein, Sangestraße 65, bei Tempel. — Buch- bender Männerchor Berlins, Alte Jakobstraße 61, bei A. Richter. — Matiglischen, Goltstr. 222, bei Wiltz. — Gemüthlichkeit (Vogel), Spandauerstr. 20. — Iris, Mannpstraße 66, bei Zubeil. — Weine, in Berlin bei Schröder. — Klaus Schiffs, in Pantow, Wühlstr. 24, bei Böhr. — Vorwärts 6, (Sem. Schow), Nieder- Schönweide, bei Siebendamm. — Sanger-Freibell, Mannpstr. 42, bei Prellisch. — Morgenröth 4, Köpenick, Mühlengrabenstr. 5, bei Heid. — Wahrheit, in der Mühl-Weidenbergstr. 79, bei Franke. — Karibaus- cher Gesangsverein, Weidenbergstr. 21, bei Heide. — „Wobell“, Weidenbergstr. 22, bei Weich. — Collegia, Zeughofstraße 9, bei Weich. — Preis-Direktariat, Weidenbergstr. 166, bei Woppe. — Gesangs- verein „Eintracht“ 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Drankestr. 123 p. — Westfäliger Arbeiterverein Grapbia, Abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 123 (Bogenhaus). — Unterhaltungsklub Schiller, jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Goldbader, Treibstr. 2. — Stallklub Dr. v. n. jeden Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Gutrich, Lübbenerstr. 22. — Musikklub Gotthe Pseife. Freitag: Sitzung bei Schulz, Plantagen- straße 9.

Vermischtes.

Bürgerliches Regiment. Aus der bürgerlichen Republik Bremen berichtet die sozialdemokratische „Bremer Bürgerzeitung“ in Nr. 209 vom 6. September:

Haarsträubende Zustände sind es, welche sich den Passanten bei den Baracken am Volkmershaufener Kanal zeigen, haar- sträubend umso mehr, wenn man bedenkt, daß es das reiche Bremen ist, welches solche Zustände in seinem Bannkreis duldet. Schon vorige Woche wurde uns gemeldet, daß mehrere Familien, bisher Bewohner inzwischen abgebrochener Baracken, obdachlos mit Weib und Kind, sowie sämmtlichen Mobilien seit Wochen unter freiem Himmel ohne jeglichen Schutz gegen Wind und Wetter kampiren. Wir wollten an die Wahrheit dieser Mittheilung kaum glauben, bis uns dieselbe von verschiedenen Seiten bestätigt wurde. Wir fühlten uns verpflichtet, von diesen kaum glaublichen Zuständen der zuständigen Behörde Mittheilung zu machen, in der Hoffnung, daß von dieser Seite sofort Abhilfe ge- schaffen würde. Wir haben uns in dieser Hoffnung bitter täuschen müssen. Obwohl uns von der betreffenden Behörde die Ver- sicherung gegeben wurde, daß, falls sich unsere Mittheilung be- stätigen sollte, sofort Maßnahmen getroffen werden würden, um die Obdachlosen unterzubringen, so ist doch bis heute nichts ge- schehen, wenigstens von Seiten der Behörde nicht. Die be- treffenden Familien kampiren noch heute unter freiem Himmel, mit Ausnahme von zwei Familien, welchen von dem Herrn Osmer in Schwachhausen, den die traurige Lage der Unglück- lichen rührte, in seinem Gewächshause eine Unterkunft angewiesen wurde. Es liegen jetzt noch auf der StraÙe eine Familie mit 8 Kindern, eine Familie mit 6 Kindern und 2 Familien mit je einem Kind. Die armen Leute haben einzelne Mobilienstücke in kurzen Entfernungen gegeneinander aufgestellt und den Zwischenraum mit herumliegenden Brettern von den abgebrochenen Baracken überdeckt. Unter diesen Verhältnissen kriechen sie Nacht, um so wenigstens etwas Schutz vor Wind und Wetter zu finden. Wer es nicht selbst angesehen hat, solle nicht glauben, daß so etwas noch am Schluß des neunzehnten Jahrhunderts und das in einer so reichen Stadt wie Bremen möglich wäre. Den Bekanntmachungen der Behörden, welche von sanitären Vor- sichtsmaßnahmen zur Bekämpfung der Cholera wimmeln, sprechen diese Zustände geradezu Hohn und doch machen die Behörden keine Anstalt, Diffe zu schaffen, oder sind 3 Tage, denn am Mittwoch voriger Woche schon machten wir der Behörde unsere Mit- theilung, nicht Zeit genug, hier Wandel eintreten zu lassen?

Höfliche Zustände sind in Bremen durch die wegen der Cholerafrage vorgenommenen Untersuchungen der Häuser entdeckt worden. Das amtliche Kreisblatt schreibt darüber: „Die mit dem 1. September unter Mitwirkung von Bürgern im Gange befindlichen eingehenden Revisionen der Häuser, Höfe, Aborte u. s. w. ergeben viele und schwere sanitäre Mängel, so daß die Kommissionmitglieder oft die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. In Häusern, die von gut gestellten Leuten bewohnt werden, findet man Senkgruben, die mit stinkendem Morast gefüllt sind, Abtrittgruben, die überlaufen, morastige Kanäle, selbst Wohnräume voll Schmutz und Unrath. Hoffentlich wird die Polizeibehörde die nachlässigen und geizigen Hausbesitzer, es sollen auch solche vorhanden sein, durch empfindliche Geld- strafen lebendig machen, bedauerlich ist es aber, daß einzelne Personen in dieser Weise die Gesamtheit in Gefahr bringen.“ Die „staatsbehaltenden Parteien“ — denn zu ihnen zählen ja die Hausbesitzer in erster Linie — haben wirklich Pech mit ihrem Patriotismus. Die Cholera hat eindringlich als je irgend ein Ereigniß gelehrt, daß es mit dem Patriotismus der „Gut- gestimmten“, d. h. mit ihrer Rücksichtnahme auf die allgemeine Wohlfahrt, überaus schlecht bestellt ist. Diese Erkenntnis wird das deutsche Volk nicht so bald vergessen, sondern bei Wahlen und sonstigen Gelegenheiten hoffentlich überall praktisch ver- werthen.

„Das zählt nicht mehr“, hat nach der „Burgener Zeitung“ der Bürgermeister der sächsischen Stadt Rechenau einem Restaurateur erklärt, der um die Erlassung einer Ordnungstrafe mit der Begründung bat, daß er ja im siebziger Kriege um seine ge- sunden Glieder gekommen sei. Der Mann verlor damals einen Arm und ernährte sich nur kümmerlich durch seine Restauration. — Bei den öffentlichen Wahlen wird derselbe Bürgermeister über die 1870er „Errungenschaften“ ganz gewiß aus einer anderen Tonart reden.

Söderhamm, 8. September. Die deutsche Brigg „Paul Gerhard“ rettete zwei Mann in offener See, die drei Tage mit einem kleinen Boot umhergetrieben waren. Beide Leute hatten die Befähigung eines Prames gebildet, dessen Bugretau gesprungen war; des hohen Seerganges wegen konnte nichts zur Rettung der Leute geschehen, sondern mußte sie der Bugretaudampfer ihrem Schicksal überlassen.

Deveschen.

(Deveschen des Bureau Herald.)

Bremen, 8. September. Die Medizinal-Kommission stellte heute fest, daß seit dem 3. September in der Stadt kein Cholera- fall vorgekommen ist, da die wenigen verdächtigen Erkrankungen sich als leichter Brechdurchfall erwiesen haben.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Haag, 8. September. Der Bürgermeister hat wegen der Cholerafrage die Abhaltung des Meetings, welches zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts unter freiem Himmel stattfinden sollte, verboten.

Briefkasten der Redaktion.

O. M. 19. Im Allgemeinen giebt man dem Schaulden des Schiffes Schuld. Der Aufenthalt auf Deck ist jedenfalls mehr zu empfehlen. 2. Rein. 3. Die betreffende Person hat philosophisch und staatsrechtliche Werke verfaßt.

H. Giese 1000. Die Sache muß erst vollständig be- zahlt sein.

H. W. Voelckstr. Die Städte Hamburg, Lübeck und Bremen sind freie Reichstädte mit republikanischer Verfassung.

H. W. 1. Die Zuschüsse unterstehen den Bestimmungen des Vereinsgesetzes. 2. Wenden Sie sich an G. Reisinger, Ham- burg, Albstadt. Sie erhalten ein Statut von dort.

M. W. Der Heilgehilfe kann klagen und darf auch ein Inserat, wie Sie es im Sinne haben, in einer Zeitung ver- öffentlichen.

C. V., Restaurateur. Der Hildesheimer Dom ist nicht mit Gold gedeckt.

J. Horustraße. Ein Gastwirth ist berechtigt, einem Gaste, ohne daß ein erkennbarer Grund vorhanden zu sein braucht, die Verabreichung von Speisen oder Getränken zu verweigern. In der Form, in der diese Weigerung erklärt wird, kann freilich unter Umständen eine Beleidigung liegen.

J. S. Theilen Sie den Thatbestand möglichst genau der Staatsanwaltschaft mit. Es kann darin sehr wohl ein strafbarer Betrag gefunden werden.

Parteinachrichten.

Die erste Konferenz der Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens trat am 4. September in Straßburg zusammen. Die Einberufung war von Seiten des Milhauser Agitationskomitees erfolgt. Die Abhaltung wurde nicht öffentlich bekannt gemacht, um den in Straßburg üblichen Belästigungen durch die Polizei vorzubeugen. Ebenfalls um der polizeilichen Genehmigung nicht bedürftig zu sein — die ohne Zweifel in Straßburg gar nicht erteilt worden wäre — hatte man die Zahl der Teilnehmer auf 20 beschränkt (Nr. 291 des franz. St.-G.-B.). Vertreten waren die Orte Mülhausen, St. Ludwig, Gemheim, Gebweiler-Bühl, Colmar, Straßburg, Grafenstaden, Bischheim, Bischweiler, Metz. Ferner nahmen theil: Reichstags-Abgeordneter Hidel als Vertreter der Fraktion und Redakteur Martin als Vertreter der Parteipresse. Die Konferenz beschloß die Bildung eines fünfgliedrigen Landesvorstandes, der seinen Sitz in Mülhausen hat und auf ein Jahr zu wählen ist. Der Landesvorstand hat die Agitation in Elsaß-Lothringen zentralistisch zu leiten und alle auf die Agitation, Vereins- und Versammlungstätigkeit bezüglichen Anfragen der Parteigenossen in Elsaß-Lothringen zu beantworten. Bestimmender Grund für die Wahl Mülhausens zum Sitz des Landesvorstandes war insbesondere der Umstand, daß das Parteiorgan des Landes daselbst erscheint. Bezüglich der Art der Wahl des Landesvorstandes wurde beschlossen, daß dieselbe den Mülhauser Genossen überlassen bleibe, dieselbe indessen, wenn möglich, in öffentlicher Parteiversammlung zu erfolgen habe. Zur Kontrolle über den Landesvorstand wurde die Ernennung dreier Kontrollen (1 für Straßburg, 1 für Colmar und 1 für Mülhausen) beschlossen, nachdem die anwesenden Vertreter von Metz in Betracht der aus der Hin- und Herreise zwischen Metz und Straßburg notwendigen resultierenden Kosten auf die Wahl eines Kontrollen für ihren Theil verzichtet hatten. Die Wahl der Kontrollen hat durch die Genossen der bezeichneten Orte zu erfolgen. Ferner gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Elsaß-Lothringische Parteikonferenz empfiehlt den Parteigenossen derjenigen Kreise, wo jede Organisation behördlicherseits unterdrückt wird, Vereine von 20 oder weniger Mitglieder zu gründen, die einer vereinsgesetzlichen Beschränkung nicht unterliegen.“ Zur Beschaffung von Mitteln für die Agitation wurde beschlossen, eine einheitliche Sammelmarke für Elsaß-Lothringen anzuschaffen. Die näheren Bestimmungen über die Marken werden dem Landesvorstand überlassen. Derselbe ist verpflichtet, über die Einnahmen aus den einzelnen Orten öffentlich Rechenschaft abzulegen. Verschärft wurde der Wunsch ausgesprochen, die Elsaß-Lothringischen Verhältnisse (insbesondere die Lohnverhältnisse) möchten in einer vollständigen Agitationsbroschüre behandelt werden. In dieser Hinsicht ersucht man sich dafür, die betreffenden Anträge und Vorschläge dem Landesvorstand zur Erwoägung zu überweisen. Ueber die Stellung der Partei zu den Reichstags-, Kreis-, Gemeinderaths- und Gewerbestatswahlen entspann sich eine längere Diskussion, in deren Verlauf verschiedentlich betont wurde, daß bei der Theilnahme an den Wahlen den Ortsverhältnissen Rechnung getragen werden müßte. Schließlich gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Elsaß-Lothringische Parteikonferenz empfiehlt den Parteigenossen aller Orten, bei sämtlichen Wahlen für politische oder Gemeindeförderungen grundsätzlich von Kompromissen mit gegnerischen Parteien abzuweichen.“ Zum Punkte Parteipresse wurde vom Berichterstatter Martin die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß der Abonnementstand der „Elsaß-Lothringischen Volkszeitung“ in diesem Wachen begriffen sei; z. B. habe allein seit Neujahr 1892, also in den letzten drei Vierteljahren, die Zahl der Abonnenten sich um circa 1000 vermehrt. Gehe es so weiter, so könne das Blatt in wenigen Monaten vollständig auf eigenen Füßen stehen. An das vielfach gewünschte tägliche Erscheinen des Blattes könne jedoch vorläufig noch nicht gedacht werden. Hinsichtlich des nächsten Elsaß-Lothringischen Parteitages gelangte ein Antrag Böhle zur Annahme, wonach derselbe im nächsten Jahre, und zwar öffentlich, stattfinden soll. Die näheren Anordnungen werden dem Landesvorstand überlassen. „Eilt und unbeschadet, wie sie gekommen“, schreibt die Elsaß-Lothringische Volkszeitung, verließen die Delegirten nach dem Schluß der Konferenz den Ort ihrer Beratungen. Die auf unserem Grenzlande lastende Polizeivillkür hatte sie gezwungen, im Geheimen wie die Verbrecher zu tagen. Darum waren aber die Verhandlungen nicht weniger ersprießlich und nur interesser. Mögen sie unserer jungen Elsaß-Lothringischen Partei zum Nutzen gereichen und ihrer Entwicklung förderlich sein!“

Starke Vermehrung unserer Anhänger wurde auf der Parteikonferenz konstatiert, die am vorvergangenen Sonntag in Schmalkalden stattfand. Im letzten Berichtsjahre haben sich selbst in solchen Orten, wo vordem unsere Ideen durchaus keinen Boden finden wollten, eine bedeutende Zahl Personen der Sozialdemokratie angeschlossen. Die Maßregelungen, mit welchen die herrschenden Klassen gegen unsere bekannten Anhänger vorgehen, haben auf die Massen der Bevölkerung nur die Wirkung, daß man im Stillen um so kräftiger für die sozialdemokratischen Grundsätze agitirt. Zur Parteikonferenz waren Genossen aus den Orten Schmalkalden, Klein-Schmalkalden, Steinbach-Halleberg und Nöhrenthal erschienen.

Auch in der Versammlung, welche am 23. August Sozialdemokraten des 10. württembergischen Reichstagswahlkreises in Wäschenbeuren abhielten, wurde über gute Erfolge unserer Propaganda berichtet. In dieser Versammlung waren die Orte Göttingen, Gmünd, Schorndorf, Lorch, Deubach, Eidingen, Jendhausen und Wäschenbeuren durch 60 Genossen vertreten. Aus dem Situationsbericht ist hervorzuheben, daß bei Versammlungen, welche von Eidingen und Göttingen aus auf dem Lande abgehalten wurden, die Agitationsbroschüren so guten Anklang fanden, daß man gern Bezahlung geleistet hätte, wenn noch Schriften zu erhalten gewesen wären.

Das Zirkular des Annoncenkönigs Krupp, durch welches er seinen 20000 Arbeitern das Lesen zweier ehemals von ihm „verbotener“ ultramontaner Blätter wieder huldvoll gestattet, ist von der sozialdemokratischen Presse gebührend gebremst worden. Die „Frankfurter Zeitung“ erkennt das an, indem sie sagt: „Zu einer kräftigen Kritik dringen es nur die sozialdemokratischen Blätter.“ Sie sagt aber vorsichtiger Weise hinzu: „Man wird ihren Ausführungen beipflichten müssen, ohne daß man den allgemeinen Schlussfolgerungen, die über's Ziel schießen, zustimmen braucht.“ Wir stellen nun an die brave Frankfurterin das höfliche Gesuchen, uns doch einmal zu sagen, in welcher Beziehung die allgemeinen Schlussfolgerungen der sozialdemokratischen Presse über's Ziel schießen.

Dasselbe Blatt bringt aus der Monarchie Krupp noch eine Neuigkeit, die für uns von Interesse ist. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ sprach unlängst einen Krupp'schen Arbeiter, einen Mann in gezeigtem Alter, keinen himmelhürmenden Jüng-

ling, dessen Aeußerungen trotz aller Reserve, die er sich auferlegte, deutlich erkennen ließen, wie „beglückt“ sich die Mehrzahl der Arbeiter unter dem patriarchalischen Regiment fühlen, das sie zur Unmündigkeit verdammt und ihnen selbst ihr Denken und Urtheilen vorschreiben möchte. Das Direktorium der Firma Krupp würde den Boden unter sich wanken fühlen, wenn es den Prozeßfall Decker erfähre, die dem Arbeitgeber für alle seine „Wohlthaten“ keinen Dank wissen, sondern die, durch den geistigen Druck getrieben, mit ihrer Ueberzeugung in das sozialdemokratische Lager übergegangen sind und dieser Lehre in geheimer Agitation immer neue Bekenner werben. Das Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen kann daran noch viel weniger ändern, als das Verbot der Zentrumsblätter diesen geschadet hat. Dergleichen äußerliche Mittel bewirken nur das Gegentheil dessen, was kurzfristige Großindustrielle von ihnen zu erwarten nicht müde werden.“

Diese Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ bestätigt die alte Erfahrung aufs Neue, daß die Sozialdemokratie keine Treibhauspflanze, sondern ein starker, mächtiger Baum ist, der aus dem Nährboden der Volksseele herausgewachsen.

Die 20000 Mann Krupp'scher Arbeiter werden dereinst eine sehr kräftige Truppe unserer Partei abgeben und drohen im rheinischen Norden den Pfaffen- und sonstigen reaktionären Parteien das Spiel mit den Interessen des arbeitenden Volkes gründlich verderben.

Aus Hörde wird uns geschrieben: Es kommt nicht oft, sogar sehr selten vor, daß wir Gelegenheit haben, den Namen unserer guten Stadt Hörde in den Spalten des „Vorwärts“ zu lesen, und wenn es geschah, dann nicht in rühmender Weise. Daber rührt es wohl auch, daß gewisse Leute sich hier ein Abgabegeld für ihre rückständigen Ideen zu erobren gedanken; wie wenig aber solchen Beginnen jetzt der Erfolg blüht, mußte kein Geringerer erfahren, als der Generalsekretär Mauch vom Hirsch-Dunder'schen Verbands aus Berlin. Vor gut besuchter Versammlung legte derselbe die Ziele und Erzeugnisse der Gewerkschaften dar und lud in der rühmlichsten Weise zum Beitritt in dieselben ein. Daß die wirklichen Gewerkschaften, die Fachvereine, und die Sozialdemokratie dabei nicht gut wegkamen, ist wohl kaum erwähnenswert. Wenn dem Herrn Mauch aber schon die Theilnahmlosigkeit der Anwesenden während seines Sermons nicht recht geheimer war, so mußte ihm der Beifall, mit dem Genosse Lehmann (Dortmund), der in der Diskussion das Wort nahm, empfangen wurde, die Augen öffnen und er öffnete sie auch: ob des Wunders, welches er sah. Waren das die Hörde Arbeiter, die noch bei den 90 er Wahlen ihrem Leithammel treu gefolgt waren? Sollte sie nicht vielmehr das Grinsen antommen, als der Sozialdemokrat Lehmann die Forderungen der Sozialdemokratie entwickelte. Statt dessen jubelten sie sogar dem Redner zu und ein Bravo erschallte über das andere. Genosse Lehmann entledigte sich auch seiner Aufgabe in trefflicher Weise. Es würde zu weit führen, wenn ich aus dem Gange der Verhandlungen alles Interessante hier aufzählen wollte, nur den Punkt betreffs der Parteifeier will ich erwähnen. Mauch hatte dieselbe eine unnütze Demonstration genannt, die nur die besser sturten Kreise von den Arbeitern abwandte, vorher jedoch in bekannter Weise auf die englischen Trades Unions, als die Vorbilder der Hirsch-Dunderianer, hingewiesen. Angenehm ist die Logik nicht die starke Seite des Herrn Mauch; dies bewies ihm Genosse Lehmann, als er darauf anführte, daß die Trades Unions bei der Parteifeier zu drei Vierteln vertreten waren. Kurz und gut, die Versammlung erklärte sich in einer Resolution voll und ganz mit den Ausführungen des Genossen Lehmann-Dortmund einverstanden und die Annahme der Resolution erfolgte mit solcher Majorität, daß Herr Mauch auf die Gegenprobe verzichtete. Auch hier in der Heimath des Knappels und der Wahlbeeinflussungen also hat es getagt. Wir werden nicht verfehlen, nach diesem ersten Siege weitere Erfolge zu erlangen. Dann wird auch die Zeit kommen, wo man trotz evangelischer „Arbeiter- und Kriegervereine“ auch hier in Hörde von einer beständigen sozialdemokratischen Bewegung sprechen darf.

Die Anti-Sedanfeier, welche in Brandenburg der Verein zur Erzielung volkshämischer Wahlen als Protest gegen die offizielle Sedanfeier in Mengers' Volksgarten veranstaltete, gab, wie unser dortiges Parteiorgan meldet, wiederum den Beweis, daß die Stimmung gegen die Feier des Sedantages in Zunahme begriffen ist. Trotzdem man von Seiten der Schulbehörden alles Mögliche ausgedenkt hatte, um die Kinder zur Theilnahme an der offiziellen Feier zu zwingen, war doch eine beträchtliche Zahl derselben fern geblieben und hatte sich in Mengers' Volksgarten eingefunden, wo man sich bei Konzert durch Spiel und munteres Treiben vergnügte. Es wurden 250 Kinder beschenkt, welche die Schulfeier nicht mitgemacht hatten, außerdem hat man noch 400 nicht schulpflichtige Kinder mit Geschenken bedacht. Das erwähnte Blatt seht dieser Mitteilung die treffenden Worte hinzu: „Mag man die Feier des Sedantages denen überlassen, die den Feldzug 1870/71 mitgemacht und im Massenmord und Menschenopfer ihre Freude gefunden haben, unsere Kinder aber möge man mit solchem Mordpatriotismus verschonen.“

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die hiesigen Gosenphilister sind ganz außer sich, daß diesmal das Sedanfest nicht mit dem üblichen Klimbim abgehalten werden konnte. In Anbetracht der drohenden Choleraepidemie sah sich der Gesundheits-Ausschuß veranlaßt, dem Sedancomitee nahe zu legen, das Fest nicht stattfinden zu lassen. Diese Warnung genügte aber den Mordpatrioten nicht, und erst auf nochmalige Verwarnung mußten sie den Hirtelegen lassen. Das darüber die Zeitungskritiker, Kriegervereine, mordspatriotischen Turner, fanatischen Studenten und sonstige Ordnungsführer sehr niedergeschlagen sind, kann man sich denken. Ihr Karger ist für uns um so beklagenswerther, als die königliche „Leipziger Zeitung“ den Gosenreich beging, die Passafestfeier als Demonstration gegen das Sedanfest zu charakterisieren. Jetzt stehen die Speicher die Köpfe zusammen und überlegen an ihren Stammtischen, wie es möglich war, daß die Sozialdemokraten eine so großartige Gegendemonstration veranstalten konnten, während die „patriotisch gesinnten Bürger“ St. Sedan nur an den Stammtischen feiern dürfen.

Zur Embryologie der ordnungsparteilichen Wahlfliege. Der Döbener Bräudenwagen-Fabrikant und freisinnige Stadtverordnetem Brud entließ drei Arbeiter, weil sie an dem Sommerfest des Arbeitervereins theilgenommen hatten. Sie erzählten am anderen Montag ganz harmlos davon, wie gut sie sich dabei amüßten hätten, worauf sie sofort mit der angeordneten Motivierung entlassen wurden. Die „Wurzener Zeitung“, der wir diese Mitteilung entnehmen, theilt zugleich zur weiteren Kennzeichnung der „Freiheit“, die man dem Arbeiter gestattet, mit, daß die Arbeiter dieser Fabrik bis 1878 konfessionell zu wählen gezwungen wurden; damals wurden sie angehalten, sozialistische Versammlungen zu sprengen. Dann (1881) mußten sie für den national-liberalen Dr. Jerusalem eintreten, bis sie jetzt endlich bei der freisinnigen Partei angelangt sind. Bei der letzten Reichstags-

Wahl ließ Brud bekannt geben, daß unten Stimmzettel für Buchheim (frei.) und Giese (kons.) lägen; sozialistische Stimmzettel seien im Komloir zu haben, wer solche brauche, möge sie sich dort holen. Das ist in der That ein Gewissenszwang, wie er ärger nicht gedacht werden kann.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— **Moralische Eroberungen in Elsaß-Lothringen.** Durch Urtheil der Strafkammer des Landgerichts Straßburgs war Genosse Böhle zu einer Geldstrafe von 40 M. und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. Böhle zahlte die Geldstrafe; die Beitreibung der Gerichtsgelder konnte nicht erfolgen, weil Böhle unvermögend und zahlungsunfähig war. Am 3. d. M. wurde nun Böhle ein Antrag der kaiserlichen Direktion der Zölle und indirekten Steuern auf Leistung des Offenbarungseides gestellt, worin es wörtlich heißt:

„Seither hat nun p. Böhle sein Schuhmacher-Handwerk aufgegeben, sich verheiratet und einen Zigarrenhandel angefangen. Da p. Böhle Führer der Straßburger Sozialisten ist, so sind ihm wahrscheinlich auch die Mittel zur Eröffnung dieses Geschäfts durch die Sozialdemokraten geliefert worden.“ ... Die am 20. Mai 1892 bei Böhle vorgenommenen Pfändungen ergaben, daß die vorhandenen Mobilien und Baaren Eigenthum der Ehefrau des Schuldners waren und konnte daher die Zwangs-vollstreckung gegen diesen nicht durchgeführt werden. Da derselbe nach diesseitigem Darfhalten zahlungsfähig ist, insbesondere in seiner Eigenschaft als Sozialistenführer wahrscheinlich bedeutende Nebeneinkünfte hat, so soll derselbe gemäß § 711 der Zivilprozeß-Ordnung zur Ableistung des Offenbarungseides angehalten werden.“

Die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung“, unser Bruderorgan, dem wir dieses entnehmen, schildert weiter die nicht zu beschreibende Behandlung, welche Böhle im Termin, in welchem er den Offenbarungseid leisten mußte, und bemerkt dazu:

„Solch eine Behandlung müssen sich Bürger des Deutschen Reiches in unserem „zivilisirten“ Zeitalter von Seiten „gebildeter“ Staatsfunktionäre, deren Gehalt aus dem Steuersäckel des Volkes fließt, gefallen lassen! Sollte man da nicht meinen, wir hätten russische Zustände? Unter diesen Verhältnissen muß man notwendig zur Ueberzeugung kommen, das Volk sei für die Herren Richter da, und nicht umgekehrt.“

„Ist man gegen die Schienenficker und Stempelfälscher von Bochum ebenso vorgegangen?“

„Daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden um die Sozialdemokraten materiell zu ruinieren, beweist wieder das unlängst über das Böhle'sche Geschäft verhängte Beamtenverbot. Als ob man durch solch kleinliche Mittel unserer großen Bewegung Schaden zufügen könnte!“

— **Die zehn Gebote vor Gericht.** Am 30. August stand der Redakteur des Zeiger „Volksboten“, Adolf Hoffmann, vor dem Elsterberger Schöffengericht. Derselbe sollte gelegentlich der dort stattgehabten Versammlung, in welcher sich der Oberpfarrer Dr. Kömer eine empfindliche Niederlage geholt hatte, die von ihm verfasste Broschüre verkauft haben, welche nach Ansicht der Elsterberger Behörde geeignet sein soll, in fittlicher Beziehung Vergerniß zu erregen, und daher vom Handel im Umherziehen ausgeschlossen wäre. Nun hatte aber nicht Hoffmann, sondern der Expedient des „Bogtl. Volksblattes“, Rohleder in Elsterberg — und zwar auf Wunsch der a. b. w. a. h. v. d. e. n. Beamten — drei Exemplare der Broschüre an dieselben verkauft. Rohleder ist dazu als Händler befugt. Hoffmann rügte das sonderbare Verfahren der Behörde, erst selbst zum Verkauf zu veranlassen und dann Anzeige zu erstatten, und verwahrte sich unter Berufung auf verschiedene Gegner (Pastoren), welche von der Broschüre behauptet hätten, daß dieselbe einen hohen sittlichen Werth habe, entschieden gegen die Annahme, dieselbe sei ärgernisserregend. Wenn es allerdings unsittlich wäre, die Unsittlichkeit zu bekämpfen, dann hätte die Anklage Recht. Nach längerer Berathung erfolgte kostenlose Freisprechung, jedoch wurde der Antrag des Angeklagten, ihm die Reisekosten u. s. w. zurückzuerstatten, abgelehnt, so daß derselbe jetzt in die Lage kommt, gegen ein freisprechendes Urtheil Berufung einzulegen.

Soziale Ueberlicht:

Um Warnung vor Zuzug nach der Schäftelabril von Sommel in Frankfurt a. M., Friedbergerstr. 13, wird ersucht. Dasselbst steht, wie die Frankfurter „Volksstimme“ berichtet, eine Aussperrung bevor. Das gleiche Geschehen wird betref der Färberei von De Bari M. u. S. in Gebweiler (Elsaß) gefeilt, woselbst 19 Arbeiter, welche ca. 90 Familienangehörige zu ernähren haben, die Arbeit deshalb verloren, weil sie die Wiederanstellung eines Kollegen verlangten, dem auf Veranlassung eines zum Vizemeister avancirten Hilfsarbeiters kündigt worden war.

Vom „Vater“ Staat. Ein hannoversches Blatt enthielt, wie der „Volkswille“ berichtet, dieser Tage eine Anzeige folgenden Inhalts:

„Arbeitskräfte von Gefangenen können zu größeren wie zu kleineren gewerblichen und industriellen Betrieben im Bezirkegefängnis zu Mülhausen im Elsaß, woselbst Gefängnisstrafen bis zur höchsten Dauer verübt werden, vergeben werden durch die kaiserliche Gefängnis-Direktion daselbst.“

Aus das Angehörige der Konkurrenz, welche durch die Gefangenearbeit der Staat den freien Arbeitern bereitet, ist schon so oft hingewiesen worden, daß mehr darüber zu schreiben vollständig überflüssig ist. Die Herren Bureaufreuten scheeren sich den Tausel um solche Interessen der freien Arbeiter. Es sei daher nur noch ins Helle gerückt, daß selbst für die billigen Arbeiter, die Gefangenen, Beschäftigung schwer zu beschaffen ist. Minister, welche sozialpolitisch an Kurzsichtigkeit leiden, können demnach, ohne in dieser Richtung eines Vergrößerungsglases zu bedürftigen, schon an der Annonce der eifässigen Gefängnisdirektion erkennen, wie ungeheuer schwer die freien Arbeiter unter der gegenwärtigen anarchischen Wirtschaftsordnung leiden müssen, und daß es unter uns gesagt eigentlich ihre, der Minister verdammte Pflicht und Schuldigkeit wäre, durch Herbeiführung gründlicher sozialer Reformen schnellstens Abhilfe zu schaffen.

Agrarier-Käufe. Aus Danzig schreibt man uns: Wie alljährlich so gehen auch diesen Sommer wieder unaufhörlich Klagen durch die bürgerlichen Zeitungen, wonach in den Ostprovinzen Arbeitermangel herrschen soll. Durch die Regelmäßigkeit, mit der diese Berichte erscheinen, wird der mit den hiesigen Zuständen Unbekannte leicht zu der Annahme veranlaßt, jene Behauptung beruhe auf Wahrheit, und es bestche ein wirklicher Nothstand. Wer jedoch die Verhältnisse kennt, weiß, daß jene Angaben nichts als Lügen sind, gemacht im Interesse der Großgrundbesitzer. Thatsache ist vielmehr, daß nicht einmal alle ländlichen Arbeiter Beschäftigung finden können. In den Städten

Marienburg, Dirschau, Liegnitz u. s. w. sind an Markttagen ganze Schaaren Arbeiter zu sehen, welche aus den umliegenden Dörfern sich versammelt haben in der Hoffnung, durch den Gendarmenvermiether, bei welchem die Gutsbesitzer ihren Bedarf an Arbeitskräften anzuwenden, Arbeit zu bekommen, aber gendhigt sind, unverrichteter Sache wieder nach Hause zu ziehen. Ueberhaupt steht es hier um die Landarbeiter dieses Jahr ganz besonders schlecht; erstens war der Abfluss von Arbeitskräften nach dem Westen im Frühjahr geringer als sonst, und zweitens hat ein größerer Zugang aus Russland stattgefunden, so daß überall das Angebot die Nachfrage übersteigt. Der Druck, welchen die zugewanderten Arbeiter auf die hiesigen ausüben, ist nicht gering, da sie noch viel geringeren Lohn als diese, oft nur halb so viel als üblich, beanspruchen. Auch ist die viel verbreitete Ansicht, nach der die Arbeiter, wenn sie von einem Besitzer angenommen worden sind, während des ganzen Sommers oder wenigstens auf längere Zeit hinaus beschäftigt werden, eine irrige. Sie werden vielmehr, wenn nicht gar die Arbeiten auf Allford vergeben werden, was immer mehr Gebrauch wird, nur auf Wochen gemiethet und nach Fertigstellung der Arbeit gleich wieder entlassen, da jederszeit bei neu eintretendem Bedarf genug Arbeiter zu haben sind. Andererseits gelingt es, wie schon oben angedeutet, den Arbeitern in den meisten Fällen durchaus nicht, sofort wieder ein Unterkommen zu finden; sie sind selbst mitten im Sommer oft wochenlang arbeitslos und müssen dann ihre geringen Ersparnisse verzehren, was bei Vielen zur Folge hat, daß sie für den Winter nichts mehr übrig haben. Wenn irgend ein Grundbesitzer keine Arbeiter erhalten kann, so ist die alleinige Ursache die, daß er nicht einmal die hier herrschenden niedrigen Löhne zahlen will. Die fortwährenden Klagen über Arbeitermangel haben lediglich den Zweck, den bisher noch beschränkten Zugang von russischen Arbeitern ganz frei zu bekommen und gleichzeitig für ein Gesetz zur Bekämpfung der Freizügigkeit Stimmung zu machen; beides im Interesse der Großgrundbesitzer.

Einen Blick in die Mythen der Hausindustrie gestaltet ein Eingefand, das im Amtsblatt der sächsischen Stadt Waldheim veröffentlicht wurde. Dasselbe lautet nach der Burgstädter „Volkstimme“:

„Ein höchst unbedenkliches, wenn nicht gar gesundheitschädliches Verfahren von Zigarrenarbeiterinnen (Hausarbeiterinnen) verdient gerügt zu werden, nämlich das Anseuchen resp. Eintauschen der Tabakbindel in das Wasser der Mordelbach, ohne Rücksicht auf dessen Reinheit.“

Dieselben achten nicht darauf, ob nicht etwa gerade die Anstaltschleuse läuft, ob einige Schritte weiter Bindeln abgewaschen werden.

In selbst jetzt, da in dankenswerther Weise seitens der städtischen Verwaltung der Bach gereinigt wird, wird die nötige Obacht nicht geübt, ob das Wasser auch schwarz vor Schlamm aussieht, die Frauen tauchen ihren Tabak hinein in diese Brühe.“

Crisisliche Tagelöhne. Stadt- und Landkreis Frankfurt a. M.: männliche Personen über 16 Jahren 2,50, weibliche 1,80; männliche unter 16 Jahren 1,40, weibliche 1 M. Kreis Wandsbeck: Stadt Wandsbeck 2,75 M. für männliche, 1,90 M. für weibliche Personen über 16 Jahren; 1,50 M. für männliche, 1 M. für weibliche Personen unter 16 Jahren; für die Ortsgemeinden Soborg, Bransfeld, Hirschfeld, Lohbrügge, Reinbek, Sande, Schiffbek und Steinbek 2,50 M. für männliche, 1,50 für weibliche Personen über 16 Jahren; 1 M. für männliche und weibliche Personen unter 16 Jahren und für alle übrigen Ortsgemeinden des Kreises 1,80 M. für männliche, 1,20 M. für weibliche Personen über 16 Jahren, 80 Pf. für männliche und 75 Pf. für weibliche Personen unter 16 Jahren.

Der Cholera wegen flüchteten viele beim Bau des Nordsee-Kanals beschäftigte italienische Arbeiter nach ihrer Heimath. „Vorläufig“ werden, wie man dem „Hamburger Fremdenblatt“ mittheilt, nur noch deutsche Arbeiter eingestellt. — So lange die Cholera dauert, sind also die deutschen Arbeiter gut genug. Die lebenswichtig von den Unternehmern, denen der brave, umsichtige Papa Staat die Kanalarbeiten übertrug!

Die Nützlichkeit des Unternehmertums hat stellenweise einen Grad erreicht, daß selbst die schärfste Kritik wie eine stumpfe Waffe wirken würde. Wie wir in der „Elberfelder „Freien Presse“ lesen, hat eine Firma in Varmen ihre älteren Arbeiter entlassen und dafür einen bedeutenden Arbeitsauftrag der Verwaltung des dortigen Arresthauses übergeben. Der Oberbürgermeister derselben Stadt verweigerte dagegen der Deputation der Arbeitslosen den gewünschten Empfang. Was sollen die Arbeiter unter solchen Umständen anfangen? Sie saßen in einer Versammlung eine Resolution, welche besagt, „daß von der Behörde in Sachen der schrecklichen Nothlage der Arbeitslosen nichts zu hoffen ist,“ und alle Arbeitslosen sich täglich am städtischen Rathhause versammeln sollen, um der Behörde zu zeigen, daß thatsächlich der angegebene Nothstand herrscht. Mit diesem Vorschlag können wir uns schon deshalb nicht befreunden, weil sich die Mehrzahl der Arbeitslosen hüten wird, sich den Gefahren auszugeben, die ein Zusammenströmen großer Menschenmassen am Rathhause mit sich bringen kann, und weil sich unter die Arbeitslosen sicherlich auch verdächtige Personen mischen würden, welche die armen verzweifelten Leute zu Thorheiten verleiten, deren Folgen nur auf letztere und die ganze Arbeiterbewegung zurückfallen könnten. Glaubt man den Gemeindegewalten in Varmen wirklich noch den Beweis liefern zu müssen, daß die Arbeitslosigkeit in dem behaupteten Umfang besteht, so ist es das einfachste, wenn die Arbeitslosen veranlaßt werden, ihre Namen in Listen, die an möglichst vielen Orten ausliegen, einzutragen, wobei die Gewerkschaften sehr nützliche Dienste leisten können. Wir fordern unsere Varmer Parteigenossen auf, in dieser Richtung unverweilt energische Schritte zu thun. Zum Schluß sei noch auf den schon früher von uns gemachten Vorschlag verwiesen, wonach die Gewerkschaften durch Aufrufe und ähnliche Weise die in Arbeit stehenden Arbeiter veranlassen sollen, an die Betriebsinhaber das Gesuchen zu stellen, man solle, anstatt mit Ueberstunden arbeiten zu lassen, beschäftigungslose Arbeiter einstellen. Wenn dadurch auch nicht viel erreicht werden sollte, etwas wird doch erzielt, und das ist besser als gar Nichts.

Eine hässliche Vereinsgründung, diejenige eines „Vereins zur Milderung der Sonntagsruhe“, wird von der „Frankf. Ztg.“ aus dem allerchristlichen Köln, einer Domäne der Ultramontanen, gemeldet. Man fordert vom Bundesrath die Streichung des Passus der Gewerbe-Ordnung, welcher lautet: „Insofern nach den vorstehenden Bestimmungen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht stattfinden.“ Da die Ultramontanen bei der Regierung jetzt hoch in Gunst stehen, können sie schon wagen, durch solche Petitionen ihren religiösen Grundsätzen sozusagen ins Gesicht zu schlagen. In der Zeit der Verfolgung hielten sie's anders. Die katholischen Arbeiter, die jetzt noch dem schwarzen Banner folgen, werden durch dieses insonsequente Verhalten der Schwärzen am ehesten von ihrem Wahn befreit, daß ihnen die Ultramontanen helfen wollen.

Die Ursache der Differenzen, die zwischen den nordfranzösischen und den belgischen Bergleuten vorgekommen sind, haben, wie die „Kölnische Zeitung“ ahnungslos zugiebt, darin ihre Ursache, daß die Belgier „durch Ueberstunden sich einen hübschen Verdienst verschaffen“. Die Belgier schädigten also durch Verlängerung der Arbeitszeit ihre französischen Kameraden und haben es sich daher selbst zuzuschreiben, wenn sie von den Franzosen nicht mit freundlichen Augen angesehen werden. Sie leben jetzt in den an der Grenze gelegenen belgischen Bergwerken Wiedervergeltung, indem sie die Entfernung der „Fremden“, französischen Arbeiter verlangen. Wenn doch die Arbeiter, anstatt sich unter einander zu bekämpfen, überall geschlossen gegen den Kapitalismus operiren würden.

Vom Ahsenbrödel Volksschule. Sachsen hat, wie wir in der „Burgener Ztg.“ lesen, gegenwärtig gegen 2900 Volksschulen mit über 600 000 Kindern, unter letzteren 15 000 Mädchen mehr als Knaben; Lehrkräfte aller Art, mit Ausschluß der Hilfs-

lehrerinnen für weibliche Handarbeiten, giebt es in Sachsen reichlich 8800; auf einen Lehrer kommen demnach durchschnittlich 68 Schüler, was natürlich viel zu viel ist, wenn die Kinder das Wenige, was ihnen in der Volksschule an nützlichen Kenntnissen gelehrt wird, ordentlich lernen sollen. Dabei ist Sachsen eines derjenigen deutschen Länder, in welchen der Stand des Volksschulwesens ein verhältnißmäßig hoher sein soll.

Volkswirtschaftliches aus der Schweiz. Der „Zeitschrift für schweizerische Statistik“ ist zu entnehmen, daß in der schweizerischen Fabrikindustrie 45,6 pCt. der Arbeiter dem weiblichen Geschlecht angehören, und daß 14,3 pCt. der gesamten Fabrikarbeiterschaft in dem jugendlichen Alter unter 18 Jahren sich befinden. Besonders stark ist das weibliche Geschlecht in der Seidenindustrie vertreten, welche mehr als den sechsten Theil der schweizerischen Fabrikarbeiter beschäftigt; jugendliche Arbeiter fanden besonders häufig in der Schuhfabrikation, demnächst bei der Seidenweberei Verwendung.

Der Verzehr von Pferdefleisch in Breslau nach dem von Berlin der bedeutendste in allen deutschen Städten. Auf dem Breslauer Schlachthofe wurden geschlachtet in den Jahren 1887 3011 Pferde, 1888 3859, 1889 4739 Pferde; dagegen 1890 nur 3632 und 1891 wieder 3842 Pferde. In diesem Jahre wird die Stückzahl 4000 übersteigen. Von jedem Thier muß der schlachtende Metzger ein vollkommenes Signalement und Bestzeugniß sowie einen Schein, wonach das betreffende Pferd zum Schlachten geeignet sei, vorlegen. Die Thiere werden jetzt nicht mehr bis zur letzten Spur ihrer Arbeitsfähigkeit ausgenutzt, sondern schon wesentlich eher als Schlachtvieh verkauft. Das Pfund Pferdefleisch kostet hier 35 bis 40 Pf. Der Verzehr ist gerade hier so groß, weil Breslau noch die Schlachthofe hat, deren Verlängerung auf weitere drei Jahre der Magistrat gerade jetzt wieder bei der Stadtoronnen-Versammlung beantragt.

Diese Mittheilung der „Köln. Ztg.“ wirft außer auf die gegen früher erheblich schlechtere Ernährung der Bevölkerung auch noch ein grelles Licht auf die Thatfache, daß die indirekten Steuern auf Lebensmittel volksschädlich im eigentlichen Sinne des Wortes sind.

Briefkasten der Redaktion.

A. S., Muskaustr. Wenn Sie die Bilder bezahlt haben, bevor dieselben fertig waren, und es stellt sich jetzt heraus, daß dieselben völlig verfehlt sind, so können Sie den Preis zurückverlangen. Hierzu sind Sie aber nicht berechtigt, wenn entweder Sie die Bilder ohne Vorbehalt angenommen und dann bezahlt haben, oder die Bilder bloß ungeschön oder nicht künstlerisch ausgeführt, aber doch erkennbar und daher nicht völlig verfehlt sind.

S. A. Was Sie und Ihre Frau gemeinschaftlich während der Ehe verdient haben, gehört Ihnen allein, würde also, wenn Ihre Frau stirbt, nicht den Verwandten derselben zufallen. Sterben Sie dagegen zuerst, so würde Ihre Frau mit Ihren Verwandten theilen müssen. Die Kosten eines wechselseitigen Testaments richten sich nach der Höhe des Nachlasses; das Testament muß bei Gericht deponirt werden.

A. 100. Der Bootverleiher muß Ihnen den vollen Werth der ihm zu Pfand gegebenen Sachen erweisen. Klagen Sie auf Herausgabe der Sachen, event. des Wertes, dessen Höhe Sie zu beweisen haben. Den besonderen Werth, welchen die Sachen als Beweismittel für Sie hatten, können Sie natürlich nicht erstattet verlangen.

1000 Schöneberg. Sie konnten am 29. d. h. 14 Tage nach erfolgter Kündigung, die Arbeit verlassen, — der Prinzipal durfte weder Ihre Papiere noch Ihre Kleidungsstücke einbehalten. Wenn der Prinzipal Sie zu Unrecht nicht zur Orts-Krankenasse abgemeldet hat, so können Sie durch eine Anzeige bei der Revier-polizei oder bei der Staatsanwaltschaft dessen Bestrafung herbeiführen.

W. Z., 80. Jedermann kann die Strafanzeige wegen Diebstahls erheben.

Achtung! **Musikinstrumenten-Arbeiter.** **Achtung!**
Gr. öffentl. Versammlung
am Sonnabend, den 10. Sept., Abends 8 1/2 Uhr,
in „Deigmüller's Salon“, Alte Jakobstraße Nr. 48a.
Tages-Ordnung:
1. Die Gewerbegerichte und Aufstellung der Kandidaten. 2. Wahl eines Delegirten zur Streit-Kontrollkommission. 3. Antrag der öffentl. Versammlung vom 13. Juli. 4. Verschiedenes. **Der Vertrauensmann.**

Achtung! **Handschuhmacher.** **Achtung!**
Große öffentliche Versammlung
aller in der Handschuh-Branchen beschäftigten Arbeiter
am Dienstag, den 13. September, Abends 8 Uhr,
in „Feuerstein's Salon“, Alte Jakobstraße 75 (unterer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Hoffmann über: „Gewerbegerichte“. 2. Aufstellung eines Kandidaten zum Gewerbegericht. 3. Verschiedenes. 1876b
Zahlreiches Erscheinen aller ist dringend nothwendig. **Der Einberufer.**

Achtung! **Putzer.** **Achtung!**
Große öffentliche Versammlung
der Putzer Berlins und Umgegend
am Montag, den 12. September, Nachm. 4 Uhr,
im Lokale „Königshof“, Bülowstraße Nr. 37.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Gewerbegericht und Aufstellung von Kandidaten. 2. Wie stellen sich die Putzer zu dem von den Studakturen ausgearbeiteten Tarif mit Puharbeiten. 3. Verschiedenes. 1877b
Zahlreiches Erscheinen erwünscht **Der Vertrauensmann.**

Vergnügungsverein Amor II.
Sonntag, den 11. September, in Pape's Salon u. Garten, Badstr. 58:
IV. Stiftungs-Fest.
Gr. Theater-Vorstellung u. Vokal-Konzert
unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins **Weisse Hofe**, unter Leitung seines Dirigenten Herrn **Miesch.** 1873b
Anfang 4 Uhr. Entrée 10 Pf. **Der Vorstand.**
NB. Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.

Bettdecken-Färberei,
A. Pergandé.
Hauptgeschäft: Waldemarstraße 32. 2948L
Filialen: Ostlicherstr. 43, Reinickendorferstr. 12. Potsdam: Nauenerstr. 18. 478/11

Konzert-Parl „Victoria“,
Frankfurter Allee 72.
Sonntag, den 11. September 1892:
Großes Sommer-Fest
zu Gunsten der Arbeiter-Bildungsschule.
Großes Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Leitung des Herrn **Gelfort**, unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine **Deutsche Eiche**, **Hornblaus** und **Freundeverein** (Gem. Chor), (Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes). **Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**
Festrede des Genossen Vogtherr.
Abends **Kinder-Fackelzug**, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang Nachm. 4 Uhr. Entrée 25 Pf. Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 489/10
Billets sind bei den Genossen Böhl, Frankfurter Allee 74, und Zabel, Frankfurter Allee 90, sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. Raffle findet nicht statt. **Die Schulkommission der Volksschule.**

Berein der ost- und westpreussischen Sozialisten
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 10. Septbr., im Lokale „Königsbau“,
Große Frankfurterstraße Nr. 117:
I. Stiftungs-Fest
bestehend in
grossem Vokal- u. Instrumental-Concert und Ball,
unter gütiger Mitwirkung des Ostpreussischen Männer-Gesangsvereins und der Liedertafel der Maler (M. d. A. S. V.).
Programme à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie beim Kassirer **G. Kott**, Münchebergerstraße 29, v. 4 Tr., zu haben. Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. **Der Vorstand.**

Stuckateure!
Oeffentliche Versammlung
am Sonntag, den 11. September, Vormittags 10 Uhr,
bei Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Delegirten vom Kongress.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
NB. Den Delegirten der Krankenasse zur Nachricht, daß Montag, den 12. September, Abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstraße 75 eine außerordentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Freie Verzeihung“ stattfindet. **Die Vertrauensleute.**

1892 L
Sophabezüge!
Kette in Nips, Damast, Granit,
Wäsch u. bunt. Stoff, spottbillig.
Emil Lefèvre, Granienstr. 158.
Proben franko!

Bitte lesen Sie!
Jedem, der billig und gut kaufen will
empfehle mein sehr reichhaltiges Lager
von circa 1000 Sommer-Valerets,
2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke,
Jaquettos, Hosen, Westen etc.
Ferner Hüten, Ketten, Ringe,
Bretten, Wäsche, Stiefel, Güte,
Reise- u. Holykoffer, Waschkessel etc.
Sämmtliche Sachen in alt und neu,
auch werden verfallene Pfänder verkauft

A. Wergien,
Schneidermeister,
127 Skalitzerstraße 127.
Gestaltungen nach Maß werden
gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten.

Gangbares Restaurant wegen
Krankheit z. verk. Putzstr. 45. [1892b
Bereinsj. Piano. Flia. Simeonstr. 23.

Zur **Abwehr der Cholera:**
Cognac, Rum, Rothwein, Portwein
zu allerbilligsten Preisen, empf.
2913L] **Franz Beyer,**
Chausseestraße Nr. 103.

Rheinländischer Tunnel.
Genannt: „Die fidele Nagelkiste“.
Berlin N.,
Eisasserstrasse No. 73,
neben dem königl. Leihamt.
Neu! Das Gänsepiel. Neu!
Für 15 Pf. ein Glas Bier u. ein Gans.
Einen prachtvollen Regulator extra
gratis!
Näheres die Plakate und im Lokal.
2964L] **H. Schultze** (mit'n h.)